

(A)

Beginn: 10.04 Uhr

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu unserer heutigen 49. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße auch sehr herzlich unsere Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich fünf Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Seinen Geburtstag feiert heute Herr Abgeordneter Hans-Joachim Kuhl von der Fraktion der F.D.P. Er wird 42 Jahre alt. Herr Kollege, ich darf Ihnen sehr herzlich im Namen des gesamten Hauses gratulieren. Alles Gute für Sie!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

(B) Ich rufe auf Punkt 1:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992).

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 11/2723

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 11/2893

Beschlußempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
- zur zweiten Lesung -
Drucksachen 11/2800 bis 11/2816

Beschlußempfehlung und Bericht des
Haushalts- und Finanzausschusses

(C)

- zur dritten Lesung -
Drucksache 11/2860

dritte Lesung

in Verbindung damit:

**Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen
1991 bis 1995 mit Finanzbericht 1992**

Unterrichtung durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 11/2451

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts-
und Finanzausschusses
Drucksache 11/2861

und

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes
Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Ge-
meindeverbände und zur Regelung des interkom-
munalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung
der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen
Einheit im Haushaltsjahr 1992**

(D)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2452

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 11/2791

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 11/2893

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
- zur zweiten Lesung -
Drucksache 11/2817

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
- zur dritten Lesung -
Drucksache 11/2862

dritte Lesung

(A)

(Präsidentin Friebe)

In die Beratung werden folgende **Entschließungsanträge** einbezogen:

Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/2903; Stichwort: Vorrang für Bildung und Wissenschaft.

Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/2912; Stichwort: Abendrealschulen.

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/2949;
Stichwort: Zweiter Bildungsweg.

Darüber hinaus hat die Fraktion DIE GRÜNEN noch einen **Änderungsantrag** zum Einzelplan 03 vorgelegt, der zur Zeit gedruckt wird. Er wird ebenfalls in die Beratungen einbezogen.

Die Abstimmung über die Entschließungsanträge erfolgt nach der Verabschiedung des Haushalts, die Abstimmung über den Änderungsantrag vor der Verabschiedung des Haushalts.

(B)

Ich **eröffne** nunmehr die **Beratung** in dritter Lesung und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Land Nordrhein-Westfalen steht nach 25 Jahren SPD-Regierung vor einem Berg gewaltiger Probleme.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist ja originell!)

Ich nenne nur stichwortartig: die hohe Verschuldung des Landes, die Überforderung unserer Bürger durch den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts, die dramatische Situation an unseren Schulen,

(Zurufe von der SPD)

den täglichen Verkehrsinfarkt in unseren Städten, die zunehmende Gefährdung unserer Bürger durch Gewalt und Verbrechen - Probleme und Misere, die ausschließlich die SPD hier im Lande zu verantworten hat.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Diese Probleme treffen uns in einer Zeit weltpolitischer, europapolitischer und bundespolitischer Umbrüche: zuerst die Wiedergewinnung der Deutschen Einheit, dann die Beendigung des Kalten Krieges und des Ost-West-Konfliktes, die Demokratisierung Mittel- und Osteuropas, das Auseinanderbrechen der Sowjetunion und jüngst der EG-Gipfel in Maastricht, der den Weg Europas zu einer Wirtschafts-, Währungs- und Politischen Union unumkehrbar gemacht hat. Als weitaus größtes Bundesland im Herzen Europas, als Zentrum im Westen sind wir in Nordrhein-Westfalen von diesen Entwicklungen ganz besonders betroffen. Wir tragen daher auch eine ganz besondere Mitverantwortung, die über die Grenzen unseres Landes und über die Gegenwart hinausreicht.

Aus all dem, meine Damen und Herren, erwachsen für Nordrhein-Westfalen und für die Landespolitik zusätzliche Herausforderungen, aber auch neue Zukunftschancen.

Wir werden unserer Verantwortung für die Lösung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben nur gerecht werden, wenn - ja wenn es der Landespolitik gelingt, verlorengegangene Handlungs- und Gestaltungsspielräume zurückzugewinnen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Dazu muß die Landesregierung die Kraft finden, umzusteuern. Die Landesregierung muß einen Kassensturz vornehmen und die Prioritäten neu bestimmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es gibt dazu keine seriöse Alternative, wenn das Land seine politische Gestaltungsfähigkeit wiedererringen will. Und das müssen wir, wenn wir uns nicht auch zukünftig unsere Handlungsfähigkeit von der "grauenhaften Verschuldung", vom "Diktat der leeren Kassen" - übrigens alles Zitate des Herrn Farthmann von der SPD - bestimmen lassen wollen.

Wir alle wissen, angesichts des gewaltigen Schuldenbergs von über 111 Milliarden DM verfügt der Finanzminister, verfügt die SPD-Landesregierung über keine nennenswerten Handlungsspielräume mehr.

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

Rund 87 % der Haushaltsausgaben sind durch Personalkosten und zwangsläufige Sachausgaben gebunden. Rund 40 % machen die Personalkosten aus. Es entfallen gerade noch 13 % auf die Investitionen.

Ich darf einmal an 1966 erinnern - wir haben ja die Zeit, Herr Ministerpräsident, in der Bilanzen gezogen werden; Sie haben das nach 25 Jahren auf Ihrem Hagener Parteitag auch gemacht -, als die SPD von der CDU die Regierungsverantwortung hier im Land übernahm, verfügte Nordrhein-Westfalen über eine Investitionsquote von 26,3 %. Jetzt, nach 25 Jahren, sind es 13 %. Die SPD hat es in den 25 Jahren wahrlich weit gebracht!

(Beifall bei der CDU)

So kann und darf es nicht mehr weitergehen. Die SPD-Landesregierung muß sofort umsteuern. Wenn das nicht geschieht, sind die Zeiten nicht mehr fern, da die Landesregierung mehr Geld für Zinsen als für Investitionen hinblättert. Wenn die SPD-Landesregierung so weiterwirtschaftet, werden wir bereits 1995 mehr Geld für Zinsen zahlen als für Investitionen; denn in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung, Herr Schleußer, sind 1995 9,7 Milliarden DM für Zinsen und 9,6 Milliarden DM für Investitionen vorgesehen.

(B)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Unglaublich!)

Nach dem Willen des Finanzministers soll der Schuldenberg des Landes bis 1995 dennoch - man höre und staune - um weitere 20 Milliarden DM auf dann über 130 Milliarden DM ansteigen.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das darf doch nicht wahr sein!)

Wir bezahlen bereits heute rund 20 Millionen DM Zinsen pro Tag. Jedes Kind, das geboren wird, hat bei seiner Geburt schon 6 300 DM Schulden auf dem kleinen Buckel.

Herr Finanzminister, Sie haben in Ihrer Rede zur Einbringung des Landeshaushalts 1992 am 12. September 1991 hier in diesem Hause festgestellt:

Den Weg zusätzlicher Neuverschuldung können wir nicht mehr gehen. Schon jetzt sind wir weit

(C)

entfernt von dem, was an Neuverschuldung gesamtwirtschaftlich und finanzpolitisch zu vertreten ist.

Wie wahr, wie wahr, kann ich da nur sagen.

Damit haben Sie den Eindruck erweckt, daß Sie einen Sparhaushalt vorlegen würden. Es ist Ihnen ja in den Medien gelungen, das so zu transportieren. Ich darf nur einmal den Bund der Steuerzahler zitieren, was der zu diesem Landeshaushalt sagt:

(Zuruf des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Diesen Haushalt 1992 Sparhaushalt zu nennen, ist reiner Etikettenschwindel.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber Tatsache ist auch: Das Land hat glänzende Steuereinnahmen. Das, glaube ich, meine Damen und Herren, müssen wir sehr viel deutlicher im Lande sagen, weil diese Landesregierung den Eindruck erweckt, als wenn sie an den Kosten der deutschen Einheit kränken und dazu beitragen würde, daß es hier engere Spielräume gibt. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mit 3,6 Milliarden DM mehr Steuern haben wir die höchste Steigerung seit Jahren. Diese Steigerung gilt netto, d. h. nach Abzug aller Kosten für die deutsche Einheit, die wir erbringen, z. B. über den Umsatzsteuerausgleich. Trotzdem will sich die SPD-Landesregierung allein für 1992 mit 5,4 Milliarden DM neu verschulden.

Meine Damen und Herren, dafür haben wir absolut kein Verständnis.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich weiß nicht, wie Sie sich hier hinstellen können, Herr Finanzminister, und zur Einbringung erklären konnten, wir könnten keine weitere Neuverschuldung mehr hinnehmen.

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Sagen Sie doch einmal, was unnötige Ausgaben sind!)

- Ich komme noch dazu, Herr Farthmann, seien Sie ganz ruhig. - Sie, die SPD-Mehrheitsfraktion hier im Landtag, tun dies, obwohl der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode, im August 1990, darauf hingewiesen hat - ich zitiere wörtlich -, "daß unsere jährliche Zinsbelastung immer noch rund 2 Milliarden DM über dem vergleichbaren Niveau der anderen Flächenländer liegt".

Meine Damen und Herren, wofür hören wir eigentlich all diese Äußerungen vom Finanzminister, vom Ministerpräsidenten, wenn nicht die entsprechenden Konsequenzen daraus auch im Haushalt gezogen werden?!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie, die SPD-Mehrheitsfraktion hier im Landtag, tun so, als wenn nichts geschehen wäre. Sie beurteilen noch nicht einmal, Sie ziehen noch nicht einmal heran unsere Vorschläge zur Rückführung der Nettoneuverschuldung um 1,3 Milliarden DM. Im ersten sozialdemokratischen Regierungsjahr 1967 hatte das Land Nordrhein-Westfalen gut 1 Milliarde DM Schulden am Kreditmarkt; dazu kommen die Schulden für den Wohnungsbau, Herr Finanzminister, dann sind es 8 Milliarden DM - immer noch eine Summe, die sich wirklich sehen lassen kann.

Und ob die Schulden nun um das 20fache oder das 14fache steigen, Herr Finanzminister, das ist überhaupt nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß Sie in extremem Maße die Ausgaben erhöht haben wie kein anderes Bundesland. Das heißt, alle anderen Bundesländer stehen besser da.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Ministers Schleußer)

- Sie können das ja alles richtigstellen. - Sie haben heute ein hochkompliziertes und teures Finanzmanagement notwendig, um Kreditkonditionen, Zinstermine, Prolongationen überhaupt noch unter Kontrolle zu halten. Und dann versuchen Sie der staunenden Öffentlichkeit klarzumachen, diese nicht vorhandenen Spielräume - die Sie durchaus konstatieren - hätten

(C)

etwas damit zu tun, daß die Sonderleistungen des Landes für die Kohle dazu beigetragen hätten, dazu geführt hätten, Verursacher seien - und natürlich die Belastungen durch die deutsche Einheit.

Meine Damen und Herren! Für die Steinkohle sind von der SPD-Landesregierung in den letzten 25 Jahren insgesamt rund 20 Milliarden DM ausgegeben worden. Allein in diesem Zeitraum hat das Land aber rund 800 Milliarden DM an Steuern eingenommen. Zudem hat das Land seit 1983 über 100 Milliarden DM von der CDU-geführten Bundesregierung erhalten. Sie wissen, wieviel Sonderleistungen wir allein im Vollzug der Ruhrgebietskonferenz bekommen haben. Daraus hätten die Kohleleistungen spielend finanziert werden können. Die Kohleleistungen sind also allein für die hohe Verschuldung nicht maßgebend!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die SPD-Landesregierung darf sich mit dieser Schutzbehauptung, die natürlich über ihre Inkompetenz, mit Geld richtig umzugehen, hinwegtäuschen soll, nicht länger aus der wirtschafts- und finanzpolitischen Verantwortung stehlen.

(Beifall bei der CDU)

Hinter dem Düsseldorfer Finanzdesaster, meine Damen und Herren, steckt aber auch eine Menge sozialdemokratischer Ideologie. Herr Farthmann, hören Sie einmal gut zu, weil da nämlich eine Quelle des Ärgers liegt; vielleicht können Sie mit dazu beitragen, daß Ihre Fraktion sich aufrappelt, um das endlich einmal zu ändern.

Da werden aus ideologischen Gründen neue Schultypen - seinerzeit die Gesamtschule - kreiert, für die wesentlich mehr Lehrer benötigt und für die neue Gebäude gebaut werden müssen. Es sind Schultypen, die ein Heidengeld verschlingen, die hohe Folgekosten verursachen und womit gleichzeitig Schulgebäude, die in der Nachbarschaft geschlossen werden, leerstehen, zum Teil zu Investitionsruinen gemacht werden.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Und wie ist das im Kreis Kleve?)

(D)

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

- Wir sind Gott sei Dank noch gesamtschulfrei, Herr Dammeyer, das wissen Sie doch. Gott sei Dank! Was meinen Sie, was die Kommunen uns täglich danken, daß wir sie nicht in diese Verschuldung getrieben haben, die für die Investitionen notwendig gewesen wäre!

(Beifall bei der CDU)

Gucken Sie sich doch einmal an, welche neuen Investitionen jetzt in Gemeinden notwendig werden und wie die darunter leiden.

Es ist doch der allzu großzügige Umgang mit Geld - und es sind nicht in erster Linie die Strukturkrisen -, der zu einer Landesverschuldung geführt hat, die inzwischen einer Finanzkatastrophe gleicht. Das sind nicht Worte der Opposition, sondern das sind Worte von Herrn Farthmann, die Sie alle reihenweise zitiert finden können, weil es Gott sei Dank in der SPD-Fraktion einen gibt - ich muß ihn wirklich loben -, der erkennt, wohin der Hase läuft,

(Lachen bei der SPD)

(B)

der nur nicht die Kraft hat, sich durchzusetzen, sondern statt dessen einen Kotau machen muß.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Linssen, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Morawietz?

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Nein. - Vor einigen Monaten hat der Landesrechnungshof die Schlußbilanz für das Klinikum Aachen vorgelegt. Meine Damen und Herren, großzügiger Umgang mit Geld: Aus den 1971 veranschlagten 571 Millionen DM sind am Ende rund 2 060 Millionen DM geworden. Das Klinikum wurde also fast viermal so teuer wie veranschlagt. Stellen Sie sich einmal vor, bei einem Automobilkonzern würden die Kosten für die Errichtung einer neuen Fabrik ähnlich aus dem Ruder laufen! Das Vorstandsmitglied würde sofort entlassen. Wissen Sie, was hier passiert ist? Der für den Aachener Prachtbau damals zuständige Fachminister ist

(C)

heute Ministerpräsident des Landes. So kann man in der SPD Karriere machen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Finanzminister, wenn Sie in Ihrem Finanzreport vom 1. September 1991 von einer lawinenartigen Zunahme der Kosten des Einigungsprozesses sprechen und behaupten, Nordrhein-Westfalen würde sich bis 1995 mit 21 Milliarden DM beteiligen, so ist dies schlichtweg falsch.

(Minister Schleußer: Das ist richtig! Das ist sogar mehr!)

Sie wissen genau, woran das liegt; darüber haben wir zimal diskutiert. Ich möchte sie heute noch einmal auffordern, wirklich das zu betrachten, was im Haushalt aufgewandt wird, und keine anderen Zahlen hier aufzutischen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Dann hat uns das Klinikum auch keine 2 Milliarden gekostet!)

Tatsache ist, daß das Land im Jahre 1992 einschließlich der Verwaltungsausgaben für den Wiedervereinigungsprozeß 571 Millionen DM aufbringt. Die Leistungen der Kommunen sind da nicht mit eingerechnet. Ich meine, meine Damen und Herren, daß gerade diese Leistungen, die wir hier erbringen als westliche Länder, die seit 40 Jahren in Frieden und Freiheit leben, gut angelegt sind, nämlich für Frieden und Freiheit, die ausstrahlen auch in die osteuropäischen Länder, die sich sehr genau angucken, was wir leisten.

(D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Daß wir in Nordrhein-Westfalen von Wachstumsimpulsen aus der deutschen Einheit erheblich profitieren, gehört, glaube ich, mittlerweile zum Wissensstand eines jeden in unserem Lande, der sich ein bißchen mit Politik beschäftigt.

Ich erwarte von der Landesregierung, daß sie nicht nur ständig von Solidarität redet. Herr Ministerpräsident, Sie tun das. Sie haben auch das Wort von de Maizièrre, "Teilung durch Teilen überwinden", aufge-

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

nommen. Wir begrüßen es, wenn so gesprochen wird. Wir würden es aber noch mehr begrüßen, wenn auch so gehandelt würde.

(Beifall bei der CDU)

Es ist unsolidarisch, wenn man die Kosten für deutsche Einheit dazu benutzt, um von der eigenen Unfähigkeit zu sparen abzulenken.

(Beifall bei der CDU)

Daß die Bundesländer wahrlich nicht überfordert werden - das ist auch ein vielbesprochenes Thema in der deutschen Politik -, wird schon daran deutlich, daß der Bund im Jahre 1991 60 Milliarden DM und die elf westlichen Länder zusammen lediglich 3,2 Milliarden DM für die östlichen Länder leisten.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es auch richtig, daß die 7,5 % Solidaritätszuschlag in die Bonner Kassen gehen, Herr Finanzminister, nur damit wir uns hier auch richtig verstehen.

Ich sage für die nordrhein-westfälische CDU-Landtagsfraktion: Wir bekennen uns ausdrücklich zu unserer solidarischen Verpflichtung für die neuen Länder, und wir fordern auch von der SPD diese praktizierte Solidarität.

(Beifall bei der CDU)

Wir begrüßen das große Engagement unserer Städte und Gemeinden für den Aufbau des Partnerlandes Brandenburg. Wir begrüßen auch die Hilfe unseres Landes und stehen nicht an, irgend etwas daran zu kritisieren. Das wird gut gemacht. Diese 1000 Beamten drüben in Brandenburg leisten Wertvolles. Das ist auch an dieser Stelle zu loben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Hilfe des Landes muß aber ohne Eigennutz und in dem Bemühen geleistet werden, daß Fehler der SPD-Landesregierung, wie sie hier in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel mit der Aufblähung des Personalapparates der Landesbehörden oder mit den gescheiterten Schulexperimenten auf dem Rücken

(C)

unserer Kinder gemacht werden, in Brandenburg nicht wiederholt werden.

Wir leben im finanziellen Bereich in ähnlicher Weise zu Lasten unserer Kinder und Enkel über unsere Verhältnisse, wie wir dies durch unseren leichtfertigen Umgang mit der Umwelt, durch unseren Raubbau an der Natur jahrzehntelang praktiziert haben. Die Parallele von Umweltschutz und solider Finanzpolitik zeigt aber auch: Die Vernachlässigung der Zukunft in der Gegenwart ist kein unabänderliches politisches Prinzip. Durch zunehmenden Problemdruck und durch öffentliche Aufklärung hat sich im Umweltbereich ein deutliches Zukunftsbewußtsein entwickelt. Ich erwarte, daß sich mit dem jetzigen Problemdruck und sicher mit Hilfe der CDU-Landtagsfraktion mehr und mehr auch bei der SPD ein finanzpolitisches Zukunftsbewußtsein durchsetzen wird.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD-Landesregierung hat zu verantworten, daß das Ergebnis der hohen Kreditaufnahmen des Landes nicht nur steigende Zinszahlen sind. Sie hat auch eine Inflation von Forderungen und Ansprüchen an die Leistungsfähigkeit des Landes geweckt, die bisher aus Gefälligkeit, aus Angst vor der eigenen Wähler- oder Funktionärsklientel oder aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit stets erfüllt wurden. Lesen Sie dieser Tage einmal, wie nach Meinung der Reporter, die sich damit beschäftigen, das "System Rau" funktioniert: gefällig nach allen Seiten eine Politik zu betreiben, die natürlich nur bei schönem Wetter zu betreiben ist. Bei schwerem Wasser können Sie mit einer solchen Politik nicht vorranksommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das hat sicherlich auch zu der momentanen Krise der SPD beigetragen. Ich sehe nicht - auch nach dem Hagener Parteitag nicht -, wie die SPD aus dieser selbstgemachten Misere herauskommen will.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Nur kein Neid!)

Meine Damen und Herren, Herr Posser, Ihr ehemaliger Finanzminister, Herr Ministerpräsident, hat übrigens schon 1985 genau auf diesen Zusammenhang

(D)

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

hingewiesen. Er hat damals schon gesagt: Der finanzielle Ruin kommt, wenn sich am finanzpolitischen Kurs der SPD nichts ändert. - Das hat jetzt Herr Schleußer wiederholt; Herr Farthmann sagt es. Nur: In der Praxis - das müßte Sie, Herr Farthmann, doch eigentlich rasend machen - bewirkt Ihr ganzes Reden offensichtlich überhaupt nichts.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie entfachen seit Wochen eine Pressekampagne, um die SPD-Landtagsfraktion auf Sparkurs zu bringen. Aber Sie merken auch: Ihre SPD-Fraktion hat offensichtlich nichts gelernt und will auch nicht lernen. Sie tut so, als könnten wir weitermachen wie bisher.

(Zustimmung bei der CDU)

So sage ich an dieser Stelle noch einmal: Diese Haushaltsberatungen waren eine Farce. Wir können so nicht mehr weitermachen, wenn wir wirklich das Wohl der Bürger im Auge haben wollen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

(B)

Die Landesregierung kommt nicht daran vorbei, den Spielraum für Ausgabenentscheidungen in künftigen Jahren drastisch zu beschneiden, die Inflation der Ansprüche zurückzuschrauben und sich der Zukunft unserer Kinder und Enkel gegenüber solidarisch zu zeigen. Aber diese Solidarität haben wir nicht nur national zu üben, sondern sie ist auch international gefordert. In einer Welt, in der die Unterschiede zwischen Wohlstand und Armut sowohl zwischen West- und Osteuropa als auch zwischen den Industrienationen und der dritten Welt groß sind, müssen wir damit rechnen, daß die Flüchtlingsströme eher zunehmen als abnehmen.

Meine Damen und Herren, die Völkerwanderung von Ost nach West und von Süd nach Nord wird zu dem zentralen politischen Problem der Zukunft. Wir werden diese Völkerwanderung nur aufhalten, wenn wir den Menschen in Mittel- und Osteuropa und in den Entwicklungsländern zu Lebenschancen in ihrem eigenen Land verhelfen. Menschen in Not suchen und finden ihren Weg. Hauptursache für die hohen Asylbewerberzahlen ist sicherlich die Armut. So, wie viele

(C)

bei uns auf die soziale Frage des 19. Jahrhunderts verspätet reagiert haben, so haben wir heute eine globale soziale Frage, auf die wir auch mit den sicherlich bescheidenen Mitteln eines Landeshaushalts reagieren müssen.

(Beifall bei der CDU)

Armutsbekämpfung ist mit Sicherheit die richtige Zielsetzung, weil sie an den Ursachen ansetzt. Hierzu bietet sicherlich die Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung einen richtigen Ansatz.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Welcher Regierung?)

- Die Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung, Herr Kollege Hunger. Ich weiß nicht, ob Sie im Bilde sind.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das haben Sie wohl verwechselt! - Weitere Zurufe von der SPD)

Sie ist einmal im Kabinett verabschiedet worden, und Herr Clement hat sich darangehängt und versucht, hier das gleiche zu machen. So ist das gewesen.

(D)

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Schultz [SPD]: Ha, ha, ha! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wir wollen Erstgeburtsrechte gar nicht bestreiten; auch Sie können das nicht. Wir sind ja glücklich, daß die Landesregierung versucht, das nachzuvollziehen. Nur: Sie tut es, indem sie ein Reintegrationsprogramm für Roma und Sinti auflegt. Und das ist falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das dient der Kaschierung der Fehler, die hier im Lande begangen worden sind. Wir müssen mehr dazu kommen, vor Ort Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, und damit erreichen, daß keine Anreize mehr zum Herkommen geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, eins ist aber auch klar: Wir können die Probleme des Elends dieser Welt

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

nicht allein bei uns in Nordrhein-Westfalen lösen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben als CDU-Landtagsfraktion - das sage ich mit allem Nachdruck - immer wieder auf die Grenzen der Integrationsfähigkeit jeder Gesellschaft hingewiesen, die niemand übersehen darf, der sich wirklich verantwortlich mit Ausländerpolitik beschäftigt. Das Zusammenleben von Menschen, die aus sehr unterschiedlichen Kulturen kommen, verschiedenen Religionen angehören und unterschiedliche Wertvorstellungen mitbringen, stellt an die Anpassungsbereitschaft und an die Toleranz ganz erhebliche Anforderungen.

Meine Damen und Herren, viele Bürger in unserem Land fühlen sich bereits heute überfordert. Sie haben Angst, daß unser Wohnraum und unser soziales Netz nicht mehr ausreichen und daß wir die Daseinsvorsorge nicht einer unbeschränkten Zahl von Menschen zur Verfügung stellen können. Wir müssen für solche Ängste Verständnis aufbringen. Eine Politik, die auf solche Ängste keine Rücksicht nimmt, fördert Ausländerfeindlichkeit und soziale Konflikte und erreicht damit genau das Gegenteil von Weltoffenheit und Toleranz.

(B)

Wir müssen also sehr rasch dazu kommen, den Menschen in Armut und Not eine Perspektive in ihren Heimatländern zu geben.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat deshalb im Landtag versucht, den Kurs der Umsteuerung zu fahren. Wir haben diesem Hohen Hause Anträge vorgelegt, in denen wir gesagt haben, "Laßt uns die Asylverfahren so beschleunigen, daß wir von den fast 1,2 Milliarden DM, die für diesen Bereich angesetzt sind, 320 Millionen DM sparen können.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Auf dem Rücken der Schwächsten!)

Laßt uns davon wirklich 100 Millionen DM für Flüchtlingshilfe in osteuropäischen Ländern abgeben!"

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, daß das der richtige Weg ist. Auch Sie

(C)

von der SPD sollten die Kraft haben, solche Umsteuerungen vorzunehmen.

Ich sage ebenfalls ganz deutlich: Wir können die Armutsprobleme der Welt nicht dadurch lindern, daß wir weiterhin ungehindert den massenhaften Mißbrauch des Grundrechts auf Asyl dulden. Dieses Grundrecht ist auf die politisch Verfolgten beschränkt. Dabei muß es bleiben. Dazu stehen wir!

(Beifall bei der CDU)

Es darf nicht als Mittel einer unkontrollierten Einwanderung mißbraucht werden. Wenn wir die Akzeptanz unserer Bürger für das Grundrecht auf Asyl nicht gefährden wollen, dann müssen wir die Verfassung ergänzen, um das Zugangsproblem in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang hat mich etwas an der Sitzung vom vergangenen Freitag zutiefst erschüttert: Wenn schon eine Diskussion über die Ergänzung des Artikels 16 GG von Ihnen tabuisiert wird,

(D)

(Abgeordneter Paus [CDU]: Genau so ist das!)

dann haben Sie sich sehr weit von einer realistischen Politik entfernt.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Das sagen Sie einmal Ihrem Koalitionspartner. Der ist nämlich zufällig der gleichen Meinung!)

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß Sie - egal durch wen; vielleicht durch Ihren neuen Bundesvorsitzenden - doch noch dazu gebracht werden - sei es auch nur unter dem Etikett der europäischen Harmonisierung -, diesen absolut notwendigen Änderungen zuzustimmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte es für widersinnig, daß die Landesregierung angesichts von 111 Milliarden DM Schulden über 1 Milliarde DM für die Unterbringung und Versorgung von Wirtschaftsflüchtlings ausgibt.

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

Meine Damen und Herren, das ist eine Position, die unseren Haushalt überstrapaziert. Sie beschäftigen ja die Ausschüsse mit Sparvorschlägen in der Größenordnung von 1 Millionen bis 2 Millionen DM. Zwar muß das auch getan werden; jedoch glaube ich, daß wir einmal an die wirklich ganz gravierenden Felder des Haushalts gehen müssen. Ich glaube, daß dieses Politikfeld von Ihnen wirklich neu bewertet werden sollte und solche Ausgaben auf den Prüfstand müssen.

(Beifall bei der CDU)

Carl Friedrich von Weizsäcker hat einmal gesagt: "Das demokratische System, zu dem sich unser Staat bekennt, beruht auf der Überzeugung, daß man den Menschen die Wahrheit sagen kann." - Ich erwarte diese Ehrlichkeit sowohl vom Ministerpräsidenten als auch von der SPD-Landtagsfraktion. Der Ministerpräsident hat schon in seiner Regierungserklärung aus dem Jahre 1980 gesagt - ich zitiere: "Unsere Politik muß ehrlich sein".

Solche Forderungen, die wir alle unterschreiben können, finden Sie in den Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten reihenweise.

(B)

(Zuruf von der SPD: Das gilt auch für Sie!)

- Ja, natürlich. Sie können mir nachher vielleicht einmal sagen, wann ich hier nicht ehrlich argumentiert habe.

(Heiterkeit bei der SPD)

Selbst wenn ich von dem SPD-Fraktionsvorsitzenden hier in diesem Hause manchmal andere Töne zum Selbstverständnis von politischen Parteien höre, steht für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands unverrückbar fest, Herr Ministerpräsident: Politische Parteien dürfen sich nicht selbst im Mittelpunkt sehen.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Das sagen Sie einmal dem Bundeskanzler!)

Sie sind nur Teil des Ganzen. Sie haben eine dienende Funktion für das Gemeinwesen, für unser Land. Das ist unser Credo, an dem wir uns messen lassen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Die SPD-Landesregierung hat in den vergangenen 25 Jahren viele Forderungen und Ansprüche nur aus Gefälligkeit oder Angst vor öffentlichem Druck erfüllt. Diese Gefälligkeitsdemokratie können wir uns nicht mehr leisten.

(Beifall bei der CDU)

Nur ein radikales Umdenken und Umsteuern kann uns vor einem finanzpolitischen Desaster noch retten.

Ich stimme übrigens dem SPD-Bundesvorsitzenden Engholm zu, der sagt:

Wir können es uns in Anbetracht der Kassenlage nicht mehr leisten, das soziale Netz weiter auszuweiten und sozusagen neue Wohltaten unter das Volk zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Er hat auch recht mit seiner Forderung:

Die Einführung der Pflegeversicherung wird der letzte wirklich bedeutende soziale Tatbestand sein, den es zu verwirklichen gibt.

(D)

Das können Sie alles nachlesen. Das hat er im September 1991 gesagt. Ich weiß, daß das bei Ihnen unheimlich für Tumult gesorgt hat. Aber Sie haben diesen Bundesvorsitzenden ja gewählt, weil Sie offensichtlich der Überzeugung sind, daß er ein guter Mann ist. Dann halten Sie sich auch einmal an solche Aussagen!

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter van Schewick [CDU]: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die von mir eingangs beschriebenen historischen Entwicklungen in der europäischen Integration stellen gerade im Bereich der Hochschulpolitik und der Schulpolitik neue Anforderungen. Eine gute Ausbildung ist wichtiger als je zuvor. Die Qualität unseres Schulsystems wird nicht nur über die Zukunft unserer Kinder, sondern auch über die Zukunft unseres Landes entscheiden. Aber gerade in der Schulpolitik hat die SPD-Landesregie-

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

rung eklatant versagt.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben seit mehr als zwei Jahrzehnten Schulpolitik - so müssen Sie sich das vorstellen - Spagat zwischen ideologischen Hardlinern und Bildungspragmatikern gemacht. Der Versuch, den der Ministerpräsident dabei nicht ausgehalten hat, nämlich den Streit zwischen den zwei Lagern zu schlichten, war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Er hat uns zwar viel Geld gekostet, weil mit allen möglichen Maßnahmen alle möglichen Teile der Partei befriedigt wurden; aber zum größeren Wohl unserer Kinder oder zu den bildungspolitischen Notwendigkeiten hat das nicht beigetragen.

Die SPD hat für bestimmte Interessengruppen Sonderlösungen geschaffen, die mit ihren enormen Kosten entscheidend zur jetzigen Misere des nordrhein-westfälischen Schulsystems beigetragen haben.

(Zustimmung bei der CDU)

(B)

Dem herkömmlichen dreigliedrigen Schulsystem von Gymnasium, Realschule und Hauptschule hat die SPD zusätzlich kostspielige Gesamtschulen und Kollegschulen hinzugefügt. Diese Schulformen erhielten und erhalten wesentlich mehr Geld als vergleichbare Einrichtungen des gegliederten Schulwesens. Hierzu gibt es nach wie vor aus unserer Sicht keine sachliche Notwendigkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben lange vor dem Kienbaum-Gutachten darauf hingewiesen. Sie im Kultusministerium haben das alles auch längst gewußt. Wir haben es heute amtlich bestätigt, daß eine Grundsanierung im nordrhein-westfälischen Schulsystem unumgänglich ist.

Meine Damen und Herren, wir müssen es immer wieder sagen, weil Sie glauben, mit Ihren Maßnahmen am Rande irgendetwas bewegen zu können: Es fallen jede Woche 300 000 Schulstunden aus, und das ärgert die Leute immer mehr. Laut Gutachter fehlen 25 000 Stellen. Nordrhein-Westfalen ist im Ländervergleich absolutes Schlußlicht geworden; denn in unserem Land gibt es die meisten Schüler pro Lehrer

(C)

und den wenigsten Unterricht pro Schüler. Das ist amtlich festgehalten.

(Zustimmung bei der CDU)

Es kommt noch eines hinzu, auf das wir uns vorbereiten müssen - es geht ja um die Zukunftsfähigkeit des Landes -: Der Gipfel bei der Entwicklung der Schülerzahlen ist noch längst nicht erreicht. Wir haben ja wieder steigende Ziffern. Bis zum Jahre 2005 wird die Zahl der Schüler von jetzt gut 2,6 Millionen auf nahezu 2,9 Millionen ansteigen. Will man diesen steigenden Schülerzahlen gerecht werden und die ausscheidenden Lehrer ersetzen und das tun, was Kienbaum empfohlen hat, um eine Vollversorgung zu garantieren, dann müßten bis zum Jahre 2000 sage und schreibe - halten Sie sich fest! - 88 500 Lehrer eingestellt werden.

Das würde Milliarden kosten, die wir nicht haben und die wir auch nicht aufbringen können. Also müssen wir überlegen, was zu tun ist. Dieses Bildungssystem ist nämlich so nicht mehr finanzierbar. Der "Spiegel" hat recht, wenn er sagt: "Schlecht, konfus und teuer".

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der F.D.P.)

(D)

Meine Damen und Herren, deshalb muß das Steuer in der Schulpolitik gerade angesichts dieses immensen Finanzvolumens - das ist der größte Einzeletat, den wir im Landeshaushalt haben - wirklich sofort herumgerissen werden. Ich bedaure außerordentlich, daß diese SPD auf ihrem gerade zu Ende gegangenen Parteitag in Hagen nicht die Kraft gehabt hat, dieses Thema überhaupt ordentlich zu diskutieren, sondern es statt dessen im Grunde auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagt hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das ist gar nicht wahr!)

Erst haben wir ein Kienbaum-Gutachten, jetzt bekommen wir eine internationale Kommission - ja, wann soll denn hier einmal angepackt werden?

(Zustimmung bei der CDU)

Ich weiß schon, warum Sie das Thema verschieben:

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

weil der Ministerpräsident genau sieht, daß er den Konflikt in seiner eigenen Partei sonst nach vorne bringt und erneut solch eine kontroverse Diskussion wie bei der Kommunalverfassungsreform produziert. Aber Sie müssen sie provozieren, Herr Ministerpräsident, wenn Sie in diesem Land etwas erreichen wollen! Sie können nicht weiter vertagen - nur um des lieben Friedens in Ihrer Partei willen -, sonst gehen die Finanzen dieses Landes kaputt!

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der F.D.P.)

Sie müssen den Leuten, die die Gesamtschule flächendeckend als einzige Schule einführen wollen, klar sagen: Ich als Ministerpräsident trete für Pluralität ein - das haben Sie hier in der Schuldebatte deutlich gemacht -, und deshalb geht das nicht mit mir; ich setze mein Konzept durch. Ansonsten können Sie eben nicht mehr Parteivorsitzender oder nicht mehr Ministerpräsident sein.

Meine Damen und Herren, die Skepsis von Teilen der SPD gegenüber unserem Bildungssystem ist klar. Ich brauche nicht nur Holger Börner zu zitieren, der z. B. das Gymnasium die "mieseste Firma" genannt hat, die er kenne. Wörtliches Zitat!

(B)

Wir müssen Liberalität zeigen auch gegenüber anderen Einstellungen, auch in der Geduld, mit der man fremde Vorstellungen erträgt und gelten läßt.

(Abgeordnete Dedanwala [SPD]: Oh! Das ist ja ganz neu!)

Deshalb, meine Damen und Herren: Ohne ideologische Unvoreingenommenheit kann es keine gute Zukunft für unser Schulsystem geben, kann es aber auch in der Frage der zukünftigen Struktur unseres Schulsystems zwischen CDU und SPD keine Übereinstimmung geben.

Bei der Diskussion über die beste Schulstruktur für unser Land, die wir gerne mit Ihnen führen wollen, muß das Wohl unserer Kinder im Vordergrund stehen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir laufen nicht mit ideologischen Scheuklappen in solche Gespräche hinein. Aber ohne ein Umsteuern in der Schulpolitik werden unsere Schulen den durch den europäischen

(C)

Integrationsprozeß verschärften Wettbewerb kaum bestehen können.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bildungspolitische Leistungsfähigkeit ist Voraussetzung und Motor für eine funktionierende Wirtschaft, und die funktionierende Wirtschaft ist der Motor für Wohlstand und Entwicklung unseres Landes.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Schwencke [CDU])

Auf diesen Zusammenhang machen wir als CDU immer wieder aufmerksam.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe das Gefühl: Bei Ihnen sitzen viele, die offensichtlich nur auf einem Auge sehen können.

Herr Ministerpräsident, Sie haben auf dem SPD-Landesparteitag behauptet, die SPD habe den Strukturwandel - ich glaube, ich habe das richtig gelesen - in den vergangenen Jahren ein gutes Stück vorangebracht.

(D)

(Zustimmung des Abgeordneten Frechen [SPD])

Ich möchte dazu klar sagen: Das war die Wirtschaft, das waren die Unternehmer, das waren die Arbeitnehmer in diesem Land.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Frechen [SPD]: Und sicher auch die CDU?)

die dieses Land ein gutes Stück vorangebracht haben. Vor allem sind es die kleinen und mittleren Unternehmen.

Lassen Sie mich in dieser dritten Lesung einmal aus dem Siegener Grundsatzprogramm der SPD vom 3. Februar 1990 zitieren. Darin heißt es, genauso wie in der Regierungserklärung von 1985, daß

mittelständische Unternehmen Motor der ökonomischen Erneuerung sind. Das sind die vielen kleinen und mittleren Unternehmen im Handwerk, im Handel, in der Industrie und in den freien Berufen.

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

Wir begrüßen ausdrücklich diese Feststellung,

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Von der Bundesregierung werden sie sträflich vernachlässigt!

denn diese Betriebe sind nun einmal Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft, und sie sind diejenigen, die für mehr Beschäftigung sorgen können. Wir können doch nicht als gottgegeben annehmen, daß wir in Nordrhein-Westfalen ständig eine höhere Arbeitslosenquote haben als anderswo.

Wenn mir einer 1970 oder 1980 gesagt hätte: Wir haben schwere Strukturumwälzungen, hätte ich gesagt: Man braucht 15 Jahre. Aber, meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie das nach 25 Jahren immer noch erzählen, klingt die Platte alt und abgedroschen.

(Beifall bei der CDU)

7,6 % beträgt heute die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen, 5,4 % im Bundesdurchschnitt. Im Bund sind seit 1983 15,9 %, in Nordrhein-Westfalen 13,5 % mehr Arbeitsplätze geschaffen worden.

(B)

Meine Damen und Herren, wir müssen endlich zur Normalität kommen in Nordrhein-Westfalen, denn damit ist eine finanzpolitische Besserstellung des Landes unmittelbar verbunden. Erst wenn wir das durchschnittliche Wachstum erreichen - höhere Ansprüche haben wir ja gar nicht; ich will nicht daran erinnern, daß der Ministerpräsident vor dem Wahlkampf immer davon gesprochen hat, wir würden Nummer 1, nachher haben wir das nicht mehr gehört -, werden wir auf der Einnahmeseite soviel mehr in der Kasse haben, daß wir fast aller Probleme ledig sind.

(Beifall bei der CDU)

Das Hauptproblem, an dem das Land krankt, ist seine Wachstumslücke. Sie hat sich - immerhin nach einer Studie der WestLB - in den letzten 25 Jahren auf rund 18 % gegenüber dem Durchschnitt der anderen Bundesländer summiert. 1 % sind 550 Millionen DM mehr Steuereinnahmen für das Land. Sie können sich also locker ausrechnen: 10 Milliarden DM mehr hätten wir heute jährlich in der Kasse, wenn Sie es mit Ihrer Politik verstanden hätten, wenigstens den

(C)

Durchschnitt des Wachstums der Bundesländer zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Das machen wir Ihnen zum Vorwurf, meine Damen und Herren von der SPD! Das hängt natürlich auch mit der Struktur zusammen. Aber es hat noch keine genügende Umsteuerung hin zu mittelständischen und kleinen Betrieben, zu Dienstleistungsunternehmen stattgefunden - auch im Ruhrgebiet ist die Dienstleistungspalette nach wie vor nicht ausreichend vertreten.

In einer solchen Phase streichen Sie das beschäftigungsorientierte Mittelstandsprogramm des Landes von 8 Millionen DM. Bei Haushaltskürzungen muß immer gleich die "Melkkuh" Mittelstand erhalten, das kann ich mir vorstellen, aber das ist mit Sicherheit der falsche Weg. Herr Ministerpräsident, Sie sollten sich einmal den Brief der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände vom 9. Dezember zu Gemüte führen, in dem diese sich vehement über solche Wachstumshemmnisse für die mittelständischen Unternehmen Nordrhein-Westfalens beschwert.

Das Dilemma der SPD im Wirtschaftsbereich beschreibt der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgruppe für Arbeitnehmerfragen Norbert Römer sehr genau. Er fordert die SPD auf - ich darf ihn zitieren -:

(D)

... den modischen Ekel vor dem industriellen Fortschritt zu beseitigen. Es darf in der SPD keine Arbeitsteilung geben, wonach die einen für die Sicherung unserer industriellen Grundlagen zuständig sind, während die anderen den Widerstand gegen Kernkraftwerke oder Entsorgungszentren organisieren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, übertragen Sie das auf die aktuelle Diskussion sowohl im Entsorgungsbereich in Nordrhein-Westfalen - der Entsorgungsnotstand macht uns Riesensorgen; Sie haben sicher die Meldung heute in den Zeitungen gelesen - als auch auf die Entwicklung und Planung moderner Verkehrssysteme. Sie können uns zwar erzählen: Ich muß noch den letzten auf dieser Entwicklungsreise mitnehmen - das ist

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

sicherlich ein sehr schönes Prinzip -, aber Sie müssen schneller entscheiden, damit dieses Land wieder Anschluß an das durchschnittliche Wachstum findet.

(Beifall bei der CDU)

Sie sollten sich auch überlegen, Herr Ministerpräsident, ob Sie Ihre starre Haltung in Sachen Unternehmensteuerreform in Richtung Bonn weiter beibehalten. Sie wissen ganz genau, daß gerade mittelständische Unternehmen von einer Unternehmensteuerreform, wie sie dort geplant ist, profitieren können, weil gerade im mittelständischen Bereich besondere Akzente gesetzt werden. Ich meine, man sollte sich in der SPD überlegen, ob man das aus rein parteitaktischen Überlegungen - die Länder müssen Widerstand leisten! - riskieren kann, wenn man gleichzeitig zu verantworten hat, daß die Veränderungen und Verbesserungen, die sie im familienpolitischen Bereich plant, nicht rechtzeitig zum 1. Januar in Kraft treten können.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Sie wissen um die extrem hohe Steuerbelastung der Unternehmen - selbst wenn man die, richtigerweise, sehr viel bessere Abschreibungsmodalität bei uns im Lande berücksichtigt. Sie wissen, daß wir international damit nicht wettbewerbsfähig sind, daß es in der Politik, die Sie als Ministerpräsident des größten Landes der Bundesrepublik zu verantworten haben, darum geht, unsere Unternehmen auf den großen Binnenmarkt vorzubereiten, und daß es um den Standort Bundesrepublik geht. Ich erwarte von Ihnen, daß Sie Akzente in diese Richtung setzen und sie nicht mit klassenkämpferischen Parolen wie "Umverteilung von unten nach oben", wie sie immer gebraucht werden, zudecken. Es geht um Steuergeschenke für Besserverdienende - da kommt einem langsam das Gähnen, Herr Ministerpräsident. Sie wissen ganz genau, daß das unternehmensintern ausgeglichen werden soll.

Einer solchen Politik sollten Sie sich nicht verschließen.

(Beifall bei der CDU)

Es sind vier Faktoren, die die Wettbewerbsposition Nordrhein-Westfalens in jüngster Zeit verschlechtert haben. Ich zitiere den Geschäftsführer der landes-

(C)

eigenen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen Andreas Schlieper - er hat am 9. Dezember gegenüber dem "Handelsblatt" erklärt -:

Zu diesen Verschlechterungen gehörten

1. die immer höheren Faktoren Kosten und Steuern,
2. die Entscheidung über den künftigen deutschen Regierungssitz, die eine Sogwirkung insbesondere auf die Firmenleitungen ausübt,
3. die intensivierten Akquisitionsbestrebungen anderer deutscher Regionen, die sich bemühen, dieser Sogwirkung nach Berlin entgegenzuarbeiten, und
4. die Tatsache, daß Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe weniger Förderhilfen in Form von Investitionszuschüssen anbieten kann als andere Bundesländer.

(D)

Ich meine, vor allen Dingen die neuen Bundesländer; darüber haben wir uns unterhalten. Ich glaube, es ist Konsens, daß das so sein muß.

Wir stehen im verschärften Wettbewerb mit anderen Bundesländern, die sich enorme Mühe geben, und vor allen Dingen mit westeuropäischen Ländern, die alle Anstrengungen unternehmen, um sich für 1993 vorzubereiten. Unsere Aufgabe heute ist, mit die Weichen für dieses Fitmachen für Europa zu stellen.

Dafür sind viele Entscheidungen nötig. Ich erwähne ganz wenige, Herr Ministerpräsident:

Altlasten und Bodenschäden. Hier besteht ein gravierendes Investitionshemmnis, weil dadurch, daß das Flächenrecycling nicht funktioniert, zu wenig Flächen zur Verfügung gestellt werden können. Die LEG kann überhaupt nicht schaffen, was da ansteht. Dieses Investitionshemmnis müssen wir dringend beseitigen.

Sie sind über marginale Änderungen in diesem Bereich bisher nicht hinweggekommen.

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

Nach einer Studie des Sachverständigenrates zählt das Ruhrgebiet trotz der nach wie vor bestehenden Arbeitslosigkeit zu den Hochlohnregionen. Auch darüber haben wir uns hier öfter unterhalten. Die fünf Weisen sagen, daß die Tarifpolitik nicht die für den Strukturwandel notwendige Rücksicht auf die Lage der Krisenbranchen genommen hat. Dies wiederum habe die Ansiedlung neuer Betriebe verhindert. Man muß schon einmal etwas im Kreislauf denken, um die Ursachen wirklich klarzulegen.

In einer solchen Phase - ich spreche jetzt besonders den Finanzminister als den Arbeitgeber im öffentlichen Bereich an - ist es mir unverständlich, daß wir nun zu anstehenden Tarifforderungen überhaupt nichts mehr sagen. Ich achte die Tarifautonomie wie sicherlich viele andere. Herr Schleußer, Sie müssen insofern einmal die alte Aufgabe, die Sie als DGB-Mann wahrgenommen haben, außen vor lassen und sich als Sachwalter der Finanzen Nordrhein-Westfalens sehen. Wir leiden unter dem letzten Abschluß - 6 % plus 1,5 % Strukturverbesserung - so, daß wir praktisch nichts mehr machen können. Wenn die nunmehr aufgestellten Tarifforderungen Wahrheit würden, ist das Ende für die Finanzen Nordrhein-Westfalens programmiert. Ich wünschte mir, daß Sie, zumindest aus dieser Fürsorge für die nordrhein-westfälischen Kassen, ab und zu einmal ein Wort verlieren würden.

(B)

Ich habe noch gut in Erinnerung, wie Sie damals die Arbeitszeitverkürzung besonders begrüßt haben, obwohl Sie wußten, daß eine Stunde Arbeitszeitverkürzung die deutsche Volkswirtschaft 25 Milliarden DM kosten würde. Bis heute haben Sie außerdem diese Arbeitszeitverkürzung nicht in Stellen umgesetzt. Es geht nicht an, so etwas auf der einen Seite zu begrüßen, dann aber die Konsequenzen nicht zu tragen, weil sie haushaltsmäßig nicht zu tragen sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben einen Parteitag der SPD erlebt, der auch etwas zur Kommunalverfassung gesagt hat.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Aber wenig!)

- Ich wollte Ihnen gerne die Möglichkeit geben, Ihre Meinung kundzutun. Das haben Sie auch richtig

(C)

gemacht; herzlichen Dank.

Die Zukunftsfähigkeit, um die es heute geht, ist ganz immens wichtig auch für unsere Kommunen. Es ist entscheidend, wie wir die Kommunen für das Jahr 2000 fit machen!

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört eine andere Kommunalverfassung. Wenn es eines Beweises der Reformunfähigkeit der SPD bedurft hätte, dann hat sie diesen auf ihrem Parteitag in Hagen bei der Diskussion um die Änderung der Kommunalverfassung geliefert.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Der Torsobeschluß von Hagen ist die Absage an mehr Bürgerrechte und mehr Transparenz in unseren Kommunen.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das ist nachweislich falsch!)

Mit dem Sieg der Filz-Fraktion der Ruhrgebiets-SPD beim Kampf um Posten- und Pfründensicherung erwächst den Kommunen in Nordrhein-Westfalen zudem ein entscheidender Wettbewerbsnachteil in einem zusammenwachsenden Europa.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wenn die SPD als Partei - ich mache jetzt bewußt diesen Unterschied - so versagt, dann brauchen wir nach Hagen hier in diesem Plenum dringender denn je eine breite Koalition der kommunalen Vernunft.

(Beifall bei der CDU)

Herr Schnoor, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ich weiß, daß viele von Ihnen ebenso wie wir eine wirkliche Reform der Kommunalverfassung als dringlicher denn je erachten. Einige von Ihnen spüren als Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und als Oberbürgermeister bzw. Oberbürgermeisterinnen, wie wichtig die Entrümpelung unserer Gemeindeverfassung ist.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

Im Namen der CDU-Landtagsfraktion fordere ich Sie auf, mit uns gemeinsam einen längst überfälligen Kurswechsel zu vollziehen. Wir bieten Ihnen dazu die interfraktionelle Zusammenarbeit an.

(Beifall bei der CDU)

Denn, Herr Schnoor - darin sind wir uns völlig einig -, auch ich kann keine Reform darin erkennen, auf dem zu beharren, was vor vierzig Jahren richtig gewesen ist. Das haben Sie auf dem Parteitag völlig richtig gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Aber es kann auch nicht angehen, daß jetzt ein Reformchen herauskommt, bei dem eher der Eindruck erweckt wird, daß sich bestimmte Mandatsträger, vor allen Dingen die in großen Städten - wir haben den Fall Bottrop diskutiert -, die Taschen voll machen sollen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist mit der CDU nicht zu machen. Ich kann Ihnen aber auch versichern: Die CDU-Fraktion wird in diesem zentralen Punkt der Zukunftssicherung für unser Gemeinwesen in ihren Bemühungen nicht nachlassen. Für die Durchsetzung dieser Reform werden wir uns mit aller Kraft einsetzen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich kurz ein Wort zur Verkehrsproblematik in diesem Lande sagen. Wenn wir in diesen Tagen ein Flugverkehrskonzept vorgelegt bekommen, so ist das sicherlich schön; es war dringend erforderlich, daß Herr Kniola das getan hat. Aber es ist kein Konzept, denn es zeigt keine Wege auf, wie wir die dringenden Probleme wirklich lösen wollen, wie wir also z. B. die Holding Düsseldorf/Köln zustande bringen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Und es kommt zu spät!)

- "Zu spät" sagen Sie zu Recht, Herr Tschoeltsch. 1984, glaube ich, hat Herr Ruhnau bereits einen Brief geschrieben. Das heißt: Wir haben mittlerweile sieben Jahre vertan und sind immer noch nicht weitergekom-

(C)

men. Auch das ist wieder ein Beweis dafür, daß in diesem Land vieles eben zu lange dauert.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Da war Herr Tschoeltsch noch gar nicht im Landtag, als wir uns schon darum gekümmert haben! - Gegenrufe von CDU und F.D.P.)

Wenn wir wissen, daß das Aufkommen im Ost-West-Verkehr - ich will nur diese Zahl nennen - nach Expertenmeinung in den nächsten Jahren um das Sechsfache steigen wird, dann stößt diese Expansion auf ein schon jetzt überlastetes Verkehrsnetz. Ich hatte Ihnen, Herr Ministerpräsident, in der Antwort auf die Regierungserklärung angeboten, daß wir über die Verkehrsproblematik gemeinsam reden sollten. Dieses Angebot ist bisher nicht aufgenommen worden.

Ich höre, daß es eine Enquete-Kommission geben soll. Ein extremes Wachstumshemmnis für Nordrhein-Westfalen ist die Verkehrslage. Wenn wir über Staus reden, können Sie das auch nicht dadurch wegdiskutieren, daß Sie sagen: überall da, wo es boomt, staut es sich. Herr Ministerpräsident, in keinem Land staut es sich so wie in Nordrhein-Westfalen, obwohl es in anderen Ländern mehr boomt. Ich glaube, das ist richtig.

(D)

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Wir müssen einem ungehemmten Anwachsen des Individualverkehrs entgegenwirken, aber wir können es nicht nur mit bloßer Ankündigungspolitik tun, sondern dann müssen wir den ÖPNV, den öffentlichen Personennahverkehr, eben attraktiver machen; wir müssen ihn ausbauen. Wir sind bereit, mit Ihnen anständige Wege zu gehen. Setzen Sie sich mit den Fachleuten, mit den am Verkehr Beteiligten, mit den Verantwortlichen, mit den Betroffenen, mit uns hier im Plenum zusammen und beenden Sie diesen Zustand des hinhaltenden Diskutierens.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dieser Stunde, da wir nicht nur bewegte Zeiten in Deutschland, sondern auch in Europa haben, in der wir Umbrüche und Herausforderungen ungekannten Ausmaßes erleben, gilt für unsere Politik nicht das Normalmaß des Üblichen und des Durchschnittlichen. In solchen geschichtlichen Zeiten muß man sich den

(A)

(Dr. Linssen [CDU])

Herausforderungen stellen und sich ihnen gewachsen zeigen. Man kann bisherige Vorgehensweisen nicht einfach fortschreiben, festschreiben, weitermachen wie bisher. Das gilt für die Landesregierung, das gilt aber auch für dieses Parlament, das gilt sicherlich für jeden einzelnen Bürger. Über unsere Leistungen werden wir eines Tages Rechnung ablegen müssen. Unsere Kinder und Enkel werden uns fragen, ob wir diesen Herausforderungen gerecht geworden sind. Sie werden uns fragen, ob wir wirklich alle Kräfte angespannt oder ob wir hier manche Redeschlachten um des Redens willen geführt haben. Sie werden uns fragen, ob jeder von uns sich jeden Tag jede erdenkliche Mühe gegeben hat, um das Bestmögliche für unser Land zu tun, um die Zukunft unseres Landes auch in einer Zeit des Umbruchs zu sichern.

Herr Ministerpräsident, wir wissen, daß sich die SPD - sowohl die Regierung als auch die Partei und die Fraktion - schwertut, von überholten, in 25 Jahren verkrusteten Politikvorstellungen abzurücken.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Diese Gefahr hat ja auch der SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Farthmann, erkannt, wenn er nach dem Landesparteitag der SPD in Hagen von der Gefahr der Verkrustung, der Immobilität, von sklerotischen Prozessen in der SPD-Landesregierung spricht.

Herr Ministerpräsident, wir wissen, daß sich SPD und Landesregierung aufgrund ihrer geringer werdenden Bodenhaftung immer schwerer tun, die Sorgen und Ängste unserer Bürger zu erkennen und die Probleme unseres Landes zu lösen.

(Beifall bei der CDU und Teilen der F.D.P.)

Gerade weil wir das wissen und weil wir als größte Oppositionsfraktion und als CDU in Nordrhein-Westfalen uns für unsere Bürger und die Zukunft unseres Landes verantwortlich fühlen, gerade deshalb wollen wir der SPD-Landesregierung bei der Bewältigung der hausgemachten Probleme und beim notwendigen Abbau des von ihr verantworteten Schuldenbergs helfen. Es genügt nicht, Herr Ministerpräsident, wenn Sie auf dem Hagener SPD-Parteitag einräumen - ich darf zitieren:

(C)

Wir leugnen die Probleme nicht und die Defizite.

Wir müssen die Defizite jetzt beseitigen, wir müssen die Probleme jetzt angehen, Herr Ministerpräsident, um unser Ausbildungssystem für Europa 1993 fit zu machen, um unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig und um unseren Verkehr mobil zu halten, um das Leben unserer Bürger sicher und um die Zuwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen kontrollierbar zu machen. Die Opposition ist bereit zu helfen. Es führt kein Weg daran vorbei: Die Landesregierung muß umdenken und umsteuern. Die Landesregierung hat keine Alternative zur Begrenzung der Ausgaben oder, schlichter formuliert, zur Sparsamkeit. Wir müssen uns über das für die Zukunft ökonomisch, sozial und ökologisch Notwendige verständigen. Wir müssen gemeinsam versuchen - denn allein hat die SPD nicht die Kraft dazu -, organisierte Besitzstände zurückzudrängen. Nur dann haben wir eine Chance, finanziellen Spielraum für die Bewältigung und Gestaltung der Herausforderungen der Zukunft zurückzugewinnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und Teilen der F.D.P.)

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile - das sind Sie, Herr Professor Farthmann -, möchte ich einen Gast unter uns begrüßen. Es ist Herr Jordan Boskow, Mitglied des Parlaments von Mazedonien. Sie wissen, daß wir vor 14 Tagen mit einer Kommission in Skopje waren und uns dort die Verhältnisse angesehen haben. Herzlich willkommen, Herr Boskow!

(Lebhafter Beifall)

Es ist an uns immer wieder der Wunsch herangetragen worden, darauf hinzuwirken, daß nicht nur Slowenien und Kroatien, sondern auch Mazedonien - das für deutsche Blicke etwas abseits liegt und trotzdem eine 7000jährige Geschichte hat - mit in den Unabhängigkeitsprozeß einbezogen wird. Ich wollte darauf hinweisen und würde meine Kollegen in der Kommission bitten, wenn dazu in etwa einer Stunde Gelegenheit besteht, einmal mit Herrn Boskow zu sprechen. Herzlich willkommen! - Sie haben das Wort, Herr Kollege Professor Farthmann.

(A)

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 25 Jahren tragen wir Sozialdemokraten Regierungsverantwortung für unser Land Nordrhein-Westfalen. Dabei können wir durchaus eine positive und stolze Erfolgsbilanz vorweisen. Wir haben - bei allen Grenzen, die der Landespolitik gesetzt sind - in Nordrhein-Westfalen gezeigt, daß die ökonomische und ökologische Erneuerung einer alten Industrieregion möglich ist. Wir haben den Anschluß an die Bundesentwicklung geschafft.

(Zuruf von der CDU: Verloren!)

Natürlich war das ein schwerer Weg, den wir gemeinsam zurücklegen mußten. Hunderttausende Arbeitsplätze sind verlorengegangen: im Bergbau, in der Stahlindustrie und in der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Wir sind, meine Damen und Herren, auch noch nicht am Ende dieses Weges angekommen. Im Bergbau müssen wir uns erneut auf einen Kapazitätsabbau einstellen, bei dem in den nächsten zehn Jahren rund 50 000 Arbeitsplätze verlorengehen werden, und auch die Stahlindustrie steht vor einer weiteren neuen Rationalisierungsphase.

(B)

Meine Damen und Herren, ich sage das ausdrücklich, weil uns gelegentlich ein Vorwurf in diesem Sinne gemacht worden ist: Wir haben den Strukturwandel hier in Nordrhein-Westfalen niemals aufgehalten, sondern wir haben die staatlichen Mittel genutzt, um den Menschen zu helfen, die bei diesen Umstellungen und Neuorientierungen nicht auf der Strecke bleiben durften. Das war unser Prinzip.

(Beifall bei der SPD)

In vielen anderen Industrieregionen in Europa und in den USA konnte man beobachten, wieviel härter dieser industrielle Strukturwandel mit den Menschen umspringt, wenn man diesen Prozeß sich selbst und allein den Gesetzen des Marktes überläßt, wenn man nicht politisch eingreift. Wir haben staatliche und politische Mittel eingesetzt, damit das ökonomisch Unausweichliche trotz aller Härten für die Menschen erträglich blieb. Der radikale Strukturwandel an Rhein und Ruhr ist kein soziales Desaster geworden und zu keinem Zeitpunkt gewesen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine politische Leistung, auf die wir alle in unserem Lande stolz sein können. Keine andere Industrieregion hat derartig rasche und derartig tiefgreifende Veränderungen zu bewältigen gehabt, und keine andere Industrieregion ist so gut mit diesem Wandel fertig geworden.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grunde - das können wir doch wirklich auch mit Stolz sagen - ist unsere Politik der ökonomischen und ökologischen Erneuerung heute ein vielzitiertes Vorbild für den Strukturwandel in den neuen Bundesländern. Ob die Macher dort nun Biedenkopf oder Späth heißen - deren Maßstab für ihre Wirtschafts- und Strukturpolitik ist immer Nordrhein-Westfalen, und für Brandenburg mit Ministerpräsident Stolpe gilt das ohnehin. Herr Linssen, wenn Sie sich heute in dem erfreulichen zweiten Teil Ihrer Rede da anschließen und mitmachen wollen, dann sind wir gern dazu bereit und laden Sie herzlich dazu ein.

(Beifall bei der SPD)

Hoffentlich verbinden Sie das nicht mit Bedingungen; dazu haben Sie sich nicht geäußert.

(D)

Meine Damen und Herren, 25 Jahre Regierungsverantwortung der SPD sind allerdings auch 25 Jahre Daueropposition der CDU, und das ist natürlich Ihr Kummer. Der unaufhaltsame Absturz der Landes-CDU in die politische Bedeutungslosigkeit

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Oh, oh!)

- ja, das kann ich Ihnen nicht ersparen, Herr Linssen - ist das konsequente Ergebnis einer Politik, die auf bloßen Opportunismus und auf ideologische Wunschbilder gesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU war nicht in der Lage und hat anscheinend auch gar nicht den Willen, inhaltliche Alternativen zur SPD und zur Landesregierung zu formulieren. Die CDU fällt in die schon sattsam bekannten Muster zurück: Sie zeichnet Zerrbilder von der Wirklichkeit in unserem Land.

(A)

(Dr. Farthmann [SPD])

Meine Damen und Herren von der CDU, erinnern Sie sich doch: 1985 sind Sie mit dem Möbelwagen in den Keller gefahren! Das haben wir doch alles noch in Erinnerung. 1990 haben Sie wirklich geglaubt, Sie könnten uns politisch und moralisch mit der abgewirtschafteten DDR-Führung in Verbindung bringen. Das war der einzige Inhalt Ihres Wahlkampfes, und der Wähler hat Ihnen am 13. Mai eine grausame Quittung dafür ausgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Weil die CDU offenbar nicht weiß, wie es im Lande wirklich aussieht, will ich die unbestreitbaren Tatsachen noch einmal auflisten. Richtig ist es, in den letzten 30 Jahren gingen zwar im Montanbereich 500 000 Arbeitsplätze verloren; seit 1984 ist es aber auch gelungen, 750 000 neue Arbeitsplätze einzurichten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie doch diese billigen Tricks: Wenn wir das Sagen haben, waren es die Unternehmer und die Arbeitnehmer, und wenn Sie das Sagen haben, dann war es die kluge Bonner Regierungspolitik. Das eine ist so absurd wie das andere. Beides ist natürlich nötig, und das kommt nun einmal den Regierenden zugute. Das ist Ihr Kummer; das weiß ich. Aber das ist nun einmal so. In Bonn kommt es Ihnen zugute, und das ist unser Kummer; das wollen wir auch gar nicht bestreiten.

(B)

In den 50er Jahren, meine Damen und Herren, waren noch 80 % unserer Wirtschaft im Ruhrgebiet direkt oder indirekt von der Montanindustrie abhängig; heute sind es nur noch 30 %. Während vor 30 Jahren jeder achte Arbeitnehmer bei Kohle und Stahl arbeitete, ist es heute nur noch jeder 20. Die CDU-Opposition mit Herrn Linssen an der Spitze sagt: So darf es nicht weitergehen! Aber es muß sogar so weitergehen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Warum?)

- Weil wir den Strukturwandel fortsetzen müssen. Nordrhein-Westfalen ist heute entgegen einer weitverbreiteten Meinung - da greife ich den Gedanken auf, den schon Herr Linssen angesprochen hat - ein ausgesprochenes Mittelstandsland, und das begrüßen wir. Es gibt bei uns in der Tat weit über 500 000 kleinere und mittlere Unternehmen mit mehr als 3,7 Millionen Beschäftigten. Das sind über 36 000 mittelständische

(C)

Betriebe und rund 160 000 Arbeitnehmer in mittelständischen Betrieben mehr als 1970. Genau in diese Richtung gehen wir, wollen wir gehen und haben wir zu gehen, um die Wirtschaft zu unterstützen.

Dieser Mittelstandsboom hat in der Tat - da gebe ich Ihnen gern recht, Herr Linssen - Beschäftigungsverluste in der Großindustrie zu einem erheblichen Teil kompensiert. Im Dienstleistungssektor arbeiten bei uns inzwischen mehr Menschen als in der gesamten Industrie, nämlich rund 3 Millionen, das sind rund 55 % der Beschäftigten.

Zu einem Motor für die ökologische Erneuerung hat sich die Umwelttechnik in unserem Land entwickelt. Über 1 000 nordrhein-westfälische Unternehmen mit rund 100 000 Beschäftigten bieten inzwischen umwelttechnische Güter und Dienstleistungen weltweit an und verdienen daran auch richtiges Geld. Die dynamische Entwicklung des Umweltmarktes zeigt sich daran, daß etwa 30 % dieser Betriebe erst seit 1981 überhaupt im Umweltbereich tätig sind, also gerade zehn Jahre. So kann das nicht weitergehen, sagt die CDU!

Als wir 1966 die Regierungsverantwortung übernahmen, meine Damen und Herren, gab es nur für 30 % der Kinder einen Kindergartenplatz. Heute liegt die Quote bei 80 %. Und mit dem neuen Kindertagesstättengesetz, das zum 1. Januar 1992 in Kraft treten soll, schaffen wir die Voraussetzungen dafür, daß bis 1995 für 90 % aller Kinder ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen hat heute ein flächendeckendes Netz an Pflege- und Sozialstationen.

1966 erreichten ganze 8 % der Schüler das Abitur; heute erreichen fast 30 % eines Jahrganges dieses Ziel. Im Ruhrgebiet gab es damals nur eine einzige Hochschule mit gerade 2 000 Studenten. Das war in Dortmund am Rheinlanddamm die damalige Pädagogische Akademie. Heute studieren im Ruhrgebiet 148 000 junge Menschen an 13 Hochschulen.

Das ist aber noch nicht alles! Mit 49 Hochschulen, drei großen Forschungseinrichtungen, sechs Fraunhofer-Instituten, zehn Max-Planck-Instituten und über 30

(A)

(Dr. Farthmann [SPD])

Technologiezentren haben wir inzwischen NRW zur dichtesten Wissenschaftslandschaft der Welt gemacht!

(Beifall bei der SPD)

Herr Linssen behauptet: So kann das nicht weitergehen.

In Nordrhein-Westfalen werden 28,6 % des naturwissenschaftlichen und sogar 33,5 % des ingenieurwissenschaftlichen Nachwuchses der Bundesrepublik ausgebildet.

Die CDU prangert statt dessen die Verschuldung des Landes an. Dabei will ich gar nicht leugnen - das ist ja auch gar nicht zu leugnen; ich habe es oft genug gesagt -, daß wir an der Grenze dessen angelangt sind, was wir uns an Kreditaufnahme leisten können und dürfen. Deshalb werden wir auch den strikten Kurs der Haushaltskonsolidierung fortführen.

Was aber die Opposition bei all ihrem Lamentieren über die angeblich zu hohe Verschuldung verschweigt, sind die enormen Werte, die dafür in unserem Lande geschaffen worden sind -

(B)

(Beifall bei der SPD)

und das trotz der anfangs schier unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten bei Kohle und Stahl. Das dürfen wir doch nicht übersehen!

Tatsache ist: In den vergangenen 25 Jahren wurde kräftig in die Zukunft des Landes investiert. Herr Linssen, vielleicht sollten Sie sich die Zahlen einmal zu Gemüte führen, die der Finanzminister ausgerechnet hat: Der Schuldenaufnahme von rund 100 Milliarden DM in den letzten 25 Jahren - also auf der Passivseite - stand das Doppelte an Investitionen in Höhe von 202 Milliarden DM auf der Aktivseite gegenüber.

(Beifall bei der SPD)

Das ganze Gerede von der Schuldenmacherei, meine Damen und Herren, muß auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

(C)

Wer die Investitionen nicht den Schulden gegenüberstellt, macht sich entweder der politischen Fälschung schuldig, oder er kennt nicht die elementaren wirtschaftspolitischen Grundsätze.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

- Herr Schauerte, daß Sie den Kopf schütteln, wundert mich gar nicht; denn Rechnen ist ja offenbar sowieso nicht Ihre starke Seite.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nämlich vor ein paar Tagen, am 27.11.1991, in der "Rheinischen Post" behauptet, NRW hätte das 41fache an Schulden wie 1966. Das ist aber total falsch; denn wir haben heute das 13,9fache.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Da lobt er sich noch!)

Davon haben Sie sich ja wohl auch inzwischen im Ausschuß überzeugen lassen müssen. Ich will ja gern zugeben, daß das fast 14fache auch schon eine Menge ist. Gut! Darüber streiten wir gar nicht. Aber wir lassen uns nicht das 40fache andrehen!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Darüber sollten Sie nicht lachen, sondern Ihren Sprecher einmal zur Ordnung rufen, daß er wenigstens richtig rechnet, Herr Linssen, bevor er falsche Zahlen in die Welt setzt.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Kann er nicht, das ist sein Konkurrent!)

Selbstverständlich hat unser Land Schulden aufgenommen. Ich will das ruhig noch einmal sagen, damit es alle hören. Ich bestreite es ja gar nicht. Aber jede verantwortungsbewußte Regierung, die sich der Zukunft des Landes verpflichtet fühlt, hätte wirtschafts- und finanzpolitisch überhaupt nicht anders handeln können.

(Beifall bei der SPD)

Denn um den Strukturwandel zu bewältigen, mußten wir gewaltige Summen in die Zukunftsfähigkeit unse-

(A)

(Dr. Farthmann [SPD])

res Landes investieren. Das haben wir getan, das mußten wir tun, und dazu stehen wir auch!

(Beifall bei der SPD)

Um unser Land - Sie haben das eben gesagt, und ich knüpfe daran an, Herr Linssen - für den europäischen Binnenmarkt fit zu machen, haben wir allein seit 1981 Investitionen in Höhe von 125 Milliarden DM vorgenommen; also: in den letzten 25 Jahren 202 Milliarden DM und in den letzten zehn Jahren 125 Milliarden DM - da sehen Sie auch den erheblichen Anstieg.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wenn die Rechnung - -)

- Das können Sie alles nachlesen. Sie amüsieren sich köstlich darüber, aber besser wäre es, Sie würden sich damit auseinandersetzen.

Von diesen 125 Milliarden DM sind 63 Milliarden DM für die Hochschulen aufgewandt worden, für die Forschung außerhalb der Hochschulen 5 Milliarden DM, für den Wohnungsbau 16 Milliarden DM, für die Krankenhäuser 12 Milliarden DM,

(B)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Und wie sieht es an den Hochschulen wirklich aus, Herr Farthmann?)

für den öffentlichen Personennahverkehr 12 Milliarden DM, für die Kindergärten 6 Milliarden DM, für die Arbeitsmarktpolitik 6 Milliarden DM und für die regionale Wirtschaftsförderung 3 Milliarden DM.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Und wie sieht es da aus?)

Wenn Sie der Meinung sind, daß das nicht nötig war - für Sie ja sowieso nicht, Herr Vesper -, dann sagen Sie das auch den Bürgern, damit die wissen, was sie bei Ihnen nicht bekommen hätten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir haben in die Zukunft investiert und können heute die Früchte unserer Bemühungen ernten; denn Nordrhein-Westfalen ist wieder ein finanzstarkes Land geworden.

(C)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Ach, jetzt auf einmal?)

- Das ist ein Unterschied! Wir haben natürlich Schulden; aber wir sind trotzdem, was die Finanzeinkünfte anbetrifft, ein starkes Land mit einer über dem Durchschnitt aller Länder liegenden Finanzkraft. Seit 1985 steigen die Einnahmen in unserem Lande stärker als die Einnahmen im Durchschnitt der übrigen Flächenländer. Mit einem Einnahmeplus von 27,9 % liegt Nordrhein-Westfalen, was die Steigerung anbetrifft, sogar vor Baden-Württemberg mit 25,8 % und weit vor Bayern, das nur eine Steigerung von 19,9 % aufzuweisen hat.

(Zurufe von der CDU)

- Hören Sie gut zu! Ich habe die Zahlen selbst nicht geglaubt und habe sie nachprüfen lassen; aber es ist so: Nordrhein-Westfalen ist wieder in der Lage, wie kein anderes Land seine Ausgaben aus eigenen Steuereinnahmen zu finanzieren. Bei der Steuerfinanzierungsquote nimmt Nordrhein-Westfalen im Jahre 1990 wieder einen Spitzenplatz ein. Wir haben nämlich eine Steuerfinanzierungsquote von 78,7 %, und damit liegt NRW weit über dem Durchschnitt aller Flächenländer, die nur auf einen Durchschnitt von 70,2 % kommen, und liegt auch vor Bayern, das auf 75,9 %, und vor Baden-Württemberg, das auf 74,0 % kommt.

(D)

Auch das können Sie nicht bestreiten: Kein anderes Land hat in den letzten zehn Jahren so deutlich auf die Ausgabenbremse getreten wie wir.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Farthmann, darf ich Sie einmal unterbrechen. Herr Kollege Schauerte würde gern eine Zwischenfrage stellen. Wollen Sie die zulassen?

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Ich merke schon, daß er ganz nervös wird, wenn er die Zahlen hört. Damit sollte er sich auch wirklich einmal auseinandersetzen. Aber wenn ich Ihrem Erkenntnisprozeß nachhelfen kann, Herr Schauerte, bin ich gern dazu bereit, Ihre Frage zu beantworten.)

- Also, bitte schön!

(A)

Abgeordneter Schauerte (CDU): Ich betrachte das als eine ausgesprochene Auszeichnung.

(Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Das wollte ich meinen! Hoffentlich wissen Sie das auch zu würdigen. - Heiterkeit bei der SPD)

- Ich werde mich sogar daran halten und wollte Ihnen folgende Frage stellen: Können Sie bestätigen, daß, als die SPD das Ruder hier in Nordrhein-Westfalen übernahm, Nordrhein-Westfalen so stark war, daß es noch in den Länderfinanzausgleich zahlte, daß Sie unterwegs dafür gesorgt haben, daß wir zum Nehmerland wurden, und daß wir jetzt zur Normalität zurückkehren?

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Jetzt machen Sie denselben Fehler, Herr Schauerte, den Sie immer wieder machen: Sie berücksichtigen nicht, daß wir in der Zeit wie kein anderes Land die Kohle- und Stahlkrise hatten, die wir überwunden haben.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Meine Damen und Herren, ich wollte sagen, daß Nordrhein-Westfalen wie kein anderes Land auch auf die Ausgabenbremse getreten, d. h. gespart hat; denn die Steigerung der Gesamtausgaben von 1981 gegenüber 1991 liegt bei 31,5 %. In den anderen Flächenländern beträgt der Zuwachs in diesen zehn Jahren 49,4 %. Wir haben mit 38,6 % die niedrigste Personalausgabenquote der großen Flächenländer.

Kein Land hat auch beim Abbau der Nettoneuverschuldung derartig erfolgreich gehandelt wie NRW, erst recht nicht der Bund. Nun gebe ich Ihnen gern zu, ich habe mir natürlich die besonders günstigen Jahre ausgesucht: Gegenüber 1981 hat NRW in diesem Jahr, 1991, die jährliche Nettokreditaufnahme um fast 50 % vermindert. Alle anderen Flächenländer haben sie im Durchschnitt nur um 2 % reduziert. Der Bund hat seine Neuverschuldung gegenüber 1981 sogar um 80 % erhöht.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das alles verschweigt die CDU. Ihr geht es nicht um eine vorwärts gerichtete Politik, sondern um eine Diffamierung der Politik der Landesregierung. Die

(C)

CDU hat in der Bildungspolitik einen Konfrontationskurs um jeden Preis gesucht. Jetzt will sie die von vielen Eltern offensichtlich gewünschte und auch als Bereicherung des Schulangebots empfundene Gesamtschule abschaffen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wir wehren uns gegen die Bevorzugung als Ganztagschule!)

Sie hat die Hauptschule, die heute wegen der ständig sinkenden Schülerzahlen nur noch ein Schattendasein führt, zum Eckstein ihrer Bildungspolitik gemacht - bis Herr Reul die totale Kapitulation erklärt hat. Das war ja so erfreulich und so deutlich, daß man das immer wieder unterstreichen kann. Das war doch die totale Kapitulation! Und dann stellen Sie sich hier hin, Herr Linssen, und tun so, als ob Sie der Landesregierung bei der Schulpolitik helfen müßten. Sie müssen erst einmal verkraften, daß Sie vor anderthalb Jahren eine totale Kehrtwendung gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

In der Kohlepolitik kündigt der CDU-Fraktionsvorsitzende die jahrzehntelange Kohlefraktion im Landtag mit der absurden Begründung auf, das gemeinsame Bekenntnis der großen Parteien zum heimischen Bergbau habe den Strukturwandel an Rhein und Ruhr verhindert oder behindert.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Tatsache ist: Während vor 30 Jahren noch jeder achte Arbeitnehmer - ich habe es eben gesagt - bei Kohle und Stahl arbeitete, ist es heute jeder zwanzigste. Inzwischen sind der Maschinenbau und der Anlagenbau, die Elektrotechnik und die chemische Industrie sowie das Dienstleistungsgewerbe die größten Arbeitgeber im Lande.

Die CDU-Fraktion kritisiert die Landesregierung aus ökologischen Gründen wegen der Entscheidung zu Garzweiler II. Gleichzeitig tritt die Mehrheit der CDU-Vertreter in der Enquete-Kommission des Bundestages "Schutz der Erdatmosphäre" sogar für eine Beibehaltung der heutigen Fördermenge im rheinischen Braunkohlenrevier ein.

(D)

(A)

(Dr. Farthmann [SPD])

Die CDU hat trotz aller Ängste in der Bevölkerung an der Kernenergie festgehalten und bemäntelt dies mit der Sorge um die zunehmende Erhitzung der Erdatmosphäre durch Kohlendioxid. Dabei wissen wir: Nur Energiesparen und rationellere Energieerzeugung und -verwendung schützen die Erdatmosphäre. Alles andere ist den Leuten Sand in die Augen streuen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wir sprechen uns in fünf Jahren wieder, Herr Farthmann!)

In der letzten Zeit verzichtet die CDU mehr und mehr auf politische Alternativen. Statt dessen erleben wir ein kleinkariertes Herummäkeln an der Landesregierung. Herr Linssen, ich muß Ihnen einmal sagen:

Offensichtlich sind persönliche Beleidigungen und Geschäftsordnungstricks Ihr politisches Programm geworden.

(Beifall bei der SPD)

Dafür gibt es seit heute morgen einen sehr unverdächtigen Zeugen: Sie werden sich erinnern, daß Wilhelm Lenz hier einmal Landtagspräsident der CDU und Ihr Spitzenkandidat gewesen ist. Er hat heute morgen in der "Westfälischen Rundschau" die Verrohung der politischen Sprache kritisiert. Er könne doch sagen - so Herr Lenz -, daß "Begriffe wie Ermächtigungsgesetz und Ruhrgebietsmafia" - das sind doch alles Begriffe von Ihnen -

(Zuruf von der SPD: Tschoeltsch! Das war eine Schweinerei!)

"oder andere Sprachentgleisungen, für die vor allem die Oppositionsparteien CDU und F.D.P. verantwortlich sind, auf einen Tiefstand der politischen Kultur hinwiesen."

(Beifall bei der SPD)

So sieht das aus, meine Damen und Herren.

25 Jahre erfolgreiche Regierungsverantwortung sind eine stolze Zeit. Wir sind jedoch nicht so selbstgefällig, uns auf diesen Lorbeeren auszuruhen. Deswegen habe ich gesagt: Wir erkennen die Gefahr von Verkrustungen und sklerotischen Prozessen. Ich habe

(C)

nicht gesagt - wie es Herr Linssen hier fälschlicherweise angedeutet hat -, es wäre so. Vielmehr habe ich gesagt: Wir erkennen die Gefahren und haben die Absicht, denen zu begegnen.

(Beifall bei der SPD)

Daß es diese Gefahren bei einer so langen Regierungszeit gibt, das sehe auch ich. Es wäre töricht, wenn man das nicht sähe.

Wir sind auch in Zukunft handlungsfähig; das haben wir in den letzten Wochen bewiesen. Mit der Leitentscheidung zum Braunkohlentagebau Garzweiler II ist dokumentiert worden, daß sozialdemokratische Energiepolitik auf preiswerte und sichere Energieversorgung ausgerichtet ist. Die Leitentscheidung setzt die Rahmenbedingungen dafür, daß unsere Kraftwerke noch sauberer werden und Energie durch bessere neue Kraftwerkstechnik noch sparsamer eingesetzt wird.

Ferner hat der Landtag ein Kindertagesstättengesetz verabschiedet, das sich sehen lassen kann. Bis 1995 können insgesamt 125 000 neue Kindergartenplätze gefördert werden. Das Ausbauprogramm garantiert, daß neue Plätze zu 50 % vom Land mitfinanziert werden.

(D)

In der Regierungserklärung vom 15. August 1990 hat der Herr Ministerpräsident den Bau von 27 000 geförderten Wohnungen im Jahr angekündigt. Wir haben dieses Versprechen mehr als erfüllt. 1991 wurden 30 000 Wohnungen gebaut, und 1992 wollen wir den Bau von 32 500 Wohnungen fördern.

Auch bei den Beratungen zum Landeshaushalt 1992 haben wir unsere Handlungsfähigkeit unterstrichen. Die letzte Kohlerunde hatte deutlich gemacht, daß der Abbau von Arbeitsplätzen im heimischen Bergbau weitergeht; das ist schmerzhaft. Aber wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, daß hier keine Kahl-schlagspolitik stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sorgen wir dafür, daß der bisher erfolgreiche Strukturwandel auch dort nicht ins Stocken gerät. Denn noch am selben Tage, an dem die Kohlerunde ihre Beschlüsse faßte, haben Landesregierung und SPD-Fraktion reagiert. Für die Kohleregionen Aa-

(A)

(Dr. Farthmann [SPD])

chen-Heinsberg, Niederrhein, Emscher-Lippe und östliches Ruhrgebiet wird ein Investitionsprogramm aufgelegt. In einer schmerzhaften Operation haben wir Einsparungen im Haushalt vorgenommen - das haben Sie uns seltsamerweise wieder vorgeworfen; sollten wir vielleicht in die Neuverschuldung gehen? Anders konnte man die Kritik daran nicht verstehen -, um damit bis 1995 das Geld für diese drei Regionen zur Verfügung zu stellen. Investitionsmittel werden nach unserer Politik dort eingesetzt, wo sie am dringenden nötig sind und wo sie die größtmögliche Wirkung zeigen. Das war unsere Politik, und das bleibt auch in Zukunft unsere Richtschnur.

Meine Damen und Herren, das Land ist seiner Pflicht nachgekommen. Wir erwarten jetzt allerdings, daß auch der Bund seinen Beitrag leistet und für dieses Programm mindestens eine weitere Milliarde DM Strukturhilfen zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dieses Programm durch Umschichtung der Mittel, also zu Lasten anderer geplanter Maßnahmen finanzieren. Anders geht es natürlich nicht. Wir sind jedenfalls nicht den bequemen Weg gegangen, die Nettokreditaufnahme zu erhöhen.

(B)

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dann zeigen es die von der CDU gemachten Deckungsvorschläge, die sie bereits für den Haushalt 1991 empfohlen hatte. Das war also nichts Neues. Wenn Sie damals Ihren Willen bekommen hätten, könnten Sie diese Vorschläge heute gar nicht mehr machen; denn dann hätten Sie das schon vor einem Jahr verfrüht. So will die CDU das Landesvermögen in einem einzigen Haushaltsjahr durchbringen:

In Düsseldorf will sie ein Landesgrundstück an der Tannenstraße zum Preis von 500 Millionen DM verkaufen. Sie setzt diesen Preis ein, vergißt aber dabei, daß für diese Fläche noch nicht einmal ein Nutzungsplan vorliegt. Wenn die Stadt dieses Grundstück als Grünfläche ausweist, wird beim Verkauf nicht viel herauspringen. Wenn allerdings ein Hochhaus darauf gebaut wird, könnte das sogar eine Milliarde bringen. Das liegt aber allein in der Hand der Stadt, und deswegen wäre es unverantwortlich, dieses Grundstück jetzt zu verhöckern.

(C)

Natürlich - wie könnte es bei Herrn Schauerte anders sein? - soll die WestLB "verkloppt" werden. Ich kann nur sagen: Das wäre das Allerletzte, was wir tun würden, Herr Schauerte.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Die WestLB ist die Staatsbank des Landes und unterstützt den Strukturwandel im Lande. Das ist Ihnen bisher offenbar entgangen.

(Zurufe von der CDU)

Andere Bundesländer beneiden uns so sehr darum, daß sie der WestLB in ihrem Lande die Staatsbankfunktion übertragen wollen.

Verkauft werden sollen ferner die Anteile des Landes an der Lufthansa. Wahrscheinlich hat die CDU als Käufer den Freistaat Bayern ausgesucht. Da kann ich nur fragen: Soll denn die Luftverkehrspolitik künftig in Bayern, in München, gemacht werden? Das kann doch wohl nicht im Interesse unseres Landes liegen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: In Düsseldorf wird sie nicht gemacht!)

(D)

Die Vorschläge der CDU sind schädlich für das Land und ein Beweis für ihre Hilflosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Von zukunftsweisenden politischen Entwürfen jedenfalls keine Spur! Ihre Markenzeichen sind nur noch Häme und Trotz. Die Attacken sind deshalb so unsachlich, weil Sie merken, daß die Landesregierung und die SPD in unserem Lande die Zukunftsaufgaben im Lande entschlossen anpacken.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Farthmann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Mai?

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Nein. Ich habe mich mit den GRÜNEN gar nicht befaßt, und ich lege auch gar keinen Wert darauf, die hier in die Diskussion einzubeziehen. Wir setzen uns mit dem wirklichen politischen Gegner auseinander, und dabei

(A)

(Dr. Farthmann [SPD])

bin ich seit einer Dreiviertelstunde.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN)

Eine schwierige Aufgabe, die vor uns liegt - das wissen wir wohl -, ist die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Im Rahmen der Steuerdebatte - das sage ich mit großem Nachdruck -, geht vielfach der Gesichtspunkt unter, daß die Länder und Kommunen inzwischen am Rande des finanziellen Ruins stehen, nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern alle Länder. Länder und Gemeinden werden im bundesstaatlichen Finanzausgleich seit Jahren benachteiligt.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist nachweislich falsch!)

Die Bonner Regierungsparteien haben in skrupelloser Weise den Föderalismus, das Grundelement unserer Verfassung, unterhöhlt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

(B)

- Ich nenne Ihnen jetzt Zahlen. Gedulden Sie sich einen Augenblick! Ich merke, daß Sie nervös werden. Das war auch beabsichtigt.

Nach dem Grundgesetz haben die Länder staatliche Aufgaben zu erfüllen und alle Dienstleistungen zu erbringen, auf die unsere Bürger einen Rechtsanspruch haben. Der Aufgabenkatalog reicht von der inneren Sicherheit über Kindergärten, Schulen und Hochschulen bis zum öffentlichen Personennahverkehr. Seit dem Regierungswechsel in Bonn 1982 bis zum noch zu verabschiedenden Steueränderungsgesetz 1992 haben die Koalitionsparteien in Bonn sage und schreibe 48 Steuerrechtsänderungen zu verantworten, die fast ausnahmslos Eingriffe in die Kassen der Länder und Kommunen zur Folge hatten. Seit 1982 bis heute hat der Staat die Steuern um ein Volumen in Höhe von 93,4 Milliarden DM gesenkt.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Das hat natürlich die Bürger gefreut. Das hat die Bürger übrigens in einem sehr unterschiedlichem Maße gefreut. Denn wenn man die Steuerentlastungen und die Steuererhöhungen zusammenrechnet, dann

(C)

sind die Bezieher von Einkommen unter 45 000 DM im Jahr die Verlierer und die Bezieher von Einkommen über 80 000 DM im Jahr die Gewinner dieser Umverteilungspolitik der Bundesregierung.

(Zustimmung bei der SPD)

Das hat übrigens das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin zweifelsfrei errechnet, das ja weit davon entfernt ist, für die falsche Seite Munition zu liefern. Aber das habe ich sozusagen nur als Fußnote angemerkt.

Um 93,4 Milliarden DM sind also die Steuern gesenkt worden. Die Länder haben von 1982 bis heute auf 85,3 Milliarden DM verzichten müssen, die Kommunen im selben Zeitraum auf 54,6 Milliarden DM. Und wer mitgerechnet hat, der hat gemerkt, daß das zusammen erheblich mehr als 93 Milliarden DM sind. Und da zeigt sich in der Tat die Lösung des Problems: Seit 1982 hat sich der Bund im Zuge der Steuersenkungen fast 47 Milliarden DM mehr in die Tasche gesteckt. Das ist genau der Punkt: Wir haben die Steuersenkungen zu spüren bekommen, und der Bund hat seine Einnahmen noch erhöht.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Unerhört!)

(D)

Und so soll es ja offenbar weitergehen. Denn die Gewerbesteuer soll abgeschafft werden. Das Gewerbesteueraufkommen der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen würde sich dadurch um mehr als 1,5 Milliarden DM im Jahr verringern. Die Vermögensteuer soll gestrichen werden. Das würde für das Land einen Verlust von 1,75 Milliarden DM pro Jahr bedeuten.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz [SPD])

Ferner soll das Strukturhilfegesetz kassiert werden. Damit verliert unser Land weitere 756 Millionen DM pro Jahr.

Die Aufgaben der Länder und Kommunen steigen aber ständig. Wenn hier mehr Menschen zuwandern - aus den verschiedensten Gründen -, brauchen wir mehr Wohnungen, brauchen wir mehr Kindergärtenplätze, brauchen wir mehr Plätze in den Schulen, wir brauchen mehr Altenheime für unsere älteren Mitbürger. Auch unsere Bürger haben einen berechtigten

(A)

(Dr. Farthmann [SPD])

Anspruch auf Leistungen und können nicht verstehen, wenn wir sie trösten müssen.

Wir stehen vor einer katastrophalen Situation, nämlich: ständig steigende Aufgaben und zurückgehende Einnahmen. Hier müßte die CDU im Lande mit uns gemeinsam sagen: So geht es nicht weiter. Das ist doch das Entscheidende.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe bereits bei der dritten Lesung des Haushalts 1991 an gleicher Stelle erklärt - wenn ich mich wörtlich selber zitieren darf -:

Wir kommen allmählich in die Situation, daß die Autonomie von Ländern und Kommunen bedroht ist, wenn das so weitergeht.

Ich kenne auch die Kritik in den Kommunen, die von uns mehr Geld haben möchten. Sie haben im Grunde recht; sie müßten mehr Geld haben, wenn sie ihre Aufgaben richtig erfüllen sollen. Wir möchten ihnen auch mehr Geld geben, wenn wir es nur hätten. Deswegen geht es in der Steuerdiskussion jetzt nicht mehr nur um eine Erhöhung der öffentlichen Einnahmen, sondern es geht auch und vielleicht sogar in erster Linie um eine andere Verteilung der öffentlichen Einnahmen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß Länder und Kommunen in deutlich höherem Maße als bisher an den öffentlichen Einnahmen beteiligt werden; sonst gehen der Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung den Bach herunter und stehen nur noch auf dem Papier. Das müssen wir verhindern.

Die nordrhein-westfälische SPD ist eine starke und stabile Bastion, die qualifiziertes Regierungshandeln ermöglicht und garantiert. Daß wir diese Arbeit für das Land fortsetzen wollen, versteht sich von selbst. Daß von der CDU und von den anderen beiden kleinen Oppositionsparteien keine in die Zukunft weisenden Entwürfe zu erwarten sind, ist leider eine Gewißheit.

Wir brauchen in Zukunft eine Regierung, die für die Belange der Menschen einen klaren Blick und ein

(C)

offenes Ohr hat. Dabei müssen wir auch an die Herausforderungen und Chancen denken, die die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes mit sich bringt.

Wir werden in Nordrhein-Westfalen zu einer der wichtigsten Regionen des vereinigten Europas, und wir wollen unseren Teil dazu beitragen, das zu entwickeln als Herzstück einer modernen Industrie, als Land mit Liberalität und Toleranz, als Raum kultureller Begegnungen und insgesamt als ein Land, in dem es sich zu leben lohnt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Rohde für die Fraktion der F.D.P.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Farthmann, Ihr Repertoire ist wirklich beeindruckend: mal treten Sie als Cassandra auf, mal als Minnesänger, mal als Regisseur, Mal als Beleuchter. Heute waren Sie schon mehr der Trompeter von Jericho, und irgendwann müßten Sie uns auch einmal erklären und sich entscheiden, welche Charakterrolle Sie denn eigentlich in Wirklichkeit spielen wollen.

(D)

(Zurufe von der SPD)

Sie haben sich darauf berufen, daß Nordrhein-Westfalen die dichteste Hochschullandschaft der Bundesrepublik Deutschland habe. Richtig! Sie haben - zweitens - so getan, als wenn Sie alle Hochschulen selbst gegründet hätten. Falsch!

Ich darf einmal in Erinnerung rufen: 1961 Ruhr-Universität in Bochum, 1962 Universität in Dortmund, 1965 Universität in Düsseldorf - das war die CDU, das war die F.D.P., und anschließend, als wir zusammen in der Regierung saßen, kamen die anderen Hochschulen dazu: 1967 Bielefeld, 1971 elf Fachhochschulen, 1972 die Universitäten Duisburg, Essen, Siegen, Paderborn und Wuppertal - also, Herr Farthmann, Sie sollten nicht so tun, als wenn Sie sie in Nordrhein-Westfalen alle Hochschulen selbst ge-

(A)

(Dr. Rohde [F.D.P.])

gründet oder geschaffen hätten.

(Zurufe von der SPD)

Das nenne ich Schmücken mit fremden Federn.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, ich weiß nicht genau, warum der Ministerpräsident vorgestern auf dem SPD-Landesparteitag die Kandidatur zum Bundespräsidenten zurückgezogen, aufgegeben oder was auch immer hat. Wenn ich aber an die Spruchweisheit denke: "Zu Hause muß beginnen, was leuchten soll im Vaterland", wird dem Ministerpräsidenten sicher bewußt geworden sein: Wer seinen Haushalt wie diesen Landeshaushalt so wenig im Griff hat wie der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, wer mit seinen über 110 Milliarden DM Staatsschulden so eklatant gegen das Verbot des Bürgerlichen Gesetzbuches verstoßen hat, keine Verträge zu Lasten Dritter abzuschließen, nämlich zu Lasten der nächsten Generation, sollte sich nun wirklich nicht als Bundespräsident bewerben.

(B)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In der Tat, Herr Ministerpräsident, Ihre Bilanz als größter deutscher Schuldenmacher ist verheerend. Sie können auch nicht auf den Finanzminister verweisen; denn nach § 1 der Geschäftsordnung der Landesregierung stimmt der Ministerpräsident die Regierungsplanung mit der Finanzplanung ab.

Ergebnis dieses Abstimmungsprozesses des Ministerpräsidenten in rund elf Jahren absoluter Mehrheit ist erstens - Herr Farthmann will das ständig leugnen -: galoppierende Verschuldung des Staates, Schulden, Herr Farthmann; bei Beginn der Ära Rau: 30 Milliarden DM Schulden, heute: 112 Milliarden DM. Warum nehmen Sie dazu keine Stellung?

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

Zweitens: Von der fast niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung unter den Bundesländern jetzt zu einer unrühmlichen Spitzenposition unter den Flächenländern, hinter der Saar und hinter Schleswig-Holstein. Herr Farthmann, warum verschweigen Sie das?

(C)

Drittens: die Zinslastquote von 10,1 Prozent. Will heißen: jede zehnte Mark für Zinsen ausgeben. Heute schon warnt der Landesrechnungshof - keine Institution von CDU, von GRÜNEN, von F.D.P. -, daß von den Zinslasten 1995 rund drei Viertel aller Lehrer, nämlich 95 000, bezahlt werden können.

Deswegen sagen wir - das sagt auch der Bund der Steuerzahler; das sagen alle, die etwas von Finanzpolitik verstehen -: Herr Farthmann, das ist ruinöse Überschuldung trotz Wirtschaftsaufschwung, trotz steigender Steuereinnahmen, und diese ruinöse Überschuldung ist dem Ministerpräsidenten persönlich anzulasten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Diese Verschuldungspolitik ist undemokratisch, weil die Zinslasten den politischen Spielraum kommender Regierungen auf Null bringen. Diese Verschuldungspolitik ist auch unsolidarisch gegenüber der nächsten Generation - Herr Farthmann, darauf sind Sie überhaupt nicht eingegangen -, denn die kann sich ja nicht dagegen wehren, was ihr aufgebürdet wird.

Oder gehen Sie davon aus, daß das alles Sozialdemokraten sind, die in der nächsten und übernächsten Generation die Schulden zurückzahlen haben? Auch deswegen lehnen wir den Haushalt ab, weil wir Verträge zu Lasten Dritter ablehnen.

(D)

Früher war das Schuldenmachen unmoralisch, jedenfalls für den Privatmann. Und wenn es ein politisches System gibt, das in zehn Jahren das überlieferte Wertesystem, nämlich sparsamen Umgang mit Steuergeldern, zerstört hat, dann das System Rau.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Daß ausgerechnet ein Synodaler Sparsamkeit als wichtigste Triebkraft der protestantischen Ethik, wie das Max Weber definierte, in den Wind geschlagen hat, das gehört schon zu den Besonderheiten des Sozialdemokratismus in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Böse [SPD]: Mehr als schäbig!)

Dazu gehört auch - hören Sie zu -, daß die Klassenkämpfe in Nordrhein-Westfalen - das müssen sich

(A)

(Dr. Rohde [F.D.P.])

Sozialdemokraten auch einmal als Erkenntnis zueignen - weniger zwischen Unternehmen und Arbeitern stattfinden als zwischen den organisierten Interessen, die Einfluß auf den Staatshaushalt genommen haben. Der Ministerpräsident, dem Allgemeinwohl verpflichtet, hat ständig den Interessen des organisierten Montankomplexes nachgegeben, privaten Interessen also, den Interessen einer Region, nämlich der Ruhr, und sträflich vernachlässigt den Vorrang für Bildung und Wissenschaft und dennoch oder trotzdem den Staat in eine Verschuldungskrise ohnegleichen getrieben.

Dann lesen wir von vielen - von Hans Otto Bäumler, von Posser, vom Ministerpräsidenten -: Hätten wir keine Kohlelasten, dann hätten wir heute die solideste Finanzstruktur nach Bayern und Baden-Württemberg. Da können wir doch nur fragen: Warum haben Sie denn nichts geändert, Herr Kollege Farthmann? Warum haben Sie es denn so weit getrieben? Sind Sie, Herr Kollege Farthmann, der Sie 1966 mit dem Montankomplex an die Macht gekommen sind, die ganze SPD 1966 mit dem Montankomplex, durch die schwarzen Fahnen an der Ruhr an die Macht gekommen, nicht immer Gefangener dieser organisierten privaten Interessen? Haben Sie nicht die Privatinteressen der SPD, gewählt zu werden, unzulässigerweise gleichgesetzt mit allgemeinen Bedürfnissen, die allerdings aus dem öffentlichen Haushalt zu bestreiten sind? Und auch die Bedienung der eigenen Wählerklientel - ich stelle das fest -, auch dies ist eine Ihnen anzulastende Verfehlung, Verletzung der Neutralität des Staates.

(B)

(Beifall bei der F.D.P.)

Deswegen, Herr Farthmann, trage ich angesichts Ihrer geschönten Zahlen noch einmal vor, was der Bund der Steuerzahler der SPD, Ihnen, der Regierung ins Gehirn oder in die Seele schreibt:

Erstens. Ein immer größerer Teil der Einnahmen im Landeshaushalt muß für die Bedienung früher aufgenommener Schulden reserviert werden und steht nicht mehr für aktuelle Aufgaben zur Verfügung. Da nichts nennenswert getilgt wird, wächst der Schuldenberg, der auf die nächsten Jahre und Jahrzehnte abgewälzt wird, immer mehr an und belastet mit seinen steigenden Zinsverpflichtungen künftige Generationen. - Das sagt der Bund der Steuerzahler. Verträge zu Lasten Dritter - wir nennen das undemokratisch, wir nennen

es auch unmoralisch.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zweitens. Die haushaltspolitische Konsequenz einer rasch steigenden Staatsverschuldung und ihr "Erdröselungseffekt": Der Handlungs- und Gestaltungsspielraum von Regierung und Parlament wird immer kleiner, weil die Zinsausgaben schneller wachsen als die Staatsausgaben. Von 1980 bis 1990 - das ist die Ära Rau - stiegen die Zinsausgaben um 252 %, die Ausgaben insgesamt um rund 31 %.

Drittens. Weil Sie, Herr Farthmann, eben versucht haben, uns klarzumachen, Sie hätten ständig in die Zukunft investiert, Sie hätten ständig Gegenwerte geschaffen, Sie hätten ständig das Landesvermögen vergrößert, sage ich Ihnen einmal, was der Bund der Steuerzahler sagt: Die Investitionen des Landes sind ganz überwiegend keine Investitionen in landeseigenes Vermögen, sondern in Vermögen Dritter, insbesondere in das der Kommunen und öffentlicher sowie privater Unternehmen. Das bedeutet, Herr Farthmann, daß sich beim Land die Schulden akkumulieren, während das Vermögen anderer steigt. Das ist doch eine besondere Form sozialdemokratischer Umverteilungspolitik. Die Investitionstätigkeit des Landes ist damit im wesentlichen - so der Bund der Steuerzahler - Haftungs- und Schuldendienstübernahme für Investitionen Dritter.

(D)

Viertens. Da seit Jahren die Schulden bei Fälligkeit nur prolongiert bzw. umgeschuldet, aber nicht zurückgezahlt werden, sind heute und in Zukunft Zinsen auch für solche Kredite zu zahlen, deren Gegenwert ganz oder teilweise schon nicht existent ist. Und dann sagt der Präsident des Landesrechnungshofs - doch auch eine unabhängige Institution; gehört nicht der CDU an, gehört nicht der F.D.P. an, gehört nicht den GRÜNEN an -: Wir hinterlassen nachfolgenden Generationen Zinsverpflichtungen für Dinge, die gar nicht mehr da sind. - Das ist das, was wir als unmoralisch und undemokratisch rügen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Und da sage noch jemand - Herr Farthmann, Sie eben als Weismacher -, Nordrhein-Westfalen befinde sich auf Konsolidierungskurs. Warum beschäftigt sich nicht einmal ein SPD-Parteitag mit der Schuldenpolitik der

(A)

(Dr. Rohde [F.D.P.])

von ihr gestellten Landesregierung?

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Finanzminister sagt dann: "Ministerpräsident Rau ist der wichtigste Positivfaktor für unser Land." Als ich die Landesregierung fragte, ob denn diese neue Heilswahrheit durch Kabinettsbeschluß abgesegnet sei, hat mir die Landesregierung wahrheitsgemäß zur Auskunft gegeben, nein. Ich fand das natürlich sehr tröstlich. Weniger tröstlich fand ich, daß diese Feststellung Schleußers angesichts der Haushaltslage von der Landesregierung überhaupt keiner Gewissensprüfung unterzogen wurde. Warum ist das so? Ich glaube, das psychologische Rätsel ist gelöst: Die Landesregierung ist für Byzantinismus nicht empfänglich.

Auch deswegen lehnen wir den Haushalt ab, weil wir nicht wollen, daß Nordrhein-Westfalen und Rau ein und dasselbe werden, weil selbst Anflüge von Byzantinismus nicht in unser demokratisches und parlamentarisches System passen, vor allem nicht vor der Folie des Schuldenhaushalts, den wir jetzt beraten.

(B)

Jetzt versucht der Finanzminister - hat auch eben der Kollege Farthmann versucht -, uns weiszumachen, Sozialdemokraten müßten Schulden machen. Die Schulden seien so hoch ausgefallen, weil es die Wiedervereinigung gebe.

Lieber Herr Farthmann, der Sie in Thüringen kandidiert haben, die Wiedervereinigung Deutschlands zum Störfall der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen zu machen, darauf können wirklich nur Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen verfallen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Frage ist aber: Machen sie sich damit nicht lächerlich?

Sie nennen die vielen Bonner Steuerreformen und Steuersenkungen. Davon haben Sie in Nordrhein-Westfalen nur profitiert. Wollen Sie, will die Landesregierung jetzt erklären, daß Sie jetzt aufhören wollen, an die neuen Bundesländer zu zahlen? Woher sollen die Gelder denn kommen? Sie werden nicht dort erwirtschaftet, sie können nur von hier kommen.

(C)

Wenn Sie jetzt so tun, als würden die Kommunen und die Länder in ihrer Fähigkeit, Haushalte sparsam zu fahren, beeinträchtigt, kann ich nur an das erinnern, was der Bundeskanzler, den wir gestern Abend im Fernsehen gehört haben, gesagt hat, nämlich: Es schadet überhaupt nicht, daß da oder dort ein Schwimmbad weniger gebaut wird. Die Solidarität der alten Länder gegenüber den neuen Ländern ist unsere Aufgabe nach der Wiedervereinigung. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß es in den neuen Ländern möglichst schnell gleiche Lebensverhältnisse wie bei uns gibt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dafür zahlen wir. Ich finde es traurig, daß hier die Steuerreformen und der Finanztransfer dazu benutzt werden, um zu beklagen, es gebe im Vergleich zu Bonn eine Schieflage zu Lasten Nordrhein-Westfalens. Statt dessen müssen wir uns weiterhin zur Solidarität bekennen, müssen die Gelder, die hier erwirtschaftet werden, möglichst rasch in die neuen Bundesländer transferieren, damit dort ein schnellerer Aufschwung stattfindet.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

(D)

In diesem Zusammenhang eine Anmerkung zu Ihrem jüngsten Sonderprogramm für die Kohlereviere und zu der Forderung, die auf Ihrem Parteitag offenbar beschlossen worden ist, Bonn müsse etwas dazutun! Sie tun so - Herr Farthmann hat, wie ich fand, eben wieder so getan -, als stellten Sie mit Ihrem Sonderprogramm von 1 Milliarde DM zusätzliches Geld zur Verfügung. Dabei buchen Sie nur um, indem Sie für Montanregionen bestehende Titel kürzen - Herr Busch hat das in der letzten Woche präzise aufgelistet -, zum Beispiel Kohle im Wärmemarkt, Grundstücksfonds, beschäftigungsorientierte Förderprogramme, Technologieprogramm Bergbau. Die dort gekürzten Mittel werden im Rahmen eines Sonderprogramms ausgegeben. Wir sagen: Das ist arglistige Täuschung.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Herr Farthmann, wenn der Bund genauso verführe wie Sie - und er soll nach dem Willen des SPD-Parteitags ja zahlen -, hätte er seine Pflicht längst erfüllt;

(A)

(Dr. Rohde [F.D.P.])

denn nach Ihrer Auffassung geht es nicht um zusätzliches Geld, sondern nur um Umbuchung von der einen in die andere Tasche, wobei beide Taschen demselben Empfängerkreis in derselben Region zugute kommen. Sie machen sich bei Ihren Umbuchungstricks lächerlich, wenn Sie von Bonn jetzt noch zusätzliche Gelder verlangen.

(Zustimmung bei F.D.P. und GRÜNEN)

Wie sagte vorletzte Woche der Finanzminister? Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher. - Bitte, dann ändern Sie doch Ihre Politik.

Herr Farthmann, Sie brauchen sich auch nicht mit fremden Federn zu schmücken. In Ihrer Einladung zur 25-Jahre-Jubelfeier schreiben Sie:

Die Hälfte der 100 größten Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland hat ihren Standort bei uns.

Das ist sicherlich richtig. Nur, ich frage mich: Was hat das mit der SPD zu tun? Keines dieser Unternehmen ist in den letzten 25 Jahren gegründet worden, Herr Farthmann; sie stammen alle aus der Vor-SPD-Zeit. Aber vielleicht ist die Ruhrkohle gemeint. Allerdings wurde selbst die Kohle in Nordrhein-Westfalen gefördert, bevor die SPD 1966 in die Regierung kam.

(B)

Wir lesen weiter - und Sie haben das heute ständig wiederholt -, allein von Ende 1984 bis Ende 1990 seien bei uns 610 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Auch das ist sicherlich richtig. Allerdings ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten im Bundesdurchschnitt um 16 % gestiegen, während sie in Nordrhein-Westfalen nur um 13 % angewachsen ist. Hätte Nordrhein-Westfalen den Bundesdurchschnitt erreicht, wären es eben 160 000 Arbeitsplätze mehr. Das ist das, was wir monieren: vertane Chancen, aus den Begabungen und dem Innovationspotential des Landes Nordrhein-Westfalen mehr zu machen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie haben eben wieder erklärt, nirgendwo sonst sei ein so durchgreifender Strukturwandel ohne soziale Brüche gelungen. Nur: Warum verschweigen Sie, daß sich unter den zehn schlechtesten Arbeitsamtsbezirken

(C)

mit der höchsten Arbeitslosenquote Duisburg, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund und Essen befinden? Ist vor diesem Hintergrund der Strukturwandel gelungen? Muß man nicht etwas selbstkritischer mit diesen Fakten umgehen, vor allen Dingen wenn man bedenkt, daß unter den besten zehn Arbeitsamtsbezirken keine einzige NRW-Stadt ist? Warum verschweigen Sie diese Zahlen?

Ist Ihr Verschweigen nicht das Eingeständnis, daß die Bindung an den Montankomplex, mit dem Sie 1966 an die Macht gekommen sind, die SPD als Partei von Kohle und Stahl - darauf beziehen sich fast ausschließlich die Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten - gefangenhält, für andere Wirtschaftskomplexe blind macht, für Elektronik, für Computer, für Halbleiter, für Biotechnologie? Sie sind blind gegenüber neuen Technologien. Deswegen hinken Sie anderen Bundesländern hinterher.

Herr Ministerpräsident, in Vorbereitung der Feier "25 Jahre SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen" haben Sie sich in der letzten Woche gerühmt, Nordrhein-Westfalen sei in besonderer Weise auch das Land der Chemie. Das ist sicherlich richtig. Aber die biotechnologische Forschung wandert aus. Warum sagen Sie dazu nichts?

(D)

Sie haben sich relativ selbstzufrieden über den Maschinenbau als zweite Säule Nordrhein-Westfalens nach der Chemie geäußert. Aber im Maschinenbau sind viele Marktanteile auf dem Weltmarkt verlorengegangen, ganz wenige nur gewonnen worden. Warum sagen Sie nichts dazu? Sie sagen nichts, weil Sie nicht einmal eine Analyse der Gründe der Wachstumsdefizite haben, geschweige denn eine Therapie zum Aufholen.

Wie sieht es wirklich um die Zukunftsfähigkeit der SPD aus? Heißt "Zukunftsfähigkeit" nicht, auf Wettbewerb im Ausleseprozeß des Marktes zu setzen, statt auf Subventionen zu bauen, auf die Ausdehnung des Staatsanteils zu verzichten, Privatisierung zu fördern, einen größeren Teil öffentlicher Investitionen privat zu investieren - was ja angesichts der gestiegenen Einkommen der Privathaushalte heute ja möglich ist, was wir stets gefordert und wozu wir immer konkrete Vorschläge gemacht haben - oder Genehmigungsverfahren abzukürzen, um endlich kürzere Produktionszyklen zu erreichen, weil der jetzige Zustand der

(A)

(Dr. Rohde [F.D.P.])

deutschen Wirtschaft gegenüber der japanischen Nachteile bringt, die in immer kürzeren Zeiträumen produzieren, Produkte auf den Markt werfen kann?

Herr Ministerpräsident, erst auf der Ruhrgebietskonferenz haben Sie den dort versammelten Industriellen die Verkürzung der Genehmigungsverfahren zugestanden, was uns gegenüber immer abgelehnt worden ist. Ich verstehe das zwar nicht, glaube aber, daß Sie das auch selber nicht verstehen.

Ich habe jetzt - zumindest in diesem Falle - das Geheimnis der Abstimmungsuillotine gelöst. Das Ritual sieht so aus:

Erster Schritt: Antrag der F.D.P.-Fraktion auf Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

(Beifall des Abgeordneten Ruppert [F.D.P.])

Zweiter Schritt: Die Landesregierung sagt: "NRW ist prima, ein Reformbedarf nicht ersichtlich!".

Dritter Schritt: Die F.D.P. legt mit einem erneuten Antrag nach.

(B)

Vierter Schritt: Die Landesregierung setzt eine Arbeitsgruppe ein. Das Ergebnis für das Ego der SPD: NRW ist nicht viel schlechter als andere Länder.

Fünfter Schritt: Die F.D.P. legt sogar einen Gesetzentwurf vor.

(Oh-Ruf der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

- Für eine kleine Fraktion ist es schon etwas Besonderes, einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Sechster Schritt: Nach Überweisung und Beerdigung im Ausschuß sagt die Landesregierung dem Unternehmensverband zu, das Verfahren zu beschleunigen, wie es von uns vorgeschlagen worden ist.

Dann lesen wir - rein zufällig - als Tagesordnungspunkt der Wirtschaftsministerkonferenz vom September 1991 in Kiel: Vorschlag von NRW auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Federführung: Bayern.

(Beifall bei der F.D.P.)

(C)

Sie haben also zwei Jahre dafür gebraucht, unsere Vorschläge zu übernehmen und umzusetzen. Ständig wird wichtige Zeit vertan.

Warum sind eigentlich die Japaner so einfallsreich? - Weil sie ständig von anderen lernen, ohne sich dabei etwas zu vergeben. Die SPD lehnt den Fortschritt ab, nur weil er von anderen vorgeschlagen wird.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Noch einmal: Ist es nicht so, daß die SPD 1966 als Schutzbündnis gegen die Angst vieler Bürger vor dem Strukturwandel an die Macht gekommen ist, als Schutz gegen die Angst, den sie - auch Herr Farthmann immer wieder -, die SPD ständig auch heute noch vergrößert, um davon zu profitieren, statt den Leuten zu sagen: "Wir wollen den Strukturwandel, weil er neue Arbeitsplätze schafft, weil er Wirtschaftswachstum schafft und damit zusätzliche Steuereinnahmen bringt"? Statt einer Machterhaltung für die Interessen des Montankomplexes braucht dieses Land die Akzeptanz ökonomischer Gesetze.

Vor allen Dingen braucht das Land, Herr Farthmann, Haushaltskorrekturen mit Finanzvorrang für Bildung und Wissenschaft. Wir jedenfalls gehen vom Zusammenhang zwischen der Höhe der Bildungsinvestitionen, die sich auf die Qualität des Bildungssystems auswirken, einerseits und Wohlstand bzw. Wachstum der Volkswirtschaft andererseits aus.

(D)

Ich frage die SPD: Ist es nicht ein Widerspruch, daß wir uns in NRW über einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, der wachstumshemmende Ausmaße hat, beklagen, die SPD aber auf eine Gesamtschule setzt, die darauf programmiert ist, den Unterbau beruflicher Bildung - nämlich Hauptschulen und Realschulen - zu zerstören und damit Deutschland seine geistige und wirtschaftliche Basis zu nehmen?

Wie sieht Ihr Verständnis von Chancengleichheit für alle Kinder an allen Schulformen aus, berücksichtigt man, daß Sie Gesamtschullehrer geben, diese Kapazitäten aber anderen Schulen - insbesondere beruflichen Schulen und Hauptschulen - wegnehmen? Behindert nicht Ihre einseitige Fixierung auf die Gesamtschule die wirtschaftliche Entwicklung in NRW?

Wenn alle Länder Europas und auch die USA und

(A)

(Dr. Rohde [F.D.P.])

Kanada unser berufliches System übernehmen wollen, das auf der Hauptschule und Realschule sowie einer neuen Praxisschule aufbaut, wie wir sie wollen und sie in Sachsen, Sachsen-Anhalt, in Thüringen praktiziert wird und auch von der CDU und von Teilen der Landesregierung - zum Beispiel Herrn Lammert - vorgeschlagen wird, warum brauchen Sie dann ausländische Fachleute, wie Sie das in einer Kommission auf Ihrem Parteitag beschlossen haben, statt sich auf die deutsche Tradition der Aufklärung und Ausformung der modernen Industriegesellschaft zu stützen, es sei denn, in Ihrem Beschluß von Siegen steckt die besondere Weisheit, sich von ausländischen Experten den deutschen Spiegel vorhalten zu lassen?

Wir wissen, was wir der deutschen Aufklärung, der deutschen Art der beruflichen Ausbildung im dualen System und der Praxisschule schuldig sind. Nur diesem System haben wir unseren Wohlstand und Reichtum zu verdanken. Es wäre gut, die SPD richtete sich auch nach diesen deutschen Erfahrungen. Sie können sich beruhigt auf die deutsche Tradition verlassen. Wir brauchen keinen ausländischen Rat. Ausländer brauchen eher den Rat der Deutschen.

(B)

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Das ist sehr engstirnig!)

Lassen Sie uns gemeinsam für eine neue Schullandschaft - also Gymnasium und neue Praxisschule - streiten.

Es wäre für NRW gut, wenn es endlich Schulfrieden gäbe.

Verehrte Kollegen, NRW könnte aus seiner neuen Lage - wirklich im Herzen Europas -, aus seinen Begabungen und Fähigkeiten mehr machen. Die Regierung Johannes Rau hat ihre Chancen nicht genutzt. Wir, die Liberalen, hätten mehr aus den Begabungen und dem Innovationspotential unserer Mitbürger gemacht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine Kurskorrektur ist also unaufschiebbar und in wichtigen Feldern der Landespolitik zwingend: für eine Finanzpolitik der Sparsamkeit und des Respekts vor nachfolgenden Regierungen und Generationen, für ein Schulsystem der gleichen Chancen und des glei-

(C)

chen Rechts mit der Aufgabe, auch die Zukunft der praktischen Berufe zu sichern, für freie Hochschulen, die für den Wettbewerb der Wissensgesellschaft gerüstet sind.

Gestern las ich in der WAZ von der Warnung aller Regierungspräsidenten vor der Müllkatastrophe. Die Regierungspräsidenten waren - fast identisch - der Auffassung: "Wenn keine Anlagen gebaut werden, werden wir bald New Yorker Verhältnisse haben werden. Dann liegt der Müll auf den Marktplätzen und zieht die Ratten an."

So haben sich die Regierungspräsidenten geäußert, und die verstehen ja etwas von dieser Situation. In dem Zusammenhang denke ich an die verharmlosenden Äußerungen von Matthiesen und frage: Warum weisen Sie eigentlich die ausgestreckte Hand der Oppositionsparteien CDU und F.D.P. ständig zurück, gemeinsam im Lande und direkt vor Ort die Entsorgungsprobleme zu lösen? Warum haben Sie eigentlich vor der Zusammenarbeit mit uns Angst?

Heute lese ich zu einem anderen Thema: Roma und Sinti haben das Landeskirchenamt - das sie besetzt hatten - verlassen. - Herr Ministerpräsident, Herr Färthmann, wir müssen Ihnen sagen: Das Trauerspiel um den öffentlichen Skandal für das Bleiberecht und Abschieberecht, Hausfriedensbruch etc. hat sich allein die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zuzuschreiben.

(Beifall bei der F.D.P. und Beifall des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Wer sich auf Kosten und zu Lasten des geltenden Rechts, der Beamten und Richter, die sich an das deutsche Recht halten müssen, ein SPD-Privatrecht leistet, braucht sich nicht zu wundern, daß Unrecht ständig neues Unrecht gebiert.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch für das nächste Jahr gilt: Die Regierung muß ständig zum Jagen getragen werden. Wir haben unseren Gesetzentwurf zur Reform der Gemeindeordnung eingebracht. Wir wollen einen starken Bürgermeister, unabhängig von den Zwängen der Parteiapparate, und das Recht der Bürger, ihn direkt zu wählen. Wir werden sehen, verehrte Kollegen von der SPD, wie

(D)

(A)

(Dr. Rohde [F.D.P.])

weit Sie bereit sind, auf Elemente direkter Demokratie vor Ort zu setzen, was Sie von dem Recht der mündigen Bürger halten, ihren Bürgermeister direkt zu wählen. Wenn Sie nicht bereit sind, auf unseren Gesetzesvorschlag einzugehen - wir setzen weiter auf das Volksbegehren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch hier gilt wie auf den anderen wichtigen Feldern der Politik: NRW darf nicht länger in Reformunfähigkeit verharren. Aufgabe der Politik ist es, die Zukunft zu gestalten, auch gegen den Widerstand der eigenen Freunde. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion: Die Opposition bleibt weiter der eigentliche Reformator der Landespolitik.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Wir wollen es doch nicht übertreiben!)

Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Höhn für die Fraktion DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Die GRÜNEN-Landtagsfraktion hat ein Problem, und Sie, Herr Ministerpräsident Rau, sind der einzige, der helfen kann.

(Oh-Rufe bei SPD und F.D.P.)

Ich habe mir vor einigen Tagen noch einmal Ihre Regierungserklärung von vor anderthalb Jahren intensiv durchgesehen. Sie sehen, sie ist schon ganz zerfleddert; ich habe also wirklich Zeit darauf verwendet. Ich muß sagen: 95 % dieser Regierungserklärung kann ich unterschreiben. Das sind richtig gute grüne Positionen. Herzlichen Glückwunsch! Toll, der Mann!

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Das fällt Ihnen aber spät ein!)

Dann bin ich noch einen Schritt weitergegangen, habe

(C)

mir die Haushaltsanträge der GRÜNEN für den Haushalt 1992 angesehen und habe zu meinem Erstaunen festgestellt, daß wir GRÜNEN mit unseren Anträgen dabei sind, Ihre Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, in die Tat umsetzen zu wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Was für eine Hilfe!)

Und das beginnt unser Problem: Wir wollen zwar, aber wir können nicht.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Können Sie nicht abschreiben?)

Denn unsere sämtlichen Anträge sind von der SPD-Mehrheitsfraktion abgelehnt worden. Für dieses Problem gibt es, denke ich, zwei mögliche Erklärungen. Die erste Erklärung ist: Sie, Herr Ministerpräsident, sind im Kabinett und in der SPD-Fraktion total isoliert.

(Lachen bei der SPD)

Das gilt normalerweise nur für einzelne Minister. Daher habe ich vorsichtshalber, weil ich es ja auch gut mit Ihnen meine, einen Aufnahmeantrag für die GRÜNEN mitgebracht,

(Heiterkeit)

in Rot diesmal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit es Ihnen nicht so schwerfällt, habe ich schon alles ausgefüllt. Der Beitrag beträgt 1 % Ihres Gehaltes.

(Lachen bei der SPD - Abgeordneter Trinius [SPD]: Haben Sie auch schon für ihn unterschrieben?)

Wir hoffen, daß Sie in irgendeiner Weise - wenn es denn so sein sollte und dieser Fall eintritt - darauf zurückkommen.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Zurück zum Haushalt!)

(D)

(A)

(Höhn [GRÜNE])

Die zweite Möglichkeit ist, daß die Regierungserklärung nur eine Sonntagsrede war und wochentags in den Haushaltsberatungen etwas ganz anderes beschlossen wird.

Nun muß ich sagen, der erste Fall wäre mir zwar lieber, aber ich glaube, der zweite Fall ist realistischer. Zumindest wird deutlich, daß der Haushalt weder der Regierungserklärung von Ministerpräsident Rau noch den Sonntagsreden, die von der SPD-Fraktion - insbesondere von Herrn Farthmann, der mir gerade den Rücken zudreht - soeben hier gehalten worden sind, entspricht. "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen, nicht an ihren Worten." - Taten und Worte klaffen leider immer weiter auseinander.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Der Haushalt ist nämlich im Gegensatz zu den ökologischen und sozialen Sonntagsreden ein herausragender und unverzichtbarer Prüfstein dafür, ob das reale Handeln der Landesregierung wirklich mit dem übereinstimmt, was sie sonst erzählt. Dieser Haushalt spricht eine ganz andere Sprache. Die SPD-Landesregierung konterkariert mit ihrer unkritischen, wirtschaftsfreundlichen Politik das Ziel eines sozialen und ökologischen Umbaus, den sie so gerne propagiert und der tatsächlich in NRW angebracht wäre.

(B)

Reale Widersprüche kann man nicht verwischen. Die Interessen der Privilegierten und der Industrie stehen im Gegensatz zu den Interessen der Armen und Erwerbslosen, ebenso wie die Interessen derer, die an der Umweltvergiftung verdienen, niemals die Interessen derjenigen sein können, die unter der Umweltvergiftung leiden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ministerpräsident Rau beschwört in seiner Regierungserklärung wortreich das Miteinander von Arbeit und Umwelt. So heißt es in der Regierungserklärung - Zitat -:

Unser Ziel ist es, daß Nordrhein-Westfalen bis 1995 zur grünsten Industrieregion Europas wird.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

(C)

Tatsächlich versucht die SPD-Landesregierung in NRW den unmöglichen Spagat, in der Realität eine unkritische, wirtschaftsfreundliche Politik zu machen und in der Öffentlichkeit eine ökologische und soziale Politik zu verkaufen. Das kann man exakt am Haushalt dieses Landes belegen, und zwar an den zentralen Bereichen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik und Bildungspolitik. Genau diese Belege werde ich gleich erbringen.

Wie sich die sozialen Verhältnisse inzwischen auseinanderdividiert haben, schimmert in einer Passage der Regierungserklärung durch. Da heißt es:

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes, der Reichtum in unserer Gesellschaft sind im letzten Jahrzehnt stark gewachsen. Darüber freuen wir uns. Darauf sind wir stolz.

Das sagt Ministerpräsident Rau. Und weiter:

Der prozentuale Anteil aber, den die Mehrheit unseres Volkes, die Arbeitnehmer, davon bekommen, ist gesunken. Gewinne und Löhne haben sich auseinanderentwickelt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

(D)

Nach Meinung der SPD trägt daran Bonn die Schuld. Nach dem, was der Haushalt besagt, trägt die SPD hier in Nordrhein-Westfalen ganz erheblich selber dazu bei.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Leider, leider!)

Nirgendwo sind die Zuwachsraten im Landeshaushalt so dramatisch wie in der Wirtschaftsförderung. Von 389 Millionen im Jahre 1986 auf 1,885 Milliarden DM im Jahre 1991 - ohne Kohle und Stahl - haben sich diese Ausgaben fast verfünffacht.

Nun macht es ja Sinn, in strukturschwachen Regionen auch durch öffentliche Mittel zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Aber die im Ausschuß vorgelegte Bilanz der geschaffenen Arbeitsplätze ist extrem mager. Wir meinen, sie ist weit geringer, als wenn die Landesregierung aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben hätte.

(A)

(Höhn [GRÜNE])

Ein Unternehmen - das zeigt die Erfahrung - investiert in der Regel nicht allein deshalb, weil die Landesregierung ein Wirtschaftsförderungsprogramm aufgelegt hat. Meistens sind es ganz andere Kriterien, die zu Investitionsentscheidungen führen. Deshalb sind die Mitnahmeeffekte bei solchen Programmen extrem hoch. Der wirtschaftliche und soziale Nutzen dagegen ist zu bezweifeln.

Daß es sich bei den Wirtschaftsförderungsprogrammen der Landesregierung faktisch um Geschenke an die Unternehmen handelt, geben inzwischen sogar die Betroffenen zu. Zitat aus der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e.V., ASU, vorgetragen von deren Landessprecher Hans-Joachim Meggers bei der öffentlichen Anhörung des Landtagsausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zum Thema "Regionale Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen" am 18. November 1991:

Lassen Sie mich zunächst grundsätzlich sagen: Jeder Unternehmer nimmt Geschenke - wie jeder normale Mensch auch - gerne an, er muß dies sogar tun, erstens wegen der Konkurrenzsituation, zweitens, um sich für zu hohe Steuersätze oder marktferne Tarifpolitik etwas zu entschädigen.

(B)

Den Mitnahmeeffekt können Sie nicht ausschließen. Gehen Sie davon aus: Der Mitnahmeeffekt ist der Haupteffekt, denn die beteiligten Behörden, Banken usw. sind nicht dazu in der Lage, die vom Unternehmen vorgelegten Daten zu überprüfen. Die Entscheidung dieser Instanz beruht regelmäßig auf einer "Anmaßung von Wissen" aufgrund problematischer Daten, die die bewilligenden Stellen nicht übersehen können. Es gibt wohl nur wenige Unternehmen, die nur investieren, weil die Regierung sie fördert.

Das heißt nichts anderes, als daß das Land seine Geschenke an Unternehmen in den letzten fünf Jahren verfünffacht hat. Kritische Demokraten nennen so etwas "kollektive Korruption".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Haushaltsanträge dazu sind im Ausschuß von der SPD-Mehrheitsfraktion abgelehnt worden. Wir

(C)

wollten die Wirtschaftsförderungsprogramme zurückfahren und die Mittel dafür für andere, zum Beispiel soziale, Zwecke einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das sind nicht alle Geschenke an die Industrie. Durch die Unterbesetzung der Steuer- und Finanzbehörden sind nach Auskunft des Landesvorsitzenden der Steuergewerkschaft, Winfried Hegemann, 1,4 Milliarden DM an rückständigen Steuern aufgelaufen. Jeder der 2 000 fehlenden Betriebsprüfer kostet das Land jährlich Steuereinnahmen von 600 000 DM. 2 000 Betriebsprüfer mehr, und wir hätten 600 000 mal 2 000 DM mehr im Haushalt.

Die wenigen Betriebe, die doch überprüft werden, empfinden das zu Recht als ungerecht und nehmen es hin wie eine Naturkatastrophe, wie Überschwemmung oder Erdbeben. Die mangelhafte Personalausstattung der Betriebsprüfungs- und Steuerfahndungsabteilungen der Finanzämter ist nichts anderes als staatlich geförderte Steuerhinterziehung. Das sind ungerechtfertigte und unsoziale Steuergeschenke an die Unternehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Es bleibt nachzutragen, daß unsere Anträge, obwohl sie mehr Geld in die Kasse bringen, von der SPD-Mehrheitsfraktion abgelehnt wurden.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]:
Warum nur?)

Aber das reicht noch nicht als industriefreundliche Gesten. Auch andere Standardnachfragen der Industrievertreter, die in diesem Haus öffentlich nur von der F.D.P. und der CDU gefordert werden, werden von der SPD befriedigt: mehr Geld für neue Straßen und Flughäfen.

Herr Ministerpräsident, ich erinnere Sie daran, was Sie in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben:

Das Straßenverkehrsnetz in Nordrhein-Westfalen ist insgesamt hervorragend. Von Ausnahmen abgesehen gibt es keinen zusätzlichen Bedarf, der ökologisch und sozialverträglich gedeckt werden könnte.

(A)

(Höhn [GRÜNE])

Bravo! kann ich da nur sagen, GRÜNEN-Positionen. Nur, die Taten sehen anders aus.

Für den Bau neuer Straßen stehen 1991 750 Millionen DM zur Verfügung, für 1992 sind weitere 757 Millionen DM im Haushalt eingeplant, darüber hinaus 252 Millionen DM für die Straßenunterhaltung. Der ÖPNV ohne U-Bahn-Bau erhält dagegen schlappe 395 Millionen DM - die Hälfte von dem, was für neue Straßen ausgegeben wird.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]:
Das ist die Prioritätensetzung der SPD!)

Allein der U-Bahn-Bau verschlingt mehr als der restliche ÖPNV, nämlich 448 Millionen DM.

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihnen beim letzten Mal gesagt, wieviel 1 Kilometer Autobahn kostet. Bei U-Bahnen ist das viel schlimmer: 1 Kilometer U-Bahn kostet im Schnitt 80 bis 100 Millionen DM. In Duisburg hat ein bestimmtes Stückchen von 2 bis 3 Kilometern sogar 1 Milliarde DM verschlungen. Daran sieht man, welche Mittel hier reingepulvert werden.

(B)

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: In Mülheim ist es genauso schlimm!)

- Das stimmt. Von dem Geld für 1 Kilometer U-Bahn könnte man 10 000 Kilometer Fahrradwege bauen. Das wäre viel sinnvoller. Diesmal bin ich also nicht für Betten auf der Autobahn, sondern für Fahrradwege. Ich denke, das ist eine gute Alternative.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE] zur SPD: Ihr solltet ein bißchen mehr Fahrrad fahren!)

Der gesamte U-Bahn-Bau dient im wesentlichen dem Autoverkehr, denn dadurch, daß die Tunnelröhren unter der Erde liegen, wird nur der Platz für die Autos, die auf den Straßen fahren, erweitert und das Verkehrschaos erhöht. Das gibt sogar Verkehrsminister Kniola zu.

Auch hier wird Show-Politik betrieben. Während sich Minister Kniola auf Landesebene für das Nötigste beim U-Bahn-Bau ausspricht, werden in den Kommunen auch weiterhin U-Bahn-Pläne genehmigt, da es

(C)

sich immer um Einzelfälle handelt, die angeblich unbedingt nötig sind. So kann man natürlich einen Einzelfall an den anderen reihen und die Zahl der notwendigen U-Bahn-Bauten erheblich erhöhen.

Dem Forderungskatalog der Wirtschaft nach besserem Flugverkehr ist im Gegensatz zur Forderung nach mehr ÖPNV ausreichend Rechnung getragen. 1990 waren 51 Millionen DM, 1991 96 Millionen DM vorgesehen, 1992 sind es 35 Millionen DM. Dagegen waren die 15 Millionen DM aus dem Jahr 1986 direkt ein Kleckerbetrag. Zusätzlich kommen die kostentreibenden Pläne hinzu, die Flughäfen durch ICE- und IC-Verbindungen aufzuwerten.

Das Land NRW nutzt nicht einmal voll die Möglichkeiten des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, um den ÖPNV zu stärken. Nach diesem Bundesgesetz können bis zu 30 % der Straßenbaumittel aus diesem Topf in den ÖPNV gesteckt werden. Tatsächlich wandelt das Land aber nur 15 % um, also nur die Hälfte der möglichen Mittel. Auch daran wird deutlich, daß die Landesregierung ganz anders handelt, als sie hier immer erzählt.

Wir haben dazu im Ausschuß Anträge für eine ökologische Verkehrspolitik, die den ÖPNV ausbaut und verbessert, vorgelegt. Obwohl wir dafür weniger Geld ausgeben wollen, als der Landeshaushalt vorsieht, wurden unsere Anträge - wie sollte es anders sein? - von der SPD-Mehrheitsfraktion abgelehnt. Herr Ministerpräsident, wie halten Sie es mit Ihrer Regierungserklärung? Wie hätten Sie im Ausschuß entschieden?

(D)

Ein weiteres Beispiel, in dem von der SPD in Nordrhein-Westfalen eine unkritisch wirtschaftsfreundliche Politik betrieben wird, obwohl es Alternativen gibt, sind die Ökoabgaben.

Durch die bisherige Wirtschafts- und Umweltpolitik werden Firmen, die umweltschädlich produzieren, belohnt; Firmen, die umweltfreundlich produzieren, werden bestraft. Dadurch, daß der Gewinn, der ja maximiert werden soll, eine rein betriebswirtschaftliche Größe ist, werden Umweltschäden, die die gesamte Volkswirtschaft - also am Ende uns - betreffen, nicht berücksichtigt. Die Firmen handeln dabei logisch innerhalb des Systems.

Sehr deutlich spürt man diese Spätfolgen einer um-

(A)

(Höhn [GRÜNE])

weltzerstörerischen Produktion im Ruhrgebiet. Die alten Kokereien, Stahlwerke und Schmelzöfen haben längst dichtgemacht; der Profit ist damals gemacht worden; die Firmen haben sich das Geld eingesteckt und in anderen Bereichen investiert. Das Ruhrgebiet ist eine einzige Altlast.

Wie teuer das alles ist, wird an einem Beispiel deutlich: Allein die Kosten für Analyse und Gefahrenabschätzung für ein einziges Gebiet, das Thyssen-Areal in Oberhausen, liegen bei über 1 Million DM. Mit diesem Millionenbetrag ist noch nicht einmal 1 cm² saniert; vielmehr geht es nur um die Analyse. Diese immensen Kosten trägt in der Regel die Allgemeinheit, tragen die Steuerzahler/innen.

Die Kieselrotschlacke ist ein weiteres Beispiel, in dem Altlasten von gestern heute enorme Kosten und Verseuchung verursachen. Das viele Leid, die vielen Krankheiten, die diese rücksichtslose Produktionsweise mit sich gebracht haben, habe ich dabei noch nicht einmal erwähnt, denn dieses menschliche Leid ist mit Geld gar nicht wieder gutzumachen.

(B)

Nun könnte man ja sagen, daß wir damals von den Spätschäden noch nichts wußten und deshalb damals noch nichts tun konnten. Aber anders herum muß man dann sagen: Heute wissen wir es; heute werden jeden Tag wieder neue Umweltschäden produziert; und heute muß angefangen werden, und zwar mit Methoden, die greifen, z. B. mit Ökoabgaben, wie DIE GRÜNEN sie vorgeschlagen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tatsächlich wird aber eine andere Politik betrieben. Denn im Gegenteil ist Umweltminister Matthiesen inzwischen auch unter seinen Umweltministerkollegen auf Bundesebene für eine besonders wirtschaftsfreundliche und umweltschädigende Politik bekannt. Ich erinnere nur an die Möglichkeit, auch in Industrieanlagen bis zu 25 % Müll verbrennen zu können, die besonders von Minister Matthiesen vorangetrieben worden ist.

Wie hoch die Umweltbelastung und die damit verbundenen Kosten heute sind, geht aus einer Studie des Umwelt- und Prognose-Instituts in Heidelberg hervor. Danach wurden in der alten Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1989 quantifizierte ökologische und

(C)

soziale Kosten der Umweltbelastung von 475 Milliarden DM verursacht. Pro Bewohner waren das 7 670 DM pro Jahr, und das jedes Jahr aufs neue - Kosten, die unsere Kinder teuer bezahlen müssen.

Auch Ministerpräsident Rau hat das offensichtlich erkannt. Er sagt dazu in seiner Regierungserklärung:

Wir müssen marktwirtschaftliche Dynamik nutzen und die Umweltkosten in die Produktionskosten integrieren. Wenn das nicht geschieht, werden falsche Investitionsentscheidungen getroffen und heute die Altlasten von morgen geschaffen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Wir brauchen eine ökologische Orientierung unseres Steuer- und Abgabensystems und verbindliche Vereinbarungen zwischen Staat und Wirtschaft überall dort, wo das ökologisch und ökonomisch vernünftig ist.

Da kann ich nur sagen: Gut; genau die richtigen Ideen! Das ist genau das, was DIE GRÜNEN wollen.

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Wir GRÜNEN fordern, das umzusetzen; wir GRÜNEN fordern deshalb Ökoabgaben. Wer umweltschädlich produziert, muß heute zur Kasse gebeten werden, damit er sein Verhalten zugunsten der Menschen und der Umwelt verändert.

Solche Abgaben sind übrigens sehr wohl von der Industrie zu verkraften, da überwiegend diejenigen Branchen besonders umweltzerstörend produzieren, die besonders hohe Gewinne erwirtschaften. Von solchen Ökoabgaben betroffen wären nämlich insbesondere die chemische Industrie und die Energiekonzerne mit Braunkohletagebau und Großkraftwerken.

Daß wir dabei keine Utopien einfordern, wird daran deutlich, daß andere Bundesländer auf diesem Gebiet inzwischen wesentlich weiter sind. In Hessen sind Ökoabgaben beschlossene Sache, in Baden-Württemberg sollen sie von der CDU-Landesregierung einge-

(A)

(Höhn [GRÜNE])

führt werden, in Berlin wurden sie unter Rot-Grün initiiert, in Hamburg unter einer sozialliberalen Landesregierung. Wenn uns die meisten dieser Modelle auch nicht weit genug gehen, so ist das Verhalten der SPD-Landesregierung dennoch unverständlich. Sie scheut den Widerstand der Industrie - auf Kosten der Gesundheit und der Umwelt.

Wir GRÜNEN wollen über Ökoabgaben zunächst einmal 500 Millionen DM zusätzliche Mittel gewinnen, um damit im Umwelthaushalt dringend notwendige Umweltmaßnahmen bezahlen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Summe läßt sich in den nächsten drei bis vier Jahren sogar noch um das Fünffache steigern. Dann erst greift das Instrumentarium der Umweltabgaben wirklich. Das Argument, die Ökoabgaben wären schlecht, denn wenn sie gut funktionierten, bräuchten die Industriebetriebe ja keine Abgaben mehr zu zahlen, ist natürlich auch nicht besonders sinnfällig. Denn dann hätten wir unser Ziel erreicht, und es bestände keine Notwendigkeit mehr für diese Abgaben.

(B)

Auch diese unsere Anträge zur Ökoabgabe wurden in den Umweltausschuß eingebracht, um von der SPD-Mehrheitsfraktion abgelehnt zu werden. Es ist langsam langweilig. Denn auch diese Anträge belasten den Landeshaushalt nicht, sondern im Gegenteil: Sie bringen Geld in die Kasse. Auch in diesem Fall hätte ich gerne gewußt, wie der Ministerpräsident gestimmt hätte.

Es gibt aber noch einen weiteren Punkt, in dem Umweltschutz- und wirtschaftspolitische Interessen gegeneinander stehen. Das ist die Kontrolle der Umweltbestimmungen und der Gesundheitsbestimmungen; und sie betrifft das Gewerbeaufsichtsamt.

Ich bin immer wieder erschrocken, wenn ich bei Erörterungsterminen im Rahmen von Planfeststellungsverfahren in die Runde sehe. Da sitzt auf der einen Seite der "arme Hansel" von der Gewerbeaufsicht, und ihm gegenüber sitzen eine Reihe hochqualifizierter Fachleute aus der Industrie - Juristen, Ökologen usw. Bei diesem ungleichen Spiel ist in der Regel klar, wer siegt. Die Industrie bleibt in der Regel Punktsiegerin und freut sich auch darüber. Solange

(C)

die Leute in den Gewerbeaufsichtsämtern im Verhältnis zu ihren Gegenübern so schlecht bezahlt werden, daß das Gros von ihnen im Laufe der Zeit in die besser bezahlte Industrie überwechselt, solange ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin im Gewerbeaufsichtsamt durchschnittlich 500 Betriebe mit umweltschädlicher Produktion überwachen muß, solange ist die Welt für die Industrievertreter in Ordnung.

Solange der Chemieriese Bayer Leverkusen, einer der größten Chemieriesen der Welt mit Hunderten von umweltschädlichen Produktionsverfahren und Tausenden von umweltschädlichen Produkten, gerade einmal von fünf - von fünf, Herr Schauerte! - Menschen aus dem Gewerbeaufsichtsamt "kontrolliert" wird, so lange wird die Umwelt die Auseinandersetzung verlieren, und die Chemieindustrie wird diese Auseinandersetzung gewinnen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Schon 1986 hat Umweltminister Matthiesen einen Stellenbedarf von 1 798 zusätzlichen Stellen ermittelt. Danach wurde von der Landesregierung - wie wir es gewohnt sind - zügig gehandelt: Es wurden weitere Stellen abgebaut, obwohl sich die Aufgaben erweitert haben. Das ist die Art und Weise, wie die Landesregierung reagiert. Wer nicht für die entsprechende Umsetzung seiner Umweltgesetze sorgt, konterkariert sie. Ein solches Verhalten ist der Ausdruck einer umweltfeindlichen und einer wirtschaftsfreundlichen Politik. Es gibt Punkte, in denen gibt es keine Kompromisse; und das betrifft das Gewerbeaufsichtsamt.

(D)

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die Anträge der GRÜNEN im Ausschuß zur Aufstockung der Stellen in den Gewerbeaufsichtsämtern wurden von der SPD-Fraktion - langsam kennen Sie die Geschichte - sämtlich abgelehnt.

Aber damit nicht genug. Alle Jahre wieder in der Sommerpause wird unser guter Umweltminister, der leider gerade nicht hier ist, aktiv. Er weiht hier ein Biotöpfchen ein und zerschneidet dort das grüne Band der Sympathie um ein Feuchtgebiet. Eben dieser Umweltminister sträubt sich nicht, das größte zusammenhängende Feuchtgebiet in Mittel- und Nordwesteuropa, den internationalen Naturpark um Maas, Schwalm und Nette, preiszugeben.

(A)

(Höhn [GRÜNE])

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines der größten Grundwasservorkommen in der BRD droht mit einem Schlag weggespült zu werden.

(Zuruf von der SPD: Was ist denn BRD?)

Garzweiler II, ein Synonym dafür, was bei der SPD Vorrang hat: ökonomische vor ökologischen und sozialen Interessen. Hier wird das Abräumen von mehr als einem Dutzend jahrhundertealter Dörfer in Kauf genommen, hier werden Menschen gegen ihren Willen vertrieben, nur damit Rheinbraun weiter Braunkohle abbauen kann. Braunkohle, deren Förderung schon aus Klimaschutzgründen bis zum Jahr 2005 halbiert werden muß, wie der SPD-Kollege Michael Müller überall verkündet. Ministerpräsident Rau erklärt dazu - Zitat -:

Unsere großen Anstrengungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen hatten in den letzten Jahren sichtbare Erfolge.

- Ich sehe sie bei Garzweiler II nicht. Weiter Zitat:

(B)

Wir müssen und wir werden diesen Weg konsequent weitergehen, weil die Gefahren für Natur und Umwelt immer noch weit größer sind, als viele von uns sich eingestehen wollen. Drohende Klimaveränderungen, Zerstörung der Ozonschicht, Gefahr des ökologischen Todes von Nordsee und Ostsee, Belastung von Mensch und Umwelt durch neue Chemikalien, Waldsterben, Radioaktivität - das sind nur einige Stichworte.

Ich kann eigentlich darauf nur antworten, Herr Ministerpräsident: Hier, bei Garzweiler, können Sie etwas tun, könnte die Landesregierung etwas tun. Warum tut sie es nicht, oder warum tut sie es in der falschen Richtung? Bei Garzweiler können zum Beispiel Klimaveränderungen und CO₂-Probleme angegangen und dort sinnvoll gelöst werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier ist es müßig zu sagen, daß die Mehrheitsfraktion unsere Anträge abgelehnt hat.

(C)

Jetzt kommen wir zu dem originären Tätigkeitsbereich der SPD, zur Sozialpolitik.

SPD-MdL Jürgen Büssow sagte dazu in einer Landtagsrede am 20.3.1991 - Zitat -:

Das soziale Gewissen NRW's ist bei der SPD zu Hause.

Ich habe darüber nachgedacht, wie das wohl gemeint ist. Ich glaube, er hat was vergessen. Das müßte eigentlich heißen: Das soziale Gewissen NRW's ist bei der SPD zu Hause liegen geblieben, die SPD hat es zu Hause vergessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zumindest im Haushalt hat sie es vergessen; das ist nachweisbar. Der Haushalt sagt nämlich etwas anderes: In den letzten fünf Jahren blieb der Sozialetat hinter den Wachstumsraten des Gesamtetats zurück. Ich erinnere an dieser Stelle noch einmal an die Wirtschaftsförderung, die um das Fünffache gestiegen ist.

Wir erleben also die Geschichte des sozialen Gewissens der SPD mit Rückwärtsgang. Armut breitet sich immer stärker aus. In den alten Bundesländern stieg die Zahl der Betroffenen in den letzten zehn Jahren von knapp 3 Millionen auf über 6 Millionen, in den neuen Bundesländern sind es 2 Millionen. Damit sind inzwischen 10 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Welches Armutszeugnis für die Politik!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwar ist die Bundesregierung wesentlich durch ihre verfehlte Wirtschaftspolitik dafür verantwortlich, aber NRW macht mit, und das ist unser Vorwurf. NRW, das größte Bundesland und sozialdemokratisch regiert, hätte die Aufgabe, einen anderen Weg einzuschlagen und der CDU in Bonn Paroli zu bieten.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]:
Sehr richtig! - Beifall bei den GRÜNEN)

Das tun die Sozialdemokraten jedoch nicht.

(D)

(A)

(Höhn [GRÜNE])

Statt dessen verkürzen sie in den letzten zwei Jahren die Finanzzuweisungen an die Gemeinden dramatisch und sorgen damit wesentlich dafür, daß die Kommunen diese Kürzungen direkt über geringere Sozialhilfeleistungen an die Sozialhilfeempfänger weitergeben. Nach landesweiten Recherchen der Initiative für ungekürzte Sozialhilfe in Marl gibt es ernst zu nehmende Anhaltspunkte, daß rund 60 % der örtlichen Sozialhilfeträger regelmäßig und rechtswidrig Teile der Sozialhilfe einbehalten. Wenn die örtlichen Sozialämter eine sachgerechte Beratung vornehmen und Informationspolitik betreiben würden, dann würde das den Finanzrahmen der meisten Kommunen sprengen. Deshalb gibt es Anweisungen an die Sozialarbeiter, möglichst restriktiv aufzutreten und unvollständig zu informieren. Ungefähr 50 % der Sozialhilfeberechtigten beantragen überhaupt keine Sozialhilfe aus Unkenntnis oder Angst vor der Bürokratie.

Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau sind vom Land drastisch gestrichen worden. Als Folge davon fehlt inzwischen für Millionen von Menschen ausreichend Wohnraum. Mindestens 800 000 Menschen sind sogar obdachlos. Erst wenn der erste Obdachlose in diesem kalten Winter erfroren ist, meine Damen und Herren, werden wieder erschütterte Politiker vor die Mikrofone treten, ohne daß das Folgen hätte. Jetzt, heute ist Zeit. Heute könnten wir Anträge ändern.

(B)

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin Höhn, der Abgeordnete Wilmbusse möchte eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie sie?

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Ja, bitte schön, Herr Wilmbusse.)

Abgeordneter Wilmbusse (SPD): Frau Kollegin, ich bitte um Nachsicht, Sie sind schon einige Sätze weiter. Aber ich kam nicht eher dran. Ich bin noch einmal bei der Sozialhilfe. Können Sie uns bitte sagen, wer die Anordnung erteilt hat, die Sozialhilfeempfänger nicht ausführlich aufzuklären, damit möglichst an Sozialhilfe gespart wird? Wer ist die Behörde, die eine solche Anordnung erlassen hat?

(C)

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Herr Wilmbusse, Sie kommen aus der Kommune, genauso wie ich aus der Kommune komme. Deshalb wissen Sie, daß es natürlich keine offiziellen Anweisungen gibt, aber daß es indirekte Anweisungen gibt.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie einmal mit Sozialarbeitern gesprochen haben, dann wissen Sie, daß es eben in der Praxis so ist, daß es diese Anweisungen gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Schlimmste ist, daß diese sozialen Konflikte in unserer Gesellschaft immer weniger wahrgenommen werden. Soziale Kälte und Rücksichtslosigkeit der Ellenbogengesellschaft gelten heute in weiten Kreisen als normal. Das Schicksal von Alten, Kranken, Behinderten, Einkommensschwachen, Erwerbslosen, Kleinrentner/innen, Flüchtlingen und Pflegebedürftigen stößt auf immer größere Gleichgültigkeit in der Bevölkerung und in der Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es bleibt nachzutragen, daß die 28 Anträge der GRÜNEN zu diesem Bereich im Ausschuß auf die Gleichgültigkeit der SPD-Mehrheitsfraktion gestoßen sind und abgelehnt wurden. Das soziale Gewissen der SPD hatte an diesem Tag offensichtlich Ausgang.

(D)

Björn Engholm hat auf dem Parteitag der SPD in Hagen am Wochenende Solidarität mit ausländischen Mitmenschen eingefordert. Das Gegenteil dieser Sonntagsrede ist hier Realität in Nordrhein-Westfalen. Die SPD unterstützt mit ihrer Asylpolitik den Fremdenhaß. In der denkwürdigen Geschäftsordnungsdebatte vorige Woche wurde der Altparteienkompromiß im Kanzleramt noch einmal bestätigt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE]: Altparteienkompromiß!)

- Ich sage bewußt: Altparteienkompromiß. Natürlich heißt das Altparteienkompromiß, aber tatsächlich waren nur die Altparteien dort daran beteiligt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A)

(Höhn [GRÜNE])

Dieser Altparteienkompromiß verlangt von der SPD Zugeständnisse für Sammellager, von der CDU Zugeständnisse in der Grundgesetzdebatte. Nur, schon einen Tag später wurde dieser Kompromiß vom damaligen Innenminister Schäuble auf Seiten der CDU wieder gebrochen.

Aber warum sollte sich die SPD trotzdem gegen diesen Beschluß stellen? Schließlich ist der Beschluß, Sammellager einzurichten, einer, der auch hier in Nordrhein-Westfalen immer wieder geteilt wird. Minister Heinemann hat sich hier ja öffentlich mehrfach zu Sammellagern bekannt. Farthmann wollte Sammellager sogar direkt an Flughäfen einrichten, um die - wie er so schön sagte, obwohl er es besser wissen mußte - 97 % Scheinasylanten direkt abschieben zu können.

Daß es sich bei der Asylpolitik der SPD-Landesregierung nicht um ein finanzielles Problem handelt, sondern um reine Abschreckungspolitik, macht die Sache nur noch schlimmer. Die Kommunen werden quasi gezwungen, den Flüchtlingen kein Bargeld mehr zu geben, sondern Gutscheine und Naturalien.

(B)

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das ist auch richtig!)

Beide Vorgehensweisen sind wesentlich teurer als die Ausgabe von Bargeld.

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin Höhn, gestatten Sie eine Frage des Kollegen Appel?

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Von Herrn Appel natürlich!)

- Bittel

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Irgendwie bringt er immer Farbe herein! Da können Sie lachen, soviel Sie wollen! So ist es!)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Frau Kollegin Höhn, trifft es zu, daß derselbe Fraktionsvorsitzende der SPD, Farthmann, noch nie hier im Plenum zum Beispiel das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsinstitut zitiert hat, das ausgerechnet hat, daß die Asylbewer-

(C)

ber und Übersiedler in den letzten Jahren die Bundesrepublik zwar 16 Milliarden DM gekostet haben, aber auf der anderen Seite 57 Milliarden DM in die Volkswirtschaft eingebracht, wir also einen Reingewinn von 41 Milliarden DM an Aus-, Übersiedlern und Asylanten zusammen hatten?

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Ich kenne nicht alle Reden von Herrn Farthmann; aber ich glaube, das hat er noch nicht gesagt. Vielleicht hat er sich auch noch nicht so intensiv mit der Asylpolitik beschäftigt. Wenn man zum Beispiel die Sicherung der Renten durch ausländische Mitbürger/innen betrachtet, muß man schon etwas tiefer in die Asylpolitik einsteigen.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Ich finde es gut, daß Sie sich so viel mit mir beschäftigen.)

Wir beschäftigen uns eben mit allen Sachen, Herr Farthmann. Wir haben deshalb ein bißchen weniger Zeit als Sie; aber immerhin!

Was die GRÜNEN in den Haushaltsberatungen gefordert haben, ist ein Flüchtlingsvorsorgeprogramm: Ausreichender Wohnraum und menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen zu vertretbaren Kosten, das muß das Ziel sein, keine Abschreckungspolitik, wie die SPD das macht. - Auch diese Anträge sind von der GRÜNEN-Fraktion in den Ausschuß eingebracht und von der SPD-Mehrheitsfraktion - das habe ich schon mehrfach gesagt; leider ist es auch hier wieder so - abgelehnt worden.

(D)

Meine Damen und Herren, Verschlechterungen in der Sozialpolitik treffen im wesentlichen Frauen. Die steigende Armut trifft im wesentlichen Frauen; Kürzungen bei der Sozialhilfe betreffen im wesentlichen Frauen. Wir haben also, wenn wir über die Verschlechterungen im Sozialhaushalt des Landes gesprochen haben, im wesentlichen auch über Verschlechterungen für Frauen gesprochen. Die jetzige SPD-Sozialpolitik führt automatisch zur Verschlechterung der Situation von Frauen.

Demgegenüber steht die Effekthascherei der SPD. Sie richtet einfach ein Frauenministerium ein und sagt: Das ist unsere Politik für Frauen! Da könnte man sagen: Frauenministerium, prima! Erfolg! Die SPD

(A)

(Höhn [GRÜNE])

ist super! Aber tatsächlich sieht es anders aus. Der Haushalt spricht eine andere Sprache.

Meine Damen und Herren, ich mache jetzt einmal einen Quiz. Das ist ja im Fernsehen im Moment so Mode. Ich frage einmal den Herrn Ministerpräsidenten: Was meinen Sie, wie hoch ist der Anteil der Gleichstellungspolitik am Gesamthaushalt von Nordrhein-Westfalen? 25 %, 2,5 % oder 0,25 %, Herr Ministerpräsident?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Etwa 37 Milliarden DM.)

Das Problem ist: Keine dieser drei Zahlen hat gestimmt, weder 25 % noch 2,5 % noch 0,25 %. Alles ist falsch. Das richtige Ergebnis heißt: 0,025 %, meine Damen und Herren! Das ist eine Zahl, die so klein ist, daß man sie sich schon gar nicht mehr vorstellen kann.

(Mehrere Zurufe von der SPD)

Nein, nein, es tut mir leid; Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache.

(B)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Frau Höhn, verwechseln Sie möglicherweise die Kosten für das Ministerium mit den Kosten für die Frauenpolitik?)

Wenn Sie in anderen Bereichen gute Frauenpolitik treiben würden, würde ich es nicht verwechseln; aber leider kann ich zu der Frauenpolitik in anderen Bereichen auch nur negative Sachen sagen.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das ist falsch!)

Vizepräsident Schmidt: Gestatten Sie noch eine Frage des Abgeordneten Wilmbusse?

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Langsam bekomme ich Probleme, Herr Wilmbusse. Ein paar Fragen reichen mir; sonst komme ich aus dem Konzept.)

Also keine Frage?

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Nein, leider

nicht mehr.)

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): So, nun gucken wir uns einmal die Zahl für die Frauenpolitik an: 0,025 %. Aber ich sehe ein Licht, Herr Ministerpräsident. Traurig braucht man nicht zu sein; auch in diesem Jahr gibt es etwas zu feiern. Die Ausgaben für die Gleichstellung von Frau und Mann sind stärker gestiegen als der Gesamthaushalt. Der Anteil stieg von 0,024 % im Jahr 1991 auf 0,025 % des Gesamthaushaltes im Jahre 1992.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn das so weitergeht, meine Damen und Herren, wird der Anteil der Gleichstellungspolitik in 975 Jahren, also im Jahre 2967, 1 % des Gesamthaushalts betragen. Bravo, ich gratuliere der SPD zu ihrer frauenpolitischen Leistung! Wie war das noch mit den Anträgen der GRÜNEN im Ausschuß? Auch die sind alle von der SPD-Mehrheitsfraktion abgelehnt worden.

Ein wichtiges Element für Eltern, Beruf und Familie zu verknüpfen, ist eine ausreichende Betreuung von Kindern. Die Landesregierung hat sich dabei viel vorgenommen. Ministerpräsident Rau hat in seiner Regierungserklärung 100 000 neue Kindergartenplätze in den nächsten fünf Jahren gefordert. Eine sehr gute Forderung!

Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Das neue Kindertagesstättengesetz enthält nicht einmal mehr die bisherige Deckungsquote von 75 %, wonach für 75 % der Kinder in einem Wohnbereich ein Platz zur Verfügung gestellt werden muß. Nun heißt es nur noch: "bedarfsgerechter Ausbau". Es wird zwar im Vorwort darauf hingewiesen, daß 90 % angestrebt werden; aber im Gesetz selber steht nur noch "bedarfsgerechter Ausbau".

Die Eltern sollen drastisch an der Finanzierung der Kindergartenplätze beteiligt werden. Statt bisher 11 % sollen sie künftig 19 % der Betriebskosten tragen.

Den Kommunen sind darüber hinaus für 1991 die Investitionskosten für Kindergärten aufgedrückt worden. Die sollen zwar für 1992 wieder in den Landeshaushalt zurückgeführt werden; aber die Kom-

(C)

(D)

(A)

(Höhn [GRÜNE])

munen sind an anderer Stelle wiederum mit höheren Kosten belastet worden, so daß sie letzten Endes eben doch den Hauptanteil tragen müssen.

Aber noch nicht einmal unter diesen relativ schlechten Bedingungen, bei denen die Eltern und die Kommunen einen großen Teil der Kosten tragen, werden die Versprechen eingehalten. Am 02.10.1991 hat der Landtag dem Antrag der SPD "Ausbauprogramm für die Förderung von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1992 bis 1995 nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder" zugestimmt. Danach wurde die Landesregierung aufgefordert, "bereits 1992 die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen für das gesamte Ausbauprogramm zu veranschlagen", also für die 100 000 Kindergartenplätze. In der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 1992 sind allerdings lediglich 75 000 Plätze vorgesehen. Unser grüner Haushaltsantrag, der die Regierungserklärung von Ministerpräsident Rau in die Tat umsetzen wollte, wurde von der SPD-Mehrheitsfraktion im Ausschuß abgelehnt. Wie hätten Sie entschieden, Herr Ministerpräsident?

(B)

Die Schulpolitik ist spätestens durch das Kienbaum-Gutachten in die Schlagzeilen gekommen. Ministerpräsident Rau sagte dazu am 29.11.1991 in seiner Regierungserklärung:

Wir wollen dafür sorgen, daß unser Bildungswesen auch in Zukunft leistungsfähig und modern ist.

Tatsächlich bestimmen die Finanzen die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen schon seit Jahren: Die Klassengröße wurde hochgesetzt und die Stundentafel heruntergesetzt, alles Maßnahmen, die aus pädagogischer Sicht verheerend sind. Kürzungen, die finanziell wenig bringen und die Betroffenen unbotmäßig treffen, aber publikumswirksam verkauft werden können, wurden auch angekündigt: Kürzungen bei der Altersermäßigung und der Fortbildung, Wegfall der Brauchumstage.

Selbst Kienbaum bezeichnet die Einsparungen in diesen Bereichen als Peanuts im Verhältnis zu der Schulstrukturreform, die eigentlich notwendig wäre und von der SPD angepackt werden mußte. Nach dem Kienbaum-Gutachten wären 17 000 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer notwendig. Die GRÜNEN wollen im ersten Jahr, 1992, davon 8 300 Stel-

(C)

len neu einrichten in den unterschiedlichsten Bereichen: für Sonderschulen, für das gemeinsame Lernen von Behinderten und Nichtbehinderten, für die Erhöhung des Ganztagszuschlags auf 50 % in Grundschulen und von 20 auf 30 % in anderen Schulen, für die Umwandlung von Halbtags- in Ganztagschulen und neue Gesamtschulen, für einen Zuschlag für ausländische Kinder.

Mit unseren Forderungen versuchen wir im übrigen die Regierungserklärung von Ministerpräsident Rau umzusetzen; dort heißt es:

Wir wollen, daß mehr behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen.

Oder, an anderer Stelle:

Ein zweiter, inhaltlicher Schwerpunkt unserer Schulpolitik in den kommenden Jahren ist die Ausweitung der ganztägigen Angebote.

Der Haushalt spricht eine andere Sprache als Ministerpräsident Rau. Auch diese Anträge der GRÜNEN, die eigentlich die Regierungserklärung umsetzen wollten, wurden - das Lied kennen wir inzwischen - von der SPD-Mehrheitsfraktion abgelehnt.

(D)

Ich habe bisher immer gedacht, Regierungserklärungen würden gehalten, damit klar ist, was in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden soll. Jetzt stellen wir bei den Haushaltsberatungen fest, daß das gar nicht der Fall ist, daß es sich offensichtlich bei Regierungserklärungen um Sonntagsreden handelt und daß der Haushalt eine ganz andere Sprache spricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fazit aus diesen ganzen Beratungen:

- Die Landesregierung macht eine unkritisch wirtschaftsfreundliche Politik durch Wirtschaftsförderung; die Ansätze haben sich in den letzten Jahren verfünffacht.
- Die Landesregierung vergibt Steuergeschenke an die Industrie, indem sie zuwenig Finanzbeamte einstellt.

(A)

(Höhn [GRÜNE])

- Die Landesregierung schafft nicht die Voraussetzungen dafür, daß Umweltgesetze auch kontrolliert und umgesetzt werden können, weil die entsprechende Behörde chronisch unterbesetzt ist.
- Die Landesregierung wagt sich nicht an ökologisch sinnvolle und notwendige Ökoabgaben, weil sie die Industrie fürchtet.
- Die Landesregierung steckt viermal soviel Mittel in den Neubau und Ausbau von Straßen, unnötigen U-Bahn-Tunnels und Flughäfen wie in den ÖPNV.
- Der Umwelthaushalt wird kontinuierlich heruntergefahren.
- Die Landesregierung kürzt im sozialen Bereich.
- Die Landesregierung hat in den letzten Jahren zu wenig preiswerten Wohnraum geschaffen.
- Die Landesregierung läßt sich ihre ausländerfeindliche Politik etwas kosten.
- Die Landesregierung kürzt in der Bildungspolitik.

(B)

- Die Landesregierung stellt die versprochenen 100 000 Kindergartenplätze nicht in den Haushalt ein.
- Der Landesregierung ist schließlich die Gleichstellungspolitik 0,025 % ihres Haushaltes wert.

Das Parlament, aber speziell die Opposition, hat ein Kontrollrecht, ob denn das stimmt, was die Landesregierung erzählt. Die aufgeführten Beispiele anhand des unbestechlichen Haushalts machen deutlich, daß Worte und Taten immer weiter auseinanderklaffen.

Auch für diese unterschiedlichen Worten und Taten möchte ich noch einige Beispiele bringen, einfach auch, um Widersprüche deutlich zu machen:

Einerseits beschwört Finanzminister Schleußer eindrucksvoll die allgemeine Finanznot; andererseits sprudeln die Steuerquellen wie nie zuvor, und gerade am Ende der Haushaltsberatungen werden noch einmal 831 Millionen DM Steuermehreinnahmen nachgeschoben.

(C)

Einerseits werden mit dem Knüppel "Finanznot" berechnete Forderungen aus dem Sozial- und Umweltbereich abgeschmettert, andererseits aber Milliarden unnützer Subventionen und Steuergeschenke an florierende Unternehmen verteilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Wenn die Landesregierung behauptet, sie habe kein Geld, dann ist Vorsicht angebracht: Meistens stimmt es nicht. Die Landesregierung behauptet zum Beispiel, der Landeshaushalt werde infolge der Kosten der deutschen Einheit mit 6 Milliarden DM belastet. Wir haben es Ihnen vorgerechnet, daß das nicht stimmt. Dem Verlust durch Mehrwertsteuermehreinnahmen, Strukturhilfemittel und direkte Transfers stehen unbestreitbar erhebliche einigungsbedingte Steuermehreinnahmen gegenüber, so daß der Saldo, also die Nettoleistung NRWs, bestenfalls bei rund 1,2 Milliarden DM liegt; der Bund der Steuerzahler rechnet sogar mit 3,2 Milliarden DM für alle westlichen Länder und Gemeinden. Das würde einem Anteil Nordrhein-Westfalens von maximal 500 Millionen DM entsprechen.

Sie kommen zu Ihrer absurden Zahl nur mit einem faulen Trick: Sie rechnen beim Fonds Deutsche Einheit nicht das, was aus dem Landeshaushalt abfließt, sondern die Gesamtkreditsumme. So werden aus 400 Millionen DM mir nichts, dir nichts 1,4 Milliarden DM. Außerdem vergessen Sie einfach, die einigungsbedingten Steuermehreinnahmen, nämlich fast 2 Milliarden DM pro Jahr, dagegenzurechnen.

(D)

Zweiter Punkt! Die Landesregierung behauptet, die Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen für die Umwelt seien höher als je zuvor. Auf unsere Vorhaltungen hin - das haben wir bei den letzten Haushaltsberatungen hier behauptet; wir haben ja eine richtige Debatte darüber geführt -, die Umweltausgaben seien im Gegenteil gesunken, haben Ministerpräsident und Finanzminister schlicht geblüffelt. Sie haben uns empfohlen, die Haushalte richtig zu lesen und uns mit dem System der Kreditplafondierung vertraut zu machen - nach dem Motto: durch Plafondierung blicken sowieso nur 2 % durch; wir werfen einmal einen solchen Fachbegriff in die Debatte, und dann sind die GRÜNEN erst einmal platt.

(A)

(Höhn [GRÜNE])

Aber so leicht lassen wir uns ja nicht platt kriegen. Deshalb haben wir nachgefragt, was denn damit gemeint ist. Unser finanzpolitischer Sprecher, Manfred Busch, hat daraufhin zwei Kleine Anfragen gestellt und hat festgestellt, daß der Anteil der Umweltausgaben am Gesamthaushalt von 2,2 % auf zuletzt 1,3 % gesunken ist und die Umweltausgaben jetzt unter denen von 1985 liegen.

Sie konnten nicht anders, als diesen Sachverhalt in Ihrer Antwort zu bestätigen. Jede und jeder, die oder den es interessiert, kann es nachlesen. Manfred Busch ist dafür eine gute Bezugsadresse.

Weiterer Punkt: Die Landesregierung behauptet, im Landeshaushalt würden 1,1 Milliarden DM für die Kohleregionen zur Verfügung gestellt. Ministerpräsident Rau hat letzte Woche die Kritiker dieser Aussage gewissermaßen als Feinde des Ruhrgebiets bezeichnet.

Unser finanzpolitischer Sprecher, Manfred Busch, hat Ihnen aber Haushaltstitel vorgelesen, die Leistungen für die Kohleregionen enthalten und die parallel zur Vorlage des sogenannten Handlungsrahmens Kohleregion gestrichen bzw. gekürzt worden sind. Tatsächlich handelt es sich also nur um eine Umschichtung im Haushalt und nicht um neue Mittel.

(B)

Sie haben hier ein absurdes Theater gespielt, ein Nullsummenspiel für die Kohleregionen. Das ist ein offensichtlicher Etikettenschwindel. Den Menschen im Ruhrgebiet helfen Sie damit kein bißchen.

Das war jetzt nur eine kleine Auswahl abwegiger Behauptungen aus dem Finanzbereich. Sie gehen nach der Methode vor: Man muß eine falsche Behauptung nur oft genug wiederholen, damit sie geglaubt wird. Wir müssen Ihnen dann wieder die Wahrheit erst einmal Stück für Stück aus der Nase popeln.

Aber auch inhaltlich gibt es Schönfärberei: "Der Rhein ist fast wieder rein." Man sollte es nicht glauben, aber das ist der O-Ton unseres sogenannten Umweltministers. Dies gilt für die traditionellen Schadstoffe, wie sie insbesondere über biologische Indikatoren erfaßt werden können. Der Sauerstoffgehalt hat sich verbessert. Die Chemiefracht wurde volumenmäßig reduziert. Das steht alles im Gewässergütebericht. Aber bezüglich der Anreicherungsstoffe, z. B. Schwermetalle, verbessert sich die Situation

(C)

nicht. Vielmehr hat sich nur das Tempo der Verschlechterung verlangsamt. Es droht stärker denn je ein Umkippen großer Ökosysteme, z. B. der Nordsee.

Von den Tausenden jährlich neu hinzukommenden Schadstoffen aus der Chlorchemie werden nur wenige gemessen. Zum Teil sind nicht einmal geeignete Untersuchungsmethoden bekannt. Viele Kohlenwasserstoffverbindungen sind erbgutschädigend und krebserregend. Auf diese katastrophalen Mängel des Gewässergüteberichts hat zuletzt das Zoologische Institut der Universität Köln hingewiesen. Vielleicht nehmen auch Sie das einmal zur Kenntnis, Herr Umweltminister Matthiesen - der gerade zur Tür hereinkommt. Das paßt gerade gut; wir sind nämlich immer noch bei Ihrem Bereich, Herr Matthiesen, und zwar jetzt beim Wald:

"Dem Wald geht es besser." - O-Ton Umweltminister. Wie kann ein solches Ergebnis zustande kommen?, fragt sich der erstaunte Zeitgenosse, der feststellt, daß immer weniger Wald da ist. Es gibt eine ganz einfache Begründung dafür. Man sagt: 50 % der Bäume des Waldes sind krank. Dann werden diese 50 % herausgehackt; denn kranke Bäume muß man heraushacken. Anschließend wundert man sich, daß im nächsten Jahr nur noch 49 % der Bäume krank sind. Tatsächlich sind schon ungefähr 75 % der Bäume in zwei Jahren abgehackt worden. Mit einem solchen Spiel von Zahlen kann man natürlich versuchen, positive Aspekte zu vermitteln. Aber in der Tat wird der Wald jedes Jahr ein Stückchen kränker, weil die toten und kranken Bäume nicht mehr mitgezählt werden.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie gehen also mit einer Erfolgsmeldung hausieren, die auf einem Denkfehler beruht, und verharmlosen den tatsächlich schlimmen Zustand des Waldes. Offensichtlich ist das Ihr Politik-Marketingkonzept: Wesentliche Wahrheiten verschweigen, schönreden, gesundbeten, und bei alledem auch noch Nachdenklichkeit demonstrieren - wie Sie es gerade tun. Das ist Ihr Konzept, mit dem Sie seit Jahren mehr oder weniger erfolgreich die Macht im Land behauptet haben. Das ist die Methode dieser Landesregierung: Rede Gutes und handele bescheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A)

(Höhn [GRÜNE])

Dieses Konzept mag in vielen Bereichen aufgehen, aber beim Haushalt hakt es. Dort gibt es nämlich Zahlen, und mit diesen Zahlen kann man einem solchen Konzept auf die Schliche kommen.

Vielleicht trägt aber auch das absurde Verfahren der Haushaltsberatungen hier im Landtag viel dazu bei, daß es bisher kaum zu einer wirksamen Haushaltskontrolle gekommen ist. Der ursprüngliche Haushaltsentwurf ist schon unübersichtlich genug. Hinzu kommen jetzt aber noch zwei umfangreiche Ergänzungsvorlagen. Spätestens an diesem Punkt haben die meisten wahrscheinlich resigniert.

Entsprechend unwesentlich sind die Veränderungen, die das Parlament selber am Haushaltsentwurf der Regierung vorgenommen hat. Das ist interessant: Wieviel hat denn unsere große Beratung von vier Monaten an Änderungen an diesem Haushaltsentwurf gebracht? Fallen Sie nicht aus dem Stuhl; das ist eine interessante Zahl: Es sind 19,4 Millionen DM Plus und 3,4 Millionen DM Minus, also zusammen knapp 23 Millionen DM an Veränderungen in diesem Haushalt, die wir mit Hilfe von Änderungsanträgen erreicht haben.

(B)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Pro Stunde eine halbe Million!)

23 Millionen DM sind also an diesem Riesenhaushalt von 73 Milliarden DM geändert worden. Setzen wir diese Zahlen in Beziehung zueinander, so ergeben diese Änderungen einen Anteil von 0,03 % des gesamten Haushaltes. Es ist wirklich beeindruckend, was wir in vier Monaten intensivster Debatte hier bewirkt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Und das bei unserem Stundenlohn!)

- Wenn man den Stundenlohn hinzuaddiert, dann wird es noch schlimmer.

Die Mehrheitsfraktion zieht daraus vermutlich den Schluß, die Regierung habe in vorausseilendem Gehorsam alle ihre Wünsche berücksichtigt. Angesichts des geringen Kenntnisstandes auf seiten der SPD, angesichts der häufigen Hilfestellungen, die die Landesregierung der Mehrheitsfraktion geben muß, und

(C)

aufgrund vieler sonstiger Beobachtungen glaube ich allerdings eher, daß die Landesregierung ihre Fraktion am Maßband geführt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders ärgerlich war die Nichtberatung des Haushaltes des Verfassungsschutzes. Schließlich ist ein Großteil der Aufgaben, die dieser Verfassungsschutz hat, weggefallen, die bisher die Personal- und Sachausstattung in Höhe von rund 20 Millionen DM aus dem Landeshaushalt gerechtfertigt haben. Weggefallen sind insbesondere die Spionageabwehr Ost und die Abwehr der Aktivitäten des MfS und der DKP. Angesichts der allgemeinen Finanznot müßten auch hier Kürzungen erfolgen.

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz hat gewissermaßen freiwillig Einsparungen angeboten, um der Kritik zuvorzukommen. Jetzt werden in 1992 auf Bundesebene rund 15 % des Personals eingespart. Mindestens das sollte doch die Meßlatte sein, die auch für NRW gilt. Einen entsprechenden Antrag haben wir Ihnen vorgelegt. Er steht heute ebenfalls noch an, und wir hoffen, daß er angenommen wird; wir sind ja Optimisten.

(D)

Aber in Nordrhein-Westfalen beschäftigt sich der Haushaltsausschuß nicht einmal ernsthaft mit dem Verfassungsschutz. Die Beratungen waren eine Farce. Unter dem Deckmantel der Vertraulichkeit wurden dennoch keine Informationen gegeben, weil diese angeblich geheim seien. Das muß nicht so sein. In Berlin beispielsweise werden die Unterlagen des Verfassungsschutzes in normaler Sitzung ohne den ganzen Geheimhaltungsklimbim beraten. Nur eine vergleichende Beratung aller Haushaltspositionen kann sicherstellen, daß hier gleiche Maßstäbe angelegt werden.

Sie haben dafür gesorgt, daß sich der Haushaltsausschuß für unzuständig erklärt hat. Ihr Fraktionsvorsitzender Farthmann hat bei den letzten Haushaltsberatungen ganz offen erklärt, der Haushalt des Verfassungsschutzes sei seit 40 Jahren nicht geprüft worden, und niemand habe etwas dabei gefunden. Schlimm genug, kann ich nur sagen. Aber diese schlimme Praxis fortzusetzen, das ist eigentlich noch viel schlimmer.

(A)

(Höhn [GRÜNE])

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir stellen fest: Hier im Parlament funktioniert die Kontrolle nicht. Vielleicht ist es auch so, daß sie gar nicht funktionieren soll.

In den 60er und 70er Jahren haben viele Menschen erkannt, daß das bisherige blind auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaftssystem so nicht weitergeführt werden kann, weil es keinerlei Rücksicht auf die Zerstörung der Umwelt und die begrenzten Ressourcen der Erde nimmt und damit die gesellschaftlichen Spätfolgen dieser rücksichtslosen Wirtschaftspolitik nicht beachtet. Es ist das Verdienst der GRÜNEN, diese Probleme gegen die heftigsten Widerstände aller anderen Parteien öffentlich gemacht zu haben.

Der Unterschied zu damals besteht nicht darin, daß die dringenden Probleme inzwischen angepackt worden sind, sondern darin, daß inzwischen erfolgreiche psychologische Verhandlungsstrategien entworfen wurden, die es ermöglichen, wortradikale Lösungen vorzuschlagen, aber trotzdem im alten Stil weiterzumachen. Kritiker erleben das Phänomen der "resignierenden Wahrheit". Menschen werden müde, auf Gefahren hinzuweisen, weil sie zu Recht empfinden, daß jeder Vorstoß in einem Berg plausibler Watte abgefedert und an einer Gummilwand abprallt und am Ende abgeblockt wird. Das Problem wird nicht angepackt, sondern die Methode der Vermarktung hat sich nur verbessert. In netten Gremien ohne Entscheidungskompetenz werden die Kritiker auf die softe Art integriert. Nur: Die Umwelt vergißt das leider nicht, was man ihr angetan hat.

(B)

Tatsächlich hat sich die ökologische Gesamtsituation verschlimmert. Die Umweltprobleme sind globaler und bedrohlicher geworden: das Ozonloch, die Klimaerwärmung, weltweite Naturkatastrophen.

Fraktionsvorsitzender Farthmann beklagt immer, daß die Opposition keine Alternativen vorschlägt. DIE GRÜNEN haben Alternativen für einen ökologischen und sozialen Umbau von Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Wir haben uns dabei sogar exakt an den Finanzrahmen der Landesregierung gehalten, das heißt, wir haben für alle Ausgaben Deckungsvorschläge gemacht. Wir haben in vielen Punkten Vorschläge gemacht, die der Regierungserklärung sogar entsprechen und letzten Endes die Regierungserklärung in die

(C)

Tat umsetzen würden.

Was aus diesen unseren Alternativen geworden ist, kann ich eigentlich nur mit folgenden Worten wiedergeben: Wir haben unsere Anträge der SPD im Ausschuß zur Ablehnung vorgelegt. So empfinden wir das Verfahren, das stattgefunden hat. Auf die Alternativen von uns ist überhaupt nicht eingegangen worden. Die SPD kommt mir vor, wie die drei Affen: nichts hören, nichts sehen und nicht über Alternativen nachdenken.

(Zuruf von der SPD: So stellen Sie sich die SPD vor!)

- Nein, so ist sie auch.

Mit 25 Jahren sind viele Menschen noch entwicklungsfähig. Die SPD-Landesregierung ist festgelegt, und zwar seit Jahren. Sie hat die Maxime von Ludwig Erhard übernommen: Geht es den Unternehmen gut, geht es uns allen gut. Tatsächlich stimmt das leider nicht. Ihre Konzepte sind die Unterstützung der Wirtschaft und eben nicht mehr sozial und schon gar nicht ökologisch. Das ist der Grund dafür, daß unsere Konzepte in den Ausschüssen abgebügelt worden sind. Es wäre ehrlicher, wenn die SPD zu ihren Konzepten auch stehen würde, wie es zum Beispiel die CDU und die F.D.P. machen.

(D)

Wir, die GRÜNEN, haben vor einigen Tagen eine Befragung in der Dortmunder Innenstadt durchgeführt, in der sogenannten heimlichen Hauptstadt der SPD, was den Menschen zu "25 Jahre SPD-Politik" einfällt. Da hat ein junger Mann im Prinzip das auf den Punkt gebracht, was wir in diesen Haushaltsberatungen erlebt haben. Dieser junge Mann hat nämlich gesagt: SPD finde ich gut; für mich ist es die bessere CDU. Ich habe den Eindruck, dieser junge Mann hat den Haushalt 1992 von Nordrhein-Westfalen gelesen und das auf den Punkt gebracht, was wir hier vier Monate lang beraten haben. - Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin! - Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Carla Boulboullé.

(A)

Abgeordnete Boulhoullé (fraktionslos): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Farthmann hat davon gesprochen, daß die Verabschiedung des Haushalts unter dem Diktat der leeren Kassen stehe. Als eine der Hauptursachen werden die sogenannten Kosten für die Einheit genannt, für die alle Opfer bringen müssen. Damit muß sich aber doch gerade für Sozialdemokraten sofort die Frage stellen: Für wen und für was wird eigentlich gezahlt?

Jeder weiß, daß Milliarden aus den Landes- und Kommunalhaushalten in die neuen Länder fließen. Aber jeder weiß auch, daß in den neuen Ländern die Arbeitsplätze und die sozialen Einrichtungen in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zerstört werden. Drei bis vier Millionen Menschen werden sich nach Angabe der Hans-Böckler-Stiftung in AB-Maßnahmen, Beschäftigungsgesellschaften und dergleichen befinden, die meisten im Übergang zur Arbeitslosigkeit. Das Volk, das mit dem Sturz der Mauern des SED-Regimes den Willen verbunden hat, die soziale Einheit im vereinten Deutschland zu verwirklichen, soll nun der Massenarbeitslosigkeit ausgeliefert werden.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Eben nicht!)

(B)

Auf der anderen Seite findet eine im Nachkriegsdeutschland einmalige Bereicherung statt. Die westdeutschen Unternehmer verfügen über ein Liquiditätspolster von über 680 Milliarden DM, angelegt unter anderem in Termingeldern. Aus einer Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage geht hervor, wie aus 115 Milliarden DM im Fonds Deutsche Einheit 185 Milliarden DM Gewinn in Form von Zinsen bei den Kapitalgebern werden. Man sollte auch daran erinnern, daß die Gewinne der Unternehmer 1982 bis 1990 real um 118 Prozent, die Nettolöhne aber nur um 18 Prozent gestiegen sind.

Wir können also feststellen:

Erstens. Die Bundesregierung finanziert mit den Steuergeldern der Bevölkerung eine Politik, die im Prozeß einer gigantischen Umverteilung in Ostdeutschland zur Zerstörung der Produktion und der sozialen Grundlagen führt. Und dafür - das heißt eben nicht für den Aufbau der Produktion und der Sozialstruktur - zahlen Bürgerinnen und Bürger hier unter anderem mit Sparhaushalten im Land und in den

(C)

Kommunen. Das ist die praktizierte Solidarität der CDU, Herr Linssen und Herr Rohde!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch in Westdeutschland wächst die Verarmung. Vier Millionen Menschen leben heute nach Aussage des DGB von der Sozialhilfe. Und es gibt erste Schätzungen, nach denen bis zu Dreiviertel der Bevölkerung in Ostdeutschland voll oder teilweise von Sozialeinkommen und privaten Unterhaltsleistungen werden leben müssen. Die Bevölkerung in Westdeutschland ist durchaus bereit, für die soziale Einheit zu opfern; aber diesen Betrug aus Bonn wird sie nicht hinnehmen.

Zweitens: Folge dieser Politik der Bundesregierung ist die unglaublich hohe Staatsverschuldung. Die öffentlichen Haushalte zahlen 1992 insgesamt fast 100 Milliarden DM an Zinsen, davon das Land NRW allein 7,9 Milliarden DM. Schon jetzt muß der Staat Tag für Tag von den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger über 300 Millionen DM Zinsen zahlen - mit wachsender Tendenz.

Finanzminister Schleußer ist nur zuzustimmen, wenn er davon spricht, daß die Zinszahlungen und hohe staatliche Defizite die unsocialste Form der Umverteilung sind.

(D)

Drittens: Die Politik der Entindustrialisierung trifft immer brutaler alle Industrieregionen im ganzen Deutschland, so in NRW vor allem den Bergbau und die Stahlindustrie.

Wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Ohne Produktion stirbt das Land. Dieser Prozeß wird noch gefördert durch das hohe Zinsniveau; denn im Gegensatz zu Investitionen rentiert sich das Geldvermögen sofort mit 9 %.

Machen wir uns nichts vor: Die Investitionsbeihilfen an private Unternehmen durch die öffentliche Hand sollen die Produktionen gewinnträchtiger machen. Da sie aber kreditfinanziert sind, werden Sie diesen Prozeß nicht stoppen, sondern verschärfen. Und wie wir oben gesehen haben, fließen die Investitionen nicht, obwohl das Geld da ist.

(A)

(Boulboullé [fraktionslos])

Da liegen die Gründe für die leeren Kassen, für die dramatische Verarmung der öffentlichen Haushalte.

Von der CDU-Fraktion wird immer betont, NRW habe über die Verhältnisse gelebt. Doch der Anteil der Sozialausgaben am Gesamthaushalt hat heute erst wieder das Niveau etwa von 1985 erreicht. Aber die CDU strebt über eine sogenannte Sparpolitik noch eine viel weitreichendere Umverteilung von unten nach oben an.

Es geht hier mit dem Haushalt um politische Entscheidungen. Muß es nicht eine vordringliche Aufgabe einer sozialdemokratischen Landesregierung sein, dieser Politik der Umverteilung und des Kahlschlags entgegenzusteuern?

Der Haushaltsplan sieht ein Moratorium für ausgabenwirksame Gesetze und ein Nullstellenzuwachs vor. Finanzminister Schleußer hat darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung 1992 die höchsten Lasten seit Kriegsende zu tragen hat. Und sind denn der zweite Bildungsweg, das zehnte Schuljahr, die relativ hohe Zahl an Abiturienten ein Luxus? Ist nicht das Recht auf qualifizierte Bildung für alle ein Zeichen der Qualität einer Gesellschaft, die nicht auf dem Altar der Umverteilung geopfert werden darf? Und ist es nicht ebenso eine Tatsache, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, vor allem im Bergbau und in der Stahlindustrie, heute zunehmend gezwungen sind, ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensstandard durch Streiks und Demonstrationen zu verteidigen? An ihrer Seite zu stehen, daß muß die Antwort der sozialdemokratischen Landesregierung sein - gegen die Bundesregierung, die sich unter Verletzung der Tarifautonomie und, um die Betroffenen in die Knie zu zwingen, massiv in die Tarifverhandlungen einmischt.

Die Landesregierung sollte ein klares Zeichen gegenüber den Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst setzen. Es kann nicht der Weg sein, im Namen des Sparens mit Entlassungen zu drohen, so wie auch manche Ministerpräsidenten es meinen tun zu müssen - leider auch Sozialdemokraten; dabei möchte ich Herrn Rau ausdrücklich ausnehmen -, und so den Kolleginnen und Kollegen in den Rücken zu fallen, die für die Verteidigung ihrer Kaufkraft kämpfen müssen, nachdem ihnen schon mit der sommerlichen Steuererhöhung die letzte Lohnerhöhung geraubt wurde, und zwar durch Beschlüsse der Bundesregie-

(C)

rung, Herr Linssen. Dem muß der Haushalt einer sozialdemokratischen Landesregierung Rechnung tragen.

Die nun im Haushalt unter dem Diktat der leeren Kassen aus Bonn vorgesehenen Kürzungen bei den Leistungen für die Bürger bedrohen unser soziales Leistungssystem, gehen an die Substanz dessen, was die SPD mit dem Sozialstaat verbindet. Mit einer solchen Entscheidung ist meiner Meinung nach die Frage nach dem politischen Schicksal der SPD-Landesregierung und der SPD in NRW aufgeworfen. Denn wenn die sozialdemokratische Landesregierung und die SPD-Mehrheit die Entscheidung trifft, die sozialen Rechte anzugreifen, greift sie den sozialen Bund an, der die SPD mit der arbeitenden Bevölkerung an Rhein und Ruhr und ihren Gewerkschaften verbindet.

Und diese Spaltung wollen die Regierung Kohl und die CDU hier in NRW. Sie fördern sie mit ihrer Demagogie d. h., das tun diejenigen, die die Verantwortung für diese Politik zu tragen haben, die ganz Deutschland in die soziale Katastrophe zu führen droht.

Aus den Reihen der SPD und den Gewerkschaften sind immer wieder Vorschläge für eine andere Politik gemacht worden. Worauf es ankommt, ist der politische Wille, im Interesse der Bevölkerung und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu handeln, von denen die SPD-Landesregierung ihren Auftrag hat. Das verlangt, daß die Landesregierung ein deutliches Signal setzt und der Politik der Bundesregierung in den Arm fällt.

So ist der Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung eines neuen Gleichgewichts der staatlichen Finanzverteilung sehr zu begrüßen. Wir brauchen Initiativen, damit die Treuhandentscheidungen sofort ausgesetzt und die Gelder für einen wirklichen Neuaufbau verwendet werden. Die Gewinne privater Unternehmen, die nicht reinvestiert wurden, sind mit einer Sonderabgabe zu belegen. Subventionen und Investitionsbeihilfen für private Unternehmen dürfen nur auf der Basis garantierter und einklagbarer Arbeitsplatzbeschaffung erfolgen. Die sozialen Einrichtungen und Leistungen sind abzusichern und entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung auszubauen.

(D)

(A)

(Boulboulé [fraktionslos])

Ich komme zum Schluß und wende mich besonders an die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion. Die sozialdemokratische Landesregierung in NRW muß zu einem Orientierungspunkt für die arbeitende Bevölkerung im vereinten Deutschland werden, für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit gegen die Politik der sozialen Kälte der Bundesregierung. Die Kraft für eine solche Entscheidung kann sie aus dem gemeinsamen Handeln aller ihrer Mandatsträger mit der arbeitenden Bevölkerung und den Gewerkschaften, d. h. mit denen, von denen sie ihr Mandat erhalten hat, gewinnen. - Ich danke Ihnen.

Präsidentin Friebe: Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau.

Ministerpräsident Dr. Rau: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Daß in der dritten Lesung des Haushaltes Argumente in Wort und Widerwort wiederholt werden, ist nur normal. Das entspricht dem, was in jedem Jahr stattfindet. Die Gefahr, daß das ein Ritual ist, kann man sicher nicht von der Hand weisen, aber manches zu wiederholen, manches zu bekräftigen, kann Sinn machen.

(B)

Ich habe sehr aufmerksam die gut dreistündige Debatte gehört. Ich habe nicht allem folgen können, wie Sie sich denken können. Ich würde es auch nicht für gut halten, den Wert einer Etatberatung nicht mehr am Gesamtvolumen des Etats, dem man ja zustimmen kann, zu messen, sondern an den Promillezahlen der Veränderungswünsche.

Wir haben es mit einem Etat von weit über 70 Milliarden DM zu tun. Dieser Etat ist die Basis der Landespolitik für das nächste Jahr. Der steht heute zur Debatte und zur Abstimmung.

Wer sich dabei den Bogen der Argumente noch einmal vor Augen führt, den wir heute morgen haben zur Kenntnis nehmen können, der kann jedenfalls aus meiner Sicht mit dieser Debatte nicht unzufrieden sein.

Da hat Frau Höhn in einer ausführlichen Rede - Sie erlauben mir diese Wertung - immer wieder den Vorwurf gemacht, dies sei eine wirtschaftsfreundliche Regierung, eine Regierung, die nichts anderes tue, als

(C)

der Wirtschaft nachzulaufen und sich von ihr das Gesetz des Handelns vorschreiben zu lassen.

Da hat Herr Kollege Rohde gesagt, diese Regierung verstehe nichts vom Wirtschaften, sie habe sich einseitig für Kohle und Stahl, gegen die mittelständische Industrie entschieden. Er hat vom SPD-Privatrecht gesprochen und hat gemeint, das Werben um Wähler im Ruhrgebiet sei eine Art Privatvergnügen der SPD; damit wolle sie sich ihre Basis erhalten.

Ich finde, schon dieser Spannungsbogen ist hochinteressant. Auch wenn es sich dabei um Karikaturen handelt, von der einen wie von der anderen Seite, ist ja einiges von dem, was da ausgedrückt wird, richtig:

Richtig ist, Frau Kollegin Höhn, daß wir glauben, sachgerechte soziale Politik zugunsten der Arbeitnehmer macht man am besten, wenn es der Wirtschaft gut geht und wenn die Wirtschaft Steuern zahlt, mit denen man das bezahlen kann, was man möchte.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist, daß ein Kernstück unserer Politik seit 25 Jahren das Ruhrgebiet ist; denn dieses Ruhrgebiet ist das Herz Nordrhein-Westfalens. Und der Kreislauf des Landes kollabiert, wenn das Herz nicht in Ordnung ist.

(D)

Nun kann man das Ruhrgebiet sehr unterschiedlich sehen. Wir hatten mal einen Spitzenkandidaten der CDU, der fing seinen Wahlkampf an, indem er sich ein japanisches Auto kaufte - ich glaube, es war ein Suzuki - und sagte, er mache jetzt eine Safari ins Ruhrgebiet. - Ich kann dazu keinem kommenden Spitzenkandidaten raten; denn die werden da im Ruhrgebiet nicht gern besichtigt, sondern die möchten gern, daß Menschen das Land regieren, die bei ihnen zu Hause sind und dazu keine Safari brauchen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Henning [SPD]: War das so'n Kleiner?)

Wir haben versucht, das hinzubekommen, wohl wissend, daß es ein Kunststück ist, gleichzeitig die anderen Regionen des Landes so in die Landespolitik einzubeziehen, daß daraus ein geschlossenes Ganzes wird. Ich glaube, das ist uns in den letzten 25 Jahren gelungen. Das sehen Sie an der Entwicklung im

(A)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

Bergischen Land, in Ostwestfalen, im Münsterland, in der Eifel.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Im Siegerland!)

— Im Siegerland, natürlich! - Dabei wird es immer wieder den Streit um die richtige Politik geben. Dabei sind Haushaltsberatungen immer ein Anlaß zu solchem Streit. Nur muß man sich hernach fragen: Ist die Alternative sichtbar geworden? Ich habe sie nicht zu erkennen vermocht. Ich hatte den Eindruck, die Opposition hat ihre Karten heute nicht aufgedeckt. Vielleicht hat sie ein schlechtes Spiel.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Die haben gar keine Karten! - Abgeordneter Schultz [SPD]: Nur Luschen!)

Gelegentlich werden ja auch Begriffe aus der volkstümlichen Sprache des Spielens in die Politik gebracht. Vorige Woche habe ich mit großem Interesse ein Interview gelesen, das Herr Kollege Schauerte gegeben hat mit der Überschrift: "Es laufen zu viele Luschen in der Politik herum."

(B)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Er hat dafür Beifall bekommen.

(Abgeordneter Dr. Twenhöven [CDU]: Spiel nicht mit den Schmuddelkindern!)

- Das ist ein gutes Lied von Franz-Josef Degenhardt. Herr Twenhöven, das habe ich Herrn Linssen im Privatgespräch auch erklärt. Das war eine Anekdote aus dem Jahre 1966 bei der Frage "große oder kleine Koalition?". Da hatte ich das zitiert. Das war Ende November 1966. Sollten Sie dieses Zitat - ich möchte das hier noch einmal ausdrücklich sagen - als eine aktuelle Bewertung der CDU in diesem Lande verstanden haben, erkläre ich Ihnen: Das war von mir nicht gemeint.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Die haben das wieder falsch verstanden! - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Haben Sie das gemerkt?)

- Nein, ich war in Gedanken so bei Herrn Schauerte,

daß ich das nicht mitbekommen habe.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Die haben gedacht, Sie hätten das ironisch gemeint. - Abgeordneter Herder [SPD]: Wir haben Sie angeguckt, Herr Schauerte!)

Nun hat Herr Schauerte ja keinen Namen genannt. Das ist mit den Luschen so wie mit den Ideologen: Das sind immer die anderen, und zwar die in den anderen Parteien und die anderen in der eigenen Partei. Ich kann dazu nicht raten - und das gehört für mich zu den Erkenntnissen dieses Jahres, auch hier im Landtag -, daß wir den Stil, den wir in diesem Jahr manchmal gehabt haben, beibehalten. Angriffe auf die Regierung und ihre Politik müssen sein; das ist die Aufgabe der Opposition. Aber Zerrbilder schaden dem Land und seinen Menschen und verkennen die Leistungen dieser Menschen.

Ich habe die Gegenentwürfe heute nicht zu erkennen vermocht. Der Kern Ihrer Vorwürfe und Ihrer Kritik scheint mir die Klage darüber zu sein, daß die Wähler uns und nicht Ihnen die Mehrheit gegeben haben.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Damit habe ich keine Probleme!)

Das sollten Sie nicht beklagen, sondern da sollten Sie nach den Gründen fragen.

Präsidentin Friebe: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Busch?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja!)

- Bitte schön!

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Vielen Dank. - Herr Ministerpräsident, wo Sie von Zerrbildern und fehlenden Alternativen gesprochen haben, könnten Sie einmal konkret erklären, warum entgegen den Aussagen Ihrer eigenen Regierungserklärung 750 Millionen DM im Jahr für den Straßeneubau ausgegeben werden und nur 395 Millionen DM für den öffentlichen Personenverkehr? Müßte das dann nicht genau umgekehrt sein? Das ist doch eine

(C)

(D)

(A)

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

ganz konkrete Alternative. Oder nicht?

Ministerpräsident Dr. Rau: Herr Kollege Busch, das ist ganz einfach, das ist genauso wie mit den Mitteln für die Frauenförderung: Sie müssen immer die Gesamtentwicklung sehen, Sie müssen immer die Entwicklung in der ganzen Wahlperiode sehen. Wenn Sie sich dann ansehen, was Nordrhein-Westfalen für den öffentlichen Personennahverkehr einschließlich S-Bahn und Stadtbahn in den letzten Jahren getan hat, werden Sie sagen müssen: Das geht hart an die Grenze dessen, was man einem Land überhaupt zumuten kann.

(Beifall bei der SPD)

Das haben wir getan, weil wir es für richtig halten, vieles von der Straße auf die Schiene zu bringen. Diese Entwicklung geht weiter. Aber diese Entwicklung kann nicht in jedem Jahr - -

(Abgeordneter Dreyer [CDU]: Mit Bundesfinanzhilfen!)

(B)

Natürlich sind Bundesmittel dabei!

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Wenn Sie weiterhin so Oppositionspolitik betreiben und wenn wir unsere Arbeit weiterhin so tun wie bisher, dann bin ich überzeugt, daß wir auch 1995 wieder das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen gewinnen.

(Beifall bei der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen das Land offenbar anders wahr, als Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, das tun. Vor ein paar Wochen haben wir in Herne ein Spitzentreffen mit dem Initiativkreis Ruhrgebiet gehabt. Dort waren 52 Persönlichkeiten der Wirtschaft und das Landeskabinett zusammen. Dabei haben wir eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der es heißt:

Wir sind weit vorangekommen in der Umstrukturierung des Ruhrgebietes. Das alles ist Anlaß zu Optimismus und Zuversicht für die vor uns liegende Zeit. Wenn in dem sich immer enger zusammenschließenden Europa die Bedeutung der Natio-

(C)

nen zurückgeht und der eigentliche Wettkampf international dann immer mehr zwischen den europäischen Ballungszentren stattfindet, wird das Ruhrgebiet in Fortsetzung seines derzeitigen zukunftsorientierten Weges einen sehr erfolgreichen und sehr zentralen Part spielen.

Dies ist unsere Meinung. Diese Meinung ist, wie wir glauben, richtig. Über die Richtigkeit wird 1995 der Wähler entscheiden.

Meine Damen und Herren, wir haben heute viele Vergleiche, auch von Herrn Rohde, gehört. Lassen Sie mich zu diesen Vergleichen etwas sagen. Natürlich ist es so, daß wir in vielen Bereichen noch Zuwachs nötig haben, bis wir zum Beispiel Baden-Württemberg erreichen. Aber doch nicht, weil hier die falsche Politik betrieben wird - die Politik hier hat dafür gesorgt, daß die Differenzen nicht mehr so groß sind -, sondern weil die Ausgangsposition die ist, von der der Raumordnungsbericht der Bundesregierung 1966 unter der Verantwortung von Ludwig Erhard sagt - und das ist der Schlüsselsatz -:

Das Land Nordrhein-Westfalen hat seine Spitzenstellung verloren, weil die Bedeutung von Kohle und Stahl zurückging.

(D)

Das war die Ausgangslage 1966. Von da aus einen Neuaufbau zu gestalten, war unser Auftrag.

Ich will noch einmal einige Zahlen nennen. 1984 hatten wir den Tiefststand der Beschäftigung. Die Zahl der Beschäftigten hat um 751 000 zugenommen. Davon haben die Frauen, Frau Kollegin Höhn, mit einer Größenordnung von 39 % gegenüber 31 % besonders profitiert. Das ist Frauenpolitik. Sie geschieht nicht mit den Zahlen, die im Haushalt eines Ministeriums stehen, sondern mit der Beschäftigungspolitik und mit der Sozialpolitik. Das muß man hinzurechnen.

(Beifall bei der SPD)

Das Ruhrgebiet hat sich trotz Arbeitsplatzverlusten bei Kohle und Stahl in den Kreis der Arbeitsmarktgewinner entwickelt. Es hat knapp 100 000 Beschäftigte mehr. Keiner der Redner der Opposition hat heute gesagt, daß wir in Nordrhein-Westfalen mit mehr als 6 Millionen Erwerbstätigen den bisher höchsten Be-

(A)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

schäftigungsstand haben, daß die Zahl der Arbeitslosen seit dem Höchststand 1987 um mehr als ein Viertel, nämlich um 180 000, zurückgegangen ist und daß der Rückgang im Ruhrgebiet größer war als der im Landesdurchschnitt. Erstmals seit 1981 ist die Arbeitslosenzahl im Revier unter 200 000 gesunken, und es gibt 100 000 Langzeitarbeitslose weniger als vor zwei Jahren.

(Unruhe bei der CDU - Abgeordneter Schultz [SPD]: Die hören doch gar nicht zu!)

- Das ist doch Strategie.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Rau list Zeitung, wenn die Opposition redet!)

- Ich habe nicht Zeitung gelesen. Ich habe heute morgen jeden Satz gehört und bin während der gesamten Debatte dabei gewesen. Herzlichen Glückwunsch noch, Herr Kollege!

Niemand hat gesagt, daß 1990 in Nordrhein-Westfalen über 17 800 Unternehmen neu gegründet worden sind; das sind mehr als in Bayern und Hessen zusammen und mehr als doppelt so viele wie in Baden-Württemberg. Jede vierte Unternehmensgründung in den alten Ländern ist eine nordrhein-westfälische Unternehmensgründung.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Da wird von Herrn Rohde unsere Wirtschaftsfeindlichkeit beschrieben, während uns Frau Höhn unterstellt, daß wir nur der Wirtschaft hinterherlaufen. Die Zuwachsrate der ausländischen Direktinvestitionen in Nordrhein-Westfalen liegt bei 26,7 %. Sie ist fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt, der 14,2 % beträgt. Wir sind mit über 28 % das exportstärkste Land.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Weil wir das größte sind!)

60 % der Exporte gehen in die Europäische Gemeinschaft.

(Zuruf von der CDU: Das ist nur natürlich!)

(C)

Die Attraktivität Nordrhein-Westfalens wird jeden Tag gezeigt. Auch das Handwerk hat einen deutlichen Aufschwung. Das Umsatzplus lag im vergangenen Jahr bei 13,7 %, der Beschäftigtenzuwachs bei 3,7 %.

(Fortgesetzt Unruhe bei der CDU - Abgeordneter Schultz [SPD]: Das ist ja unerträglich! - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Hört doch mal zu! - Glocke der Präsidentin)

Jeder siebte Erwerbstätige ist im Handwerk tätig. - Ich wünsche mir, meine Damen und Herren, Sie würden auch diese Fakten zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen die Politik der ökonomischen und der ökologischen Erneuerung fort. Das ist zugleich eine Politik des sozialen Ausgleichs.

Präsidentin Friebe: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Uhlenberg?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Mir ist jede Zwischenfrage lieber als das Geraune, das es mir schwer macht zu sprechen! - Beifall bei der SPD)

- Das kann ich gut verstehen. - Herr Abgeordneter Uhlenberg, bitte.

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Herr Ministerpräsident, Sie haben nun nahezu alle wichtigen Wirtschaftsbereiche in Nordrhein-Westfalen angesprochen. Ich frage Sie: Wäre es nicht auch angebracht, daß der Ministerpräsident eines so großen Flächenlandes bei einer solchen Einlassung, wie Sie sie heute morgen gemacht haben, einige Worte für den großen Strukturwandel, der in Nordrhein-Westfalen auch innerhalb der Landwirtschaft stattfindet, finden würde?

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Schmidt [Wetter] [SPD]: Er ist noch nicht fertig!)

(D)

(A)

Ministerpräsident Dr. Rau: Ich will Sie ja nicht kränken, aber man darf eine Rede immer erst bewerten, wenn sie gehalten worden ist. Ich muß die Chance haben, zur Landwirtschaft zu einem späteren Zeitpunkt noch etwas zu sagen.

Einen Tag, nachdem der Bauernpräsident 60 Jahre alt geworden ist, mit dem wir versucht haben, die Landwirtschaftspolitik - -

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

- Bitte?

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Man kann Sie wirklich schwer verstehen. Das gilt in diesem Falle nur auditiv.

(Heiterkeit bei der SPD)

Daß wir, um das aufzugreifen, einen Strukturwandel in der Landwirtschaft haben, ist überhaupt keine Frage. Daß unsere Landwirte, und zwar sowohl die Vollerwerbslandwirte wie auch die Nebenerwerbslandwirte, eine knochenharte Arbeit leisten und gegenüber den Vorjahren Einkommensverluste haben hinnehmen müssen, ist außerordentlich bedauerlich. Das, was wir mit Sonderprogrammen an Korrektivmöglichkeiten haben, nehmen wir wahr. Denken Sie nur einmal an das Feuchtwiesenprogramm. Denken Sie nur an die Hilfe mit Einkommenszuwendungen bei ökologischem Landbau. Wir tun dort eine Menge, soviel wir irgend können.

Ich will Ihnen aber ebenso deutlich sagen: Gegenüber der völlig falschen und nach meiner Meinung in der Zielorientierung verfehlten europäischen Landwirtschaftspolitik kann ein Land allein nicht mithelfen, diesem Elend ein Ende zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Hier ist die Behauptung aufgestellt worden, wir erfüllen nicht das, was in der Regierungserklärung vom 15. August steht. Da irrt Frau Höhn, denn das, was wir in der Regierungserklärung gesagt haben, das geschieht. Das geschieht allerdings in Schritten, die hoffentlich erkennbar sind, und wird am Ende der

(C)

Wahlperiode erfüllt sein.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Aber das sind doch Schritte in die falsche Richtung, die Sie gemacht haben!)

Ich bin froh darüber, daß ich nichts von dem, was ich in der zugegebenermaßen langen Regierungserklärung vom 15. August vergangenen Jahres gesagt habe, zurücknehmen brauche.

(Abgeordneter Lindlar [CDU]: "Das wird das Jahr der Kommunalreform!")

Ich habe drei Schwerpunkte genannt:

- die neuen Plätze in Kindergärten und Kindertageseinrichtungen
- die neuen vom Land zu fördernden Wohnungen
- deutlich mehr Mittel für Politik für alte Menschen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Und die Kommunalreform? Das ist Schwerpunkt Ihrer Politik gewesen!)

- Dazu kommen wir noch; die Wahlperiode ist noch nicht zu Ende.

(D)

Wir tun mehr, als wir angekündigt hatten. Übrigens, Frau Kollegin Höhn, selbst wenn wir die Erhöhung der Kindergartenbeiträge durchgesetzt haben, wie sie das Gesetz beschlossen hat - ich habe den Brief heute bekommen -, sind die Kindergartenplätze in Nordrhein-Westfalen immer noch ein bißchen billiger, als sie in Berlin waren, als DIE GRÜNEN dort mitregierten. Das dürfen Sie auch nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben angekündigt, mindestens 100 000 Plätze einzurichten. Jetzt sind 125 000 beschlossen worden. Wir haben 27 000 Wohnungen angekündigt; in diesem Jahr sind es schon über 30 000. Und im nächsten Jahr werden es 36 000 geförderte Wohnungen sein. Wir haben bei der ambulanten Altenpflege und der Kurzzeitpflege 2 700 zusätzliche Pflegeplätze. Die Mittel zur Umsetzung des Landesaltenplans steigen um fast 50 % gegenüber 1991.

(A)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

Aber selbst eine Erhöhung von 100 % könnte nicht das ausgleichen, was an politischen Entscheidungen in Bonn noch aussteht. Dazu will ich Ihnen sagen: So wichtig Landespolitik und mit ihr Landesaltenpolitik ist, ist es eine sozialgerechte Pflegeversicherung, auf die die alten Menschen warten. Da sind andere in der Pflicht, etwas zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde gerne einmal erleben, Herr Dr. Linssen, daß Sie nicht nur beim Asylrecht der SPD Fragen stellen, sondern - da Sie doch immer die gemeinsame Regierung in Bonn loben - auch der F.D.P..

(Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten van Schewick [CDU])

Ich würde - sowohl beim Pflegegeld als auch beim Asylrecht - gerne erleben, daß uns eine Haltung der Bundesregierung bekannt wird, über die wir dann reden und miteinander streiten können. Bisher liegen keine Konzepte vor.

Sie mögen über Kommunalpolitik und Gemeindefinanzierung reden - das werden wir ja auch heute noch tun -; nichts würde den Kommunen in Nordrhein-Westfalen so helfen wie die Entlastung von systemfreien Sozialhilfelasen durch eine Pflegeversicherung. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Ich vertiefe das nicht, denke aber, daß Sie einmal mit Ihren Parteifreunden darüber reden sollten, welche Schwerpunkte da zu setzen sind. Wir müssen in Nordrhein-Westfalen Prioritäten setzen. Aber weil sich in der Addition alles Wünschenswerten eine Summe von 150 % ergibt, müssen wir auch Nein sagen. Diesen Weg, auch Nein zu sagen, sind die Regierung und die Landtagsfraktion gegangen. Deshalb haben wir umgeschichtet. Deshalb haben wir eine Arbeitsgruppe Programmwirksamkeit gehabt.

Ich habe es in der Regierungserklärung bereits angekündigt: Das Ergebnis ist eine Leistung aller Ressorts, die in ihren Haushalten Förderprogramme haben. Andere reden vom Subventionsabbau - wir machen ihn!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Sie sind dazu offenbar nicht in der Lage. Denn daß Sie nun diese Ergebnisse diskriminieren und sagen, das sei kein frisches Geld, zeigt, daß Sie den Wert dieser Aktion nicht verstanden haben oder jedenfalls nicht öffentlich zugeben wollen. Mit dieser Aktion bekommen wir den Handlungsrahmen für die Region Aachen/Heinsberg, Kamp-Lintfort, die Emscher/Lippe-Region und für das östliche Ruhrgebiet einschließlich der Stadt Ahlen.

Im Januar - dazu werden Sie eingeladen - werden wir entsprechende Regionalkonferenzen abhalten. Ich hoffe, daß der Bund dann das, was er bei den Kohleverhandlungen verbal zugesagt hat, materiell beiträgt, damit wir das, was durch die Erhöhung des Wegfalls von Kohleförderung zustande kommt, durch entsprechende regionale Leistungen ausgleichen können.

Meine Damen und Herren! Wir fahren einen finanzpolitisch soliden Kurs. Das zeigt dieser Haushalt. Die bereinigten Gesamtausgaben wachsen um 3,7 %. Das ist weniger als das erwartete Wirtschaftswachstum, und das ist weniger als das, was in den anderen Ländahaushalten zu erwarten ist. Dort sind es 4,5 %.

(D)

Trotz des Ausgabenzuwachses werden wir die Neuverschuldung gegenüber den Planungen des laufenden Jahres nicht erhöhen. Denn wir sind wieder ein steuerstarkes Land, wir haben über 100 % der durchschnittlichen Finanzkraft aller Länder, und wir zahlen seit 1989 wieder in den Länderfinanzausgleich ein. Die CDU scheint das immer noch nicht wahrhaben zu wollen; denn sie fällt in die alten Muster, in die Zerrbilder zurück: das Bild vom Möbelwagen, und jetzt ist das Bild vom Wachstumsrückstand da.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Stimmt es denn?)

- Nein, es stimmt nicht. Ich habe schon vor sechs Jahren zu erklären versucht, und seitdem erkläre ich es immer wieder: Nordrhein-Westfalen hat beim realen Bruttoinlandsprodukt den zweiten Platz nach Hessen vor Bayern und Baden-Württemberg.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber nicht pro Kopf!)

(A)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- Über dem Bundesdurchschnitt, natürlich pro Kopf des Erwerbstätigen!

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Darum geht es eben nicht! - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Pro Kopf!)

Das Wachstum vollzieht sich auf einem viel höheren Niveau als in Bayern, in Hessen und in Baden-Württemberg. Wer nur die Zuwachsraten vergleicht, kommt natürlich zu völlig falschen Ergebnissen. Die Wirtschaftssachverständigen sagen: Der Zuwachs in den östlichen Ländern wird 9,5 % betragen, in den westlichen Ländern 2 %. Daraus können Sie doch nicht schließen, daß die östlichen Länder uns überholt haben! Vielmehr ist der Sockel in den östlichen Ländern so niedrig, daß dort ein besonders hoher Zuwachs notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auf viele Dinge jetzt nicht mehr eingehen. Aber wenn ich die Rechenbeispiele von Herrn Schauerte über die Größe von Staatskanzleien und ähnliches höre, kann ich nur sagen: Ich hoffe, daß Sie in den anderen Bereichen genauer rechnen. Wenn Sie in Nordrhein-Westfalen eine Fahrbereitschaft mit 35 Personen dazurechnen, die sie in Bayern herausrechnen, wenn Sie in Nordrhein-Westfalen die Landeszentrale für politische Bildung mitrechnen, die es in Bayern nicht in der Staatskanzlei gibt, dann kommen Sie zu solchen Zahlen. Wenn Sie Vergleichbares miteinander vergleichen,

(Zuruf von der SPD: Das kann der doch nicht!)

werden Sie feststellen, daß Nordrhein-Westfalen sich sehen lassen kann, daß wir nicht die höchste Personalausgabenquote haben, wie Sie gesagt haben, und daß Ihr Vorwurf, hier gäbe es einen Mangel an Disziplin und Sparsamkeit, falsch ist. Durch Wiederholung wird das alles auch nicht richtiger.

Was den Personalzuwachs angeht, beträgt dieser, bezogen auf die Staatskanzlei, in Baden-Württemberg 55,6 % und bei uns 18,5 %. Wenn Sie sich die Ministerialverwaltungen ansehen, sind wir sparsamer als alle anderen. Die Kosten der politischen Führung liegen bei uns bei 37 DM pro Einwohner, im Durchschnitt der Flächenländer bei 51 DM pro Einwohner.

(B)

(C)

Und wenn Sie sich die Kosten ansehen, werden Sie feststellen, daß Baden-Württemberg teurer ist als Nordrhein-Westfalen, und Bayern ebenfalls.

Meine Damen und Herren! Ich nehme an, der Finanzminister wird noch in die Debatte eingreifen.

(Zurufe)

- Ja, das ist doch möglich. Ich bin nicht sicher, ob er das tun will.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Sie wollten noch etwas zur Kommunalverfassung sagen!)

Mir liegt daran, noch ein Wort zu dem zu sagen, was Herr Kollege Linssen zum Vermittlungsausschuß gesagt hat.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Und zur Kommunalverfassung!)

- Nein, die Kommunalreform steht wirklich nicht im Haushalt, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Weil Sie das vorhin sagten!)

- Herr Tschoeltsch, Sie können und Sie werden von mir zureichende Auskunft über die Fragen der Kommunalverfassungsreform bekommen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Da bin ich aber gespannt!)

Vielleicht gelingt es uns, auch da Unterschiede zur F.D.P. zu haben und damit die Mehrheitsfähigkeit der SPD zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der F.D.P.)

Ich würde ganz gerne noch, Herr Kollege Linssen, ein paar Bemerkungen zum Vermittlungsausschuß machen.

Ich bestreite nicht, daß wir eine Unternehmenssteuerreform brauchen. Ich bestreite nicht, daß es in diesem Bereich Reformbedarf gibt. Ich bestreite, daß der Vorschlag der Bundesregierung richtig ist.

(D)

(A)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(Abgeordneter Henning [SPD]: Sehr wahr!)

Denn gemeinsam mit den Spitzenverbänden der Kommunen halten wir Sozialdemokraten die Abschaffung der Kapitalertragsteuer und der Vermögensteuer für falsch, für sozial ungerecht und deshalb für nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine andere Position. Aber sich einmal die Unternehmenssteuern anzusehen, auch im internationalen Vergleich, und über Bemessungsgrundlagen, über Spitzensteuersätze zu reden, ist etwas anderes. Über all diese Dinge reden wir im Vermittlungsausschuß. Unsere Ziele im Vermittlungsausschuß sind:

Erstens: Die soziale Schieflage darf nicht so weitergeführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Farthmann hat das DIW zitiert. Die Gewinner sind die mit über 80 000 DM Einkommen, die Verlierer sind diejenigen mit unter 45 000 DM Einkommen. Das ist so nicht richtig. Da muß es sozialen Ausgleich geben.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Die Schieflage zwischen den Finanzen des Bundes auf der einen und der Länder und Gemeinden auf der anderen Seite muß beseitigt werden. Übrigens ist die Frage "Kindergeld oder Kinderfreibetrag" ein besonders geeignetes Beispiel, dem nachzugehen. Natürlich ist die Erhöhung des Kindergeldes auch für Länder und Gemeinden besser als die Erhöhung der Kinderfreibeträge, an der die Länder ja beteiligt wären.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Nur darum geht es!)

Also reden wir auch darüber.

(Beifall bei der SPD)

Bisher haben wir uns in den von mir geleiteten Verhandlungen noch nicht einigen können. Aber ich hoffe, daß über Weihnachten und Silvester die Ein-

(C)

sicht zunimmt und daß wir dann im Januar im Vermittlungsausschuß ein Ergebnis erzielen, das in beiden Häusern Zustimmung findet. Das fände ich gut.

Präsidentin Friebe: Herr Ministerpräsident! Herr Abgeordneter Schauerte möchte gerne eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja, sicher.)

Bitte schön!

Abgeordneter Schauerte (CDU): Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade von der sogenannten Schieflage zwischen Bund und Ländern gesprochen. Es gibt bei dem einen oder anderen Punkt sicherlich Korrekturbedarf.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Aha!)

Was aber halten Sie von dem Tatbestand, daß die Steuer-Isteinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen von 1982 bis 1990 um 47 % gestiegen sind, die Steuer-Isteinnahmen des Bundes im gleichen Zeitraum aber nur um 39 %? Das Land hatte also 8 Prozentpunkte mehr Zuwachs an Steuereinnahmen als der Bund. Da ist es doch nicht berechtigt, von einer Schieflage zu reden!

(D)

Ministerpräsident Dr. Rau: Herr Kollege Schauerte, Sie müssen die Zahlen, die Sie genannt haben, sehr viel differenzierter darstellen und andere Zahlen auf der Belastungsseite hinzurechnen. Ich sage Ihnen nur: Es gibt nicht einen Finanzminister - auch keinen christdemokratischen -, der mit uns nicht darin übereinstimmt, daß in den letzten zehn Jahren eine Schieflage zu Lasten der Länder entstanden ist.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Um diese Schieflage aufzulösen, gibt es unterschiedliche Wege. Wir müssen zum Beispiel über die Umsatzsteuerverteilung reden; wir müssen über den Wegfall des Strukturhilfegesetzes reden - wenn es so kommt.

(A)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(Beifall bei der SPD)

Das sind, glaube ich, 685 Millionen DM für Nordrhein-Westfalen in jedem Jahr. Wir müssen über die Konversion, über Truppenabbau und darüber reden, wer die Belastungen, die dadurch zusätzlich entstehen, finanziert.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben einen "Allparteienkompromiß" in der Frage der Asylbewerber; er ist eben von den GRÜNEN kritisiert worden. Ich sage Ihnen: Ich stehe zu diesem Kompromiß. Daß wir aber für eine Kaserne 60 000 DM Miete im Monat bezahlen müssen, habe ich nicht für Gegenstand des Kompromisses gehalten. Das war auch nicht verabredet. Der Bund soll dafür sorgen, daß seine Liegenschaften zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es gäbe noch viele Punkte, die ich gerne ansprache. Ich gestehe Ihnen: Die letzten Wochen und Monate waren Wochen und Monate harter Arbeit. Viele werden sich darauf freuen, daß bald keine Sitzungen mehr sind - das ist kein Angriff auf den Landtag -, daß ein bißchen Pause ist. Auch ich freue mich darauf.

(B)

Ich wünsche mir für das nächste Jahr, wir fänden wieder zu einem Stil, bei dem die Sache in der Kontroverse erkennbarer ist als das Zerrbild der anderen Personen, das man zeichnet, damit man selbst besser aussieht. Ich will mich bemühen, das zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge hinzu: Das Bild, das Sie nicht nur von der wirtschaftlichen Situation, sondern auch von der parteipolitischen Situation Nordrhein-Westfalens malen, halte ich für ungerecht. Es ist ja nicht so, daß hier der SPD-Staat Nordrhein-Westfalen wäre.

(Zuruf des Abgeordneten Schittges
[CDU])

Wir sind allerdings seit 25 Jahren in der Regierungsverantwortung und -

(C)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist zu lang!)

- Das ist Ihnen zu lang, das kann ich verstehen. Darum lassen Sie uns einen Wettbewerb führen; das gehört dazu. Übrigens, nicht der Wechsel ist das Zeichen für Demokratie, sondern die Mehrheit

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Auch der Wechsel ist ein Zeichen!)

und die Chance der Minderheit, zur Mehrheit zu werden, wenn sie genug Menschen gewinnt. Dieses Thema - Menschen gewinnen - ist ja eines der Hauptthemen in der politischen Auseinandersetzung. Wenn die Menschen spüren, daß wir sie mögen, werden sie uns auch Vertrauen entgegenbringen, jedenfalls gegenüber einer so glaubwürdigen Politik und gegenüber einem so soliden Haushalt, wie wir ihn heute zur Annahme empfehlen.

(Oh!-Rufe von der CDU)

Herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

(D)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident! - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 1992** entsprechend der **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 11/2862** abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich darf feststellen, daß der Gesetzentwurf damit in dritter Lesung verabschiedet ist.

Ich rufe nun das **Haushaltsgesetz 1992** auf. Wir stimmen zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion DIE GRÜNEN **Drucksache 11/2954** zu Einzelplan 03, Innenministerium - "Bekämpfung staats- und verfassungsfeindlicher Umtriebe" -, ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Drei. Wer ist dagegen? - Wer enthält

(A)

(Präsidentin Friebe)

sich der Stimme? - Ich darf feststellen, daß der Änderungsantrag **abgelehnt** ist.

Wir stimmen jetzt über den **Haushaltsentwurf 1992** entsprechend der **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 11/2860** ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich darf feststellen, daß der Gesetzesentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN **verabschiedet** ist.

Ich rufe die **Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1991 bis 1995** mit **Finanzbericht** auf. Entsprechend der **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses bitte ich um **Kenntnisnahme**. - Ich stelle dies fest.

Wir kommen jetzt zu den **Entschließungsanträgen**, zunächst zum **Entschließungsantrag** der Fraktion der F.D.P. zum **Einzelplan 06 Drucksache 11/2903**, Stichwort: "Vorrang für Bildung und Wissenschaft". Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß dieser **Entschließungsantrag abgelehnt** ist.

(B)

Ich rufe den nächsten **Entschließungsantrag** der Fraktion der F.D.P. **Drucksache 11/2912** zum **Einzelplan 05** - Stichwort: **Abendrealschulen** - auf. Ich darf mitteilen, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung von der Fraktion der F.D.P. zurückgezogen worden ist. Wer dem **Entschließungsantrag** der Fraktion der F.D.P. zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Gibt es **Stimmenthaltungen**? - Ich darf feststellen: Dieser **Entschließungsantrag** ist **abgelehnt**.

Ich rufe jetzt den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 11/2949** zum **Einzelplan 05** - Stichwort: **Zweiter Bildungsweg** - auf. Von der Fraktion der CDU wurde **Teilung der Frage** gemäß § 52 unserer Geschäftsordnung beantragt.

Ich lasse zunächst über den ersten Absatz einschließlich "**Auch die Abendrealschulen sollten als Bildungsgang erhalten bleiben**". abstimmen. Wer diesem Teil zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ich frage, ob jemand

(C)

dagegen ist? - Enthält sich jemand der Stimme? - Der erste Teil ist **einstimmig angenommen**.

Ich rufe jetzt den zweiten Teil von "**Sollte**" bis zum **Schluß** auf. Wer diesem Teil seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Dieser zweite Teil ist mit **Mehrheit angenommen**.

Ich komme jetzt zur **Gesamtabstimmung** über diesen Antrag. Wer dem **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß damit der **Entschließungsantrag** der SPD-Fraktion **angenommen** worden ist.

Meine Damen und Herren, mit der Abstimmung über die **Entschließungsanträge** sind die **Haushaltsplanberatungen** zum Haushalt 1992 **beendet**, und somit ist dieser Tagesordnungspunkt 1 **erledigt**.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes

(D)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/1121

zweite Lesung

in Verbindung damit:

Abfallwirtschaftsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/1295

zweite Lesung

und